



# Politische Berichte

Nummer 14 / 11. Jahrgang

6. Juli 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

## EG: BRD treibt Blockbildung voran

EG-Gipfel beschließt: Politische Union und Währungsunion sollen ab 1992 ratifiziert werden

Die Annexion der DDR schon fast in der Tasche, werden Bundesregierung und BRD-Konzerne auch nach Westen aggressiver. Die Gipfelkonferenz der EG in Dublin beschloß: In zwei parallelen Konferenzen sollen ab Dezember Verhandlungen über die Verwirklichung der Wirt-

schafts- und Währungsunion und der Politischen Union der EG beginnen. Ziel ist, die EG bis 1992 zu einem einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Militärblock, dominiert von großdeutscher Wirtschaftsmacht, aufzurüsten. Auf die Lohnabhängigen in der EG kommen neue Angriffe zu.

Zeitgleich mit dem Inkrafttreten der Währungsunion BRD-DDR ist auch die sog. „erste Stufe“ der zusätzlichen EG-Währungsintegration in Kraft getreten. Diese sieht u.a. halbjährliche Beratungen der Fachminister über die Haushaltspolitik aller EG-Länder vor. In Ländern mit hohen Haushaltsdefiziten wie z.B. Italien und Griechenland sind damit Versuche zur Kürzung von staatlichen Zahlungen an Lohnabhängige und Angriffe insbesondere auf die Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten schon jetzt sicher.

Dieser Druck soll noch weiter gesteigert werden. Auf ihrer Gipfelkonferenz in Dublin beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EG, daß schon im Dezember zwei parallele Verhandlungen aufgenommen werden. Dabei geht es einmal um den vertraglichen Über-

gang zu einer festen Wirtschafts- und Währungsunion mit einheitlicher EG-Währung und einer EG-weiten Zentralbank („Eurofed“), zum anderen um die Verwirklichung der sogenannten „Politischen Union“ der EG, d.h. um den Ausbau der EG zu einem Polizei- und Militärpakt mit abgestimmter Innen- und Außenpolitik.

Bereits im April hatten Kohl und der französische Staatspräsident Mitterand die Einberufung entsprechender Konferenzen verlangt. In einem Schreiben an den amtierenden Präsidenten des EG-Rates, den irischen Premier Charles Haughey, forderten sie:

„... die vorbereitenden Arbeiten für die Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion zu intensivieren, die vor Ende des Jahres 1990 auf Einladung der italienischen Präsident-

schaft eröffnet wird“, und die „vorbereitenden Arbeiten für eine Regierungskonferenz über die Politische Union einzuleiten.“ Letztere solle insbesondere ermöglichen, „eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik festzulegen und in die Tat umzusetzen.“ (1)

Diesem Antrag ist die Konferenz in Dublin nun gefolgt. Noch im Dezember sollen die beiden Regierungskonferenzen die Arbeit aufnehmen, damit die Änderungen der EG-Verträge mit Inkrafttreten des EG-Binnenmarktes Ende 1992 unterzeichnet sind und den Parlamenten zur Ratifizierung vorliegen.

In der Währungspolitik steuert die BRD dabei ein „Eurofed“-Modell an, eine EG-Zentralbank, die den (einzelstaatlichen) Zentralbanken übergeordnet ist und die alleinigen Entscheidungen über Zins und Geldmenge einer EG-weiten Einheitswährung treffen soll. Ihre Mitglieder sollen auf acht Jahre ernannt und von allen Weisungen „unabhängig“ sein. (2) In der Praxis bedeutet das, daß sie allein den finanz- und währungspolitischen Wünschen der großen EG-Monopole verpflichtet sind. Innerhalb einer solchen „Eurofed“ würde sich das Gewicht der Einzelstaaten nach der Kapitalkraft ordnen — ein Maßstab, der der BRD, zumal nach der Annexion der DDR, von vornherein die Führung sichern würde. Im (schon bestehenden) Ausschuß der EG-Zentralbankpräsidenten hat Bundesbank-Präsident Pöhl schon jetzt den Vorsitz.

In der Sicherheitspolitik scheint die BRD eine weitere Ergänzung und teilweise Ersetzung der NATO durch die WEU zu favorisieren, evtl. mit hochmobilen „multinationalen Verbänden“, die für schnelle Interventionen sowohl in Ost- und Südosteuropa als auch in der dritten Welt (Afrika, naher und mittlerer Osten) gerüstet sind. Der ehemalige NATO-Botschafter van Well erläuterte solche Absichten mit dem Vorschlag, in der künftigen Hauptstadt Berlin „ein KSZE-Konfliktzentrum zur friedlichen Beilegung von Streitfällen und zur Krisenbeherrschung“ (3) zu errichten. Von Berlin aus Europa beherrschen und weltweit intervenieren — diese Chance sieht die (west)-deutsche Monopolbourgeoisie so nahe gerückt wie schon lange nicht mehr.

Quellen: (1) Europa-Archiv 11/90, D 283; (2) Europa-Archiv 12/90, S. 381 f.; (3) Europa-Archiv 9/90, S. 293 f. — (rül)



Die „Hilfseinsätze“ der Bundesluftwaffe mehren sich auffällig. Im Erdbebengebiet des Iran ist nach Mitteilung des Verteidigungsministeriums ein erstes Bundeswehrflazarett eingerichtet. Schon vorher begonnen hat ein „Hilfseinsatz“ hart am Rande der Intervention. Mitte Juni evakuierten Transall-Einheiten der Luftwaffe (Bild) bundesdeutsche Techniker und Angestellte aus der Erzmine „Bong Mine“ in Liberia. Die Eisenerz-Mine ist im Besitz westdeutscher Stahlkonzerne und liegt im Kampfgebiet zwischen liberianischen Regierungstruppen und Aufständischen. — (rül)

## Diskussion über Wahlbündnis

Sozialistische Organisationen beraten Zusammenarbeit

Am 23./24. Juni fand in Leverkusen auf Einladung des DKP-Parteivorstandes ein sogenannter „Roter Tisch“ von sozialistischen Organisationen aus BRD und DDR statt. Die Konferenz beriet über gemeinsame Aufgaben gegenüber einem deutlich erstarkenden deutschen Imperialismus, gegen die Annexion der DDR, und über Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens zu den kommenden Bundestagswahlen bzw. evtl. gesamtdeutschen Wahlen. Auch wenn sich nach der ersten Beratung die Möglichkeit einer Einigung abzeichnet — sicher ist die Errichtung einer sozialistischen Bündniskandidatur zu den Bundestagswahlen damit noch lange nicht. Viel wird davon abhängen, ob sich die DKP stabilisieren kann und ob es in regionalen Beratungen schon in den nächsten Wochen gelingt, Vorbereitungen für die Aufstellung von Landeslisten in den einzelnen Bundesländern zu treffen. Der Beitrag, den der BWK dazu leisten kann, ist begrenzt. Bis zum 66. Tag vor den angesetzten Wahlen, so schreibt das Bundeswahlgesetz vor, müssen sämtliche Kandidaturen samt der bis dahin zu sammelnden Unterstützungsunterschriften bei den jeweiligen Wahlleitern eingereicht sein. Bei einem Wahltermin 2. Dezember, wie er jetzt von der Regierung genannt wird, wäre das der 28. September. Im folgenden dokumentieren wir die Presseerklärung der DKP vom 26.6. zu der Beratung in Leverkusen. — (jöd, rül)

„Auf Einladung des Parteivorstandes der DKP fand am 23./24. Juni in Lever-

kusen ein erster ‚roter Tisch‘ von sozialistischen und kommunistischen Organisationen, Parteien und Personen statt.

Thema dieser Arbeitskonferenz waren folgende Fragen:

- Wie ordnet sich der Staatsvertrag in die NATO- und EG-Strategie ein?
- Welche Haltung nehmen sozialistische Linke gegenüber einem neuen Deutschland ein?
- Gibt es Voraussetzungen für ein Wahlbündnis zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen?

An der Beratung nahmen teil (in alphabetischer Reihenfolge): Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD, Bund Westdeutscher Kommunisten, Deutsche Kommunistische Partei, Kommunistischer Bund, Kommunistische Partei Deutschlands (DDR), Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, parteilose Gewerkschafter, Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Vereinigte Sozialistische Partei.

In der Einschätzung des künftigen Deutschland gab es Übereinstimmung darin, daß durch die faktische Annexion der DDR die bereits bestehende Vormachtstellung des deutschen Imperialismus in Westeuropa drastisch verstärkt wird.

Aufgrund der Schwächung bzw. des Zerfalls des bisherigen ‚realen Sozialismus‘ in Osteuropa einerseits und langfristiger ökonomischer und politischer Ambitionen des deutschen Imperialismus ist trotz bisheriger Stellungnahmen zur Oder-Neiße-Grenze eine weitere territoriale Ausdehnung nach Osten nicht

Fortsetzung Seite 2

## Roma protestieren bei KSZE



Roma-Verbände aus verschiedenen europäischen Staaten, darunter die Rom und Cinti Union aus der BRD und die „Demokratische Union der Roma in Rumänien“ fordern, in das Schlußdokument der KSZE-Konferenz in Kopenhagen die Anerkennung der Roma und Sinti als „nicht-territoriale Minderheit“ aufzunehmen, denen die im internationalen Recht verankerten Minderheitenrechte zustehen, das heißt auch das Recht auf soziale Mindestbedingungen und Gebrauch der eigenen Sprache. — (uld)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

### REP-Parteitag verschoben Schönhuber ausgeschlossen

Franz Schönhuber wurde vom bayerischen Landesschiedsgericht der REP ausgeschlossen. Ein Vermittlungsgespräch mit dem H.R. Überlacker (Bundesbankdirektor und stellvertretender Landesvorsitzender der sudetendeutschen Landsmannschaft) verlief ergebnislos. Der soeben erschienene „Republikaner“ berichtet, daß Schönhuber die Gründung einer „Deutschen Konservativen Partei“ vorbereite. In der gleichen Ausgabe wurde eine Erklärung von Ekkehard Voigt mit der Überschrift „Ich stehe zur Verfügung“ veröffentlicht. Tags drauf erschien Voigt zu einer anberaumten Pressekonferenz einfach nicht. Der ehemalige NPDler Glausauer trat daraufhin für Neubauer als Bundesvorsitzender ein. Die Presse berichtet, daß Johanna Grund „aus juristischen Gründen“ den Bundesparteitag in Taunusstein ohne Rücksprache mit dem Vorstand abgesagt habe. — (jöd)

### Erklärung der Verschmelzung von BWK/VSP in Schleswig-Holstein

1. Die gemeinsame Mitgliederversammlung von BWK und VSP in Schleswig-

Holstein beschließt die Verschmelzung zu einem gemeinsamen Landesverband. 2. BWK und VSP arbeiten an den Orten in Schleswig-Holstein, an denen beide Organisationen vertreten sind, schon seit längerer Zeit zusammen. So haben wir in Kiel die Kommunistische Betriebsgruppe HDW gebildet, geben die Lokalberichte in Zusammenarbeit mit der Volksfront gemeinsam heraus etc. Seit einem halben Jahr tagen die Grundeinheiten gemeinsam.

3. BWK und VSP führten drei Jahre lang auf zentraler Ebene Verhandlungen mit dem Ziel, die beiden Organisationen zu verschmelzen. Die Mitglieder von BWK und VSP in Schleswig-Holstein haben die Ergebnisse dieser Verhandlungen (Entwurf einer programmatischen Erklärung und Statut-Entwurf BWK/FAU-R/VSP, veröffentlicht in der „Beilage“ Nr. 8 vom 28. September 1989) auf gemeinsamen Versammlungen diskutiert. Wir haben uns auch in den Fragen, in denen zentral keine Einigung möglich war, einigen können. Das gilt insbesondere für die Ablehnung jeglicher Wiedervereinigung oder Vereinigung beider deutscher Staaten. Wir haben uns auf einige Änderungen geeinigt und sind der Meinung, daß diese programmatische Übereinstimmung und

die Einigkeit über ein gemeinsames Statut die Schaffung einer einheitlichen Organisation möglich macht. Die Mitglieder des Landesverbandes Schleswig-Holstein des BWK sind sicher, daß ihre programmatischen Auffassungen, wie sie im „Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion“ festgehalten sind, im Rahmen des jetzt verabschiedeten gemeinsamen Programms vertreten werden können. Die Mitglieder der VSP erklären, daß das Programm des gemeinsamen Landesverbandes durchaus in der Bandbreite der jetzt schon in der VSP und unter deren Programm vorhandenen politischen Strömungen Platz findet. 4. Wir halten die Verschmelzung beider Organisationen auf Landesebene zum jetzigen Zeitpunkt für dringend erforderlich. Nur so können wir die bisherigen Debatten zu einem relativen Abschluß bringen und von diesem gemeinsamen Ausgangspunkt die Diskussion mit anderen sozialistischen Kräften in Schleswig-Holstein suchen.

Insbesondere Widerstand gegen die Anschlusspolitik und die Politik zu den anstehenden Wahlen stellen hohe praktische und programmatische Anforderungen an die Zusammenarbeit verschiedener sozialistischer Kräfte. Wir wol-

len auch durch unsere Verschmelzung einen Beitrag zur Intensivierung dieser Zusammenarbeit leisten.

5. Wir wollen uns innerhalb unserer zentralen Organisationen dafür einsetzen, daß auch zentral eine gemeinsame Organisation gebildet wird. (1. Juli 1990)

### IAO fordert Mindesteinkommen

Die Internationale Arbeitsorganisation der UN fordert in ihrer Zeitung vom Mai '90 ein garantiertes Mindesteinkommen, entweder eine „soziale Dividende“, ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen — Steuern soll zahlen, wer über dem Minimum liegt, wer darunter liegt, soll „in den Genuß einer ‚negativen Besteuerung‘ kommen“ — oder eine „wirksamen Garantie des Mindesteinkommens im Rahmen einer Einkommenssicherungspolitik“ im bestehenden Sozialversicherungsschutz. Das Mindesteinkommen soll über 40 Prozent des jeweiligen Durchschnittslohnes betragen. EG-Regierungen und Kapitalisten drohen: Mindesteinkommen senke die Löhne der am schlechtesten bezahlten Arbeiter, begünstige Entlassungen und vermindere Teilzeitarbeit von Rentnern. — (nh)

## Aktuell in Bonn

## Erziehungs- und Kindergeld

Seit dem 1. Juli ist eine Anhebung des Kindergelds und eine Verlängerung des Erziehungsgeldes in Kraft. Das Kindergeld für das zweite Kind steigt von 100 auf 130 DM im Monat. Das Erziehungsgeld kann ab sofort 18 Monate lang bezogen werden. Die Bundesregierung ist mit dem Effekt insbesondere ihres Erziehungsgeldes sehr zufrieden: 97 % aller Eltern entschieden sich heute dafür, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub in Anspruch zu nehmen, berichtet sie. Kein Wunder bei den gesellschaftlichen und betrieblichen Einrichtungen für die Versorgung von Säuglingen.

## Direktinvestitionen

Die Kapitalanlagen westdeutscher Konzerne im Ausland steigen weiter steil an. Nach den letzten Übersichten der OECD übertreffen westdeutsche Konzerne in letzter Zeit sogar die japanischen Monopole, wenn es um die Anhäufung von Devisenreserven und damit von Schuldtiteln gegen ausländische Schuldner geht. Für 1989 melden die Statistiker der OECD einen BRD-Devisenüberschuß von 52,7 Mrd. Dollar, verglichen mit 52,2 Mrd. Dollar Devisenüberschuß japanischer Konzerne und Banken. Für 1990 und 1991 erwartet die OECD sogar einen Anstieg der BRD-Devisenüberschüsse auf 63,3 Mrd. Dollar bzw. 61,7 Mrd. Dollar. Gleichzeitig haben BRD-Konzerne ihre Kapitalexperte in die anderen EG-Staaten 1989 auf 12,57 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Die Annexion der DDR vollzieht sich also parallel mit einem rapiden Ausbau der Vormacht der BRD-Konzerne in der EG.

## Innenministerkonferenz

Eine „deutsch-deutsche Fahndungsunion“ hat die Innenministerkonferenz der Länder im Beisein von Vertretern der DDR-Regierung am letzten Freitag in Bonn verlangt. In einem zum 1. Juli unterzeichneten Abkommen zur Aufhebung der Grenzkontrollen zwischen beiden Staaten soll auch der polizeiliche Datenaustausch zwischen beiden Staaten erstmals reguliert werden. Dazu gehört die regelmäßige Übermittlung von Fahndungsdaten zwischen dem BKA und dem Zentralen Kriminalamt der DDR. Dabei sollen auch Festnahme-wünsche gegen Ausländer und Jugendliche übermittelt werden. Das Abkommen erhöht die Bedeutung des BKA für die polizeiliche Fahndung in der BRD weiter.

## Verfassungsbeschwerde

Eine „Interessengemeinschaft der DDR-Enteigneten“ hat am 28. Juni auf einer Pressekonferenz verlauten lassen, sie verlange eine Überprüfung aller Enteignungen seit 1945 in der DDR. Offen-

sichtlich ermutigt durch das dreiste Vorgehen der Bundesregierung, kündigt die „Interessengemeinschaft“ an, sie werde bis zum Bundesverfassungsgericht gehen, wenn die Enteignungen in der DDR seit 1945 nicht sämtlich rückgängig gemacht oder durch Entschädigungen abgegolten würden. Da unmittelbar nach 1945 in der DDR vorwiegend Kriegsverbrecher und Junker enteignet wurden, dürfte damit das Verfassungsgericht demnächst über die Entschädigung faschistischer Kriegsverbrecher zu verhandeln haben.

## Kindergeld-Urteil

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Grundsatzurteil eine Herabsetzung oder Begrenzung des Kindergeldes für Familien mit hohen Einkommen für verfassungswidrig erklärt. Die Entscheidung des Gerichts bezog sich auf eine Regelung, die die CDU/CSU/FDP-Regierung in ihrem Haushaltsbegleitgesetz 1983 für die Jahre 1983 bis 1985 eingeführt hatte. Als demagogischen Ausgleich für die gleichzeitige Einführung von „Kinderfreibeträgen“ im Steuerrecht, die Bezieher höherer Einkommen stark begünstigen, hatte die Koalition damals eine Begrenzung des Kindergeldes für solche Bezieher von höheren Einkommen verfügt. Diese Begrenzung hat das Bundesverfassungsgericht nunmehr nachträglich als verfassungswidrig und Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz verurteilt. (AZ I BvL 20/84 u.a. vom 29. 5. 90)

## Keine LKW-Straßengebühr

Der Europäische Gerichtshof hat einem Antrag der EG-Kommission auf Einleitung eines Eilverfahrens gegen die von der Bundesregierung beschlossene Straßengebühr für ausländische Lastwagen stattgegeben. Die Entscheidung erging ohne Anhörung der Bundesregierung, die daraufhin bis zur Entscheidung des Gerichts in dem nun beginnenden Eilverfahren die Erhebung der Gebühr erst einmal aussetzte. Mit einer Entscheidung des EuGH wird frühestens Mitte Juli gerechnet. Die Rücknahme der Straßengebühr gilt aber nicht für Lastwagen aus Drittstaaten. LKWs aus EFTA-Staaten müssen damit die neue Gebühr ab 1. Juli zahlen.

## Was kommt demnächst?

Am 5. Juli beginnt in London ein zweitägiger NATO-Gipfel. Am 6. Juli berät der Bundesrat abschließend über Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Förderung des Wohnungsbaus und zur weiteren Lockerung des Mietrechts sowie zur Pflegeversicherung. Danach beginnen die Sommerferien von Bundestag und Bundesrat. Am 9. Juli beginnt dann in Houston (Texas) der nächste Weltwirtschaftsgipfel.

## Bayer-Niederlassungen in der Türkei

## Gewerkschaftsbeschwerde über Arbeitsbedingungen in westdeutschen Niederlassungen

„Bei der Herstellung des Präparates tritt Atemnot auf, ein Gefühl, als würde der ganze Körper anschwellen, Appetitlosigkeit, die bis zum Abend anhält, Müdigkeit und Benommenheit.“ Diese Beschreibung gehört nicht zur Produktion eines hochgiftigen Kampfstoffes, sondern stammt aus den Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter einer Medikamentenfabrik. Bei der gemeinsamen Niederlassung der bundesdeutschen Pharmakonzerne BAYER, SCHERING und KNOLL in Istanbul, Türkei, gehen sie jeden Tag fast ungeschützt mit hochbrisanten Arzneiwirkstoffen um.

Die Gewerkschaft der Birllesik alman ilac fabrikalar (BIFA = Vereinigte deutsche Pharmawerke) machte erstmals von sich reden, als sie 1985 den ersten größeren Streik seit dem türkischen Militärputsch von 1980 organisierte. — Heute wendet sich die türkische Chemiegewerkschaft Petrol Is nun mit der Bitte um Unterstützung an westdeutsche Basisorganisationen und Gewerkschaften. Im Juni besuchten zwei Vertreter der Arbeiterschaft der Vereinigten deutschen Pharmawerke, ein Abgesandter der Bayer Tarim Belegschaft und eine Expertin der Gewerkschaft Petrol Is die Bundesrepublik und sprachen auf vier Veranstaltungen.

Zentrales Problem der Beschäftigten der BIFA sind die unhaltbaren arbeitsmedizinischen Zustände in der Medika-

mentenproduktion. Den Arbeiterinnen und Arbeitern stehen völlig unzureichende Schutzmaßnahmen zur Verfügung. So tritt bei der Formulierung der INICIDAL-Suspension heftiger, trockener Husten auf, verbunden mit Sodbrennen, Schmerzen und Brennen im Hals. Die Herstellung der TALCID-Suspension führt zu verstopften Poren und trockener, rissiger „Lederhaut“, die auch durch Hautcremes nicht zu lindern ist.

Die erheblicheren eingangs geschilderten Beschwerden treten bei der Produktion der OCTINUM Tropfen auf, die vom Hersteller Knoll in der Bundesrepublik schon seit vielen Jahren nicht mehr vertrieben werden. Sie gehören zur Gruppe der sympathischen Nervensystem anregenden Medikamente, die vor allem von deutschen Firmen zur Behandlung von niedrigem Blutdruck angeboten werden. Bekannte Nebenwirkungen des OCTINUM-Wirkstoffs Isomethepten sind Angstzustände, Unruhe, Erbrechen, Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit. Das Auftreten eben solcher Effekte bei den Beschäftigten der BIFA ist Beleg für die unzureichenden Schutzmaßnahmen.

Die Firmenleitung in Istanbul verweigert den Arbeitern Verbesserungen dieser Situation und spielt die Gefahren herunter.

Im Werk der BAYER TARIM laufen Pestizide und Kunstdünger vom Band.

Den zum Teil hochgiftigen Agrargiften sind die Beschäftigten der Tochterfirma der westdeutschen BAYER AG fast gänzlich ungeschützt ausgesetzt. Keiner der Arbeiter kann eine der vorhandenen Gasmasken während eines ganzen Arbeitstages tragen. Wirksame Absauganlagen an den Abfüllmaschinen fehlen.

Die Bayer Tarim wurde als 100 %ige Bayer-Tochter 1963 gegründet. Mit 350 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von gut 25 Mio. DM gehört sie heute zu den 200 größten privaten Unternehmen in der Türkei. Bis 1985 produzierten 300 Arbeiter dort fast ohne Sicherheitsvorkehrungen.

In einem 1985 in der TAZ erschienenen Artikel wird ein Rundgang durch die Fabrik beschrieben. Dort ist von einem völlig veralteten Maschinenpark, fehlenden Klimaanlage und von giftigen Substanzen zerfressenen Fußböden die Rede. Die Arbeiter der Fabrik klagen fast ausnahmslos über Bluthochdruck; bei langjähriger Beschäftigung kommt es zu Lähmungserscheinungen in Armen und Beinen.

Die Reaktion der Firmenleitung auf den Artikel war: Nach erregten Anrufen aus Leverkusen nach Istanbul, wie denn dieser Fauxpas passieren konnte, kamen Pakete mit moderner Schutzkleidung und Gasmasken aus der Bundesrepublik an. Heute gibt es Schutzkleidung, doch entsprechende Ausbildung und Gefahrenunterweisung fehlt völlig. Ein Arbeiter, der kaum oder gar nicht über die chemisch-toxikologischen Eigenschaften des Gefahrstoffes Bescheid weiß, darf nach europäischem Arbeitsschutzstandard nicht beschäftigt werden.

Auch die Produktionsweise an sich ist weit von Standards entfernt: Befüllen, Entleeren, Reinigen, Prüfen von Behältern — oft wird dabei noch mit Schaufeln oder Eimern gearbeitet. Manche Produktionsgänge sind immer noch offen. Zwar sind persönliche Schutzausrüstung, insbesondere Handschuhe und Gasmasken, vorgeschrieben. Andererseits verursachen die schweren Gasmasken bei langem Tragen jedoch Übelkeit, und außerdem sind sie nicht in ausreichender Anzahl und Qualität vorhanden. So werden statt geeigneter Gasfilter-Einsätze oft nur Partikelfilter benutzt oder sogar nur ungeeignete Papierfilter-Staubmasken. Das Tragen soll ununterbrochen während der gesamten Schicht erfolgen, ohne Sonderpausen in Ruheräumen und ohne spezielle medizinische Untersuchungen.

Die Veranstalter der Rundreise fordern dazu auf, an die Konzernleitungen in der Bundesrepublik zu schreiben und Verbesserungen des Arbeitsschutzes bei BIFA und Bayer Tarim durchzusetzen. Eine ausführliche Dokumentation der Situation in beiden Werken sowie der Reise der Delegation kann man für 12 DM bestellen bei SchAN, Grüninger Str. 15, 6301 Pohlheim 1. — (tn)



Protestaktionen gegen den Bayer-Konzern

## Mitbestimmung nur auf dem Papier

## Gesetzentwurf für die „Beteiligung“ der Soldaten und Zivildienstleistenden

Die Bundesregierung plant ein eigenes Beteiligungsgesetz (BG) für Soldaten und Zivildienstleistende als Ersatz für bisherige Vorschriften im Soldatengesetz bzw. im Wehrdisziplingesetz. Das sogenannte Beteiligungsgesetz ändert

an der quasi rechtlosen Situation von Soldaten und Zivildienstleistenden aber nichts. Könnte, wenn überhaupt, außerhalb der Kasernentore von „Demokratie“ die Rede sein, so würde sie spätestens am Kasernentor aufhören.

Wie bisher sollen von den Soldaten der jeweiligen Einheiten Vertrauenspersonen gewählt werden. Wie bisher sollen die jeweils zuständigen Vertrauenspersonen bei bestimmten Maßnahmen angehört werden, sie haben Vorschlagsrechte und sie haben für bestimmte Entscheidungen Mitbestimmungsrechte. Die Anhörung ist dabei nicht mehr als die Gelegenheit zur Meinungsäußerung. Kommt es in den Fällen, wo die jeweiligen Vertrauenspersonen ein Vorschlagsrecht haben, zum Konflikt, so entscheidet, falls es mit dem ersten Disziplinarvorgesetzten zu keiner Einigung kommt, stattdessen eben der nächsthöhere Disziplinarvorgesetzte abschließend. Das heißt, bestenfalls können Maßnahmen bis zu dessen Entscheidung ausgesetzt werden, „wenn dem nicht dienstliche Gründe entgegenstehen“.

In sicher über 90 % aller Angelegenheiten im Militärbetrieb hat die Vertrauensperson allerdings nicht einmal ein Anhörungsrecht. Bei bestimmten Personalangelegenheiten, z.B. Versetzun-

gen oder Beförderungen, gibt es wenigstens das Anhörungsrecht. Bei der Gestaltung des Dienstbetriebes dürfen die Vertrauenspersonen wenigstens Vorschläge machen. Sogenannte Mitbestimmung ist nur bei der Aufstellung von Benutzerordnungen für Betreuungseinrichtungen, bei der Verwendung von Mitteln aus Gemeinschaftskassen und bei der Planung von Veranstaltungen vorgesehen. Doch auch hier entscheidet gegebenenfalls der nächsthöhere Disziplinarvorgesetzte.

Auch eine Notbremse ist vorgesehen: Ist der Vertrauensperson die Ausübung des Dienstes verboten oder ist sie vorläufig des Dienstes enthoben, so ruht das Amt. Darüberhinaus kann auch ein sogenanntes Truppendienstgericht eine Vertrauensperson aberufen.

Warum überhaupt die ganze Mühe? Der Gesetzentwurf der Bundesregierung bedeutet eine Vereinheitlichung der Rechte von Soldaten und Zivildienstleistenden. Es schränkt die Rechte der Soldaten und Zivildienstleistenden aber kla-

rer als bisher ein. Die Bundesregierung versucht dadurch, daß bestimmte Zuständigkeitsbereiche genannt werden, eine Ausweitung zu suggerieren. Bestrebungen, die Einbeziehung der Zivildienstleistenden in die Interessenvertretung durch die Betriebs- und Personalräte der jeweiligen Dienststellen zu erreichen, soll entgegengearbeitet werden. Die Zivildienstleistenden sollen weiterhin als Arbeitnehmer mit stark eingeschränkten Rechten behandelt werden. Die Soldaten bzw. Wehrpflichtigen sowieso. Ein demokratischer Schein muß allerdings gewahrt bleiben.

Abschließend betrachtet ähneln die sogenannten Rechte der Vertrauenspersonen eher den Regelungen für die Insassenvertretungen in Gefängnissen als den Rechten von Betriebsräten. Bezeichnend ist auch, daß es überhaupt keine Vorgänge gibt, wo die Zustimmung der Vertreter der Soldaten oder Zivildienstleistenden eingeholt werden muß.

Quellen: Wehrpflicht- und Soldatenrecht; Gesetzentwurf vom 5. 6. 90. — (chl)

Fortsetzung von Seite 1

endgültig ausgeschlossen. In der Kombination von ökonomischer und militärischer Stärke eines neuformierten deutschen Imperialismus liegen große Risiken für den Frieden. Daraus ergab sich in der Beratung ein deutliches Nein der beteiligten Organisationen und Einzelpersonen gegen die Übertragung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse auf die jetzige DDR.

Trotz deutlicher Unterschiede in politischen Grundfragen ergaben sich in der freimütigen Debatte Gemeinsamkeiten, die eine Aktionseinheit gegen den Anschluß und dessen negative Folgen für die Arbeiterklasse der bisherigen beiden deutschen Staaten ermöglichen.

Darüberhinaus bestand bei den Teilnehmer/innen ein Interesse, diese ersten Kontakte in Form des „roten Tisches“ auszudehnen. Einige teilnehmende Organisationen sehen darin ein Element des bereits beginnenden Neuformierungsprozesses innerhalb der deutschen Linken.

Gemeinsame erste Arbeitsvorhaben wie eine gemeinsame Publikation zu dem vom „runden Tisch“ der DDR erarbeiteten Verfassungsentwurf sowie Überlegungen zu einer „Sozialcharta“ sollen ausgebaut werden.

Mit Blick auf die anstehenden gesamtdeutschen Wahlen ergab sich eine mehrheitliche Übereinstimmung darin, daß ein gemeinsames linkes Wahlbündnis

angestrebt werden sollte. Dieses Bündnis soll deutlich antiimperialistischen Charakter besitzen. Die Autonomie der teilnehmenden Organisationen, ihre programmatischen Unterschiede und Gegensätze und Kritik aneinander bleiben davon unberührt.

Grundanliegen dieses Wahlbündnisses soll es sein, dem Widerstand gegen die Annexion der DDR samt ihrer sozialen und undemokratischen Folgen eine Stimme im künftigen deutschen Parlament zu verleihen und eine starke Opposition darzustellen.

Basis dieses Wahlbündnisses könnten Landeslisten in allen Bundesländern und auf dem Gebiet der DDR sein, die zu einer nach dem Bundeswahlgesetz erforderlichen Wahlpartei zusammengefaßt werden sollten. Um die Möglichkeiten von Landeslisten zu prüfen, sollten möglichst rasch regionale Bündnistreffen stattfinden.

Zu diesen wahlpolitischen Vorstellungen bezog die MLPD eine ablehnende Position, der KB unterstrich die Notwendigkeit einer politischen Breitenwirkung eines Wahlbündnisses, die vor allem von einer Teilnahme der PDS abhängt. Der anwesende Vertreter der PDS-Partei vorstandes verwies auf das Interesse seiner Partei an einem solchen linken Wahlbündnis.

Als Folgetermin des nächsten „roten Tisches“ wurde der 4./5. August festgelegt. Er wird von einer Arbeitsgruppe vorbereitet.



# Polen-Erklärung von Bundestag und Volkskammer völkerrechtlich unverbindlich

Revanchisten kündigen neues Siedlungsprogramm an/Regierung ermuntert

Die am 21. Juni vom Bundestag und der Volkskammer der DDR verabschiedete Erklärung über den Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen ist eine höchst zweideutige Willenserklärung, die

Die Entschließung hält fest, daß die Grenze verläuft wie in den Verträgen zwischen der DDR und Polen im Juli 1960 in Zgorzelec und zwischen der BRD und Polen im Dezember 1970 in Warschau vereinbart worden ist. Außerdem enthält die Entschließung aber die Feststellung, „daß Millionen von Deutschen, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, großes Unrecht geschehen ist“. Das ist eine direkte Kritik am Potsdamer Abkommen, das die Umsiedlungsverfügung enthält.

Die polnische Regierung hat die gemeinsame Entschließung des BRD- und DDR-Parlaments begrüßt. Die Regierungssprecherin hat jedoch festgehalten, daß die Entschließung nicht einer völkerrechtlichen Regelung gleichkomme. Seit Mai verhandelt die polnische Regierung mit Vertretern der BRD- und der DDR-Regierung über einen von Polen vorgelegten Vertragsentwurf für die völkerrechtlich verbindliche Regelung der polnischen Westgrenze. Ihr ursprüngliches Verlangen war, noch vor dem Anschluß der DDR an die BRD diesen Grenzvertrag zwischen der Republik Polen, der DDR und der BRD abzuschließen. Damit ist sie gescheitert. Sie hat jetzt eine politische Willenserklärung in der Hand, deren Gültigkeit in der BRD bereits wieder ebenso angezweifelt wird wie bis heute die völkerrechtliche

Verbindlichkeit des Warschauer Vertrags von 1970.

Der zur Zeit der Abstimmung in der BRD anwesende polnische Finanzminister formulierte vorsichtig: „Dieser Tag heute kann durchaus ein Tag sein, aus dem Verständigung auch zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk erwächst.“ Er forderte wie auch der polnische Außenminister vor allem eine Liberalisierung des Wirtschaftsverkehrs, u.a. auch „die Chance, wieder unsere Bauleistungen zu exportieren“ (1), zu deutsch: Ausdehnung der Wanderarbeit von Bauhandwerkern.

Zur Abstimmung gaben verschiedene Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion Erklärungen zu Protokoll, warum sie der Erklärung zustimmen bzw. sie ablehnen. Eine Gruppe von 22 Unionsabgeordneten begründet ihre Zustimmung mit einem Forderungspaket:

„Wir stimmen dieser Entschließung in der festen Erwartung zu, daß diese und die folgenden Bundesregierungen die völkerrechtlichen Normen und menschenrechtlichen Prinzipien zur Grundlage und Voraussetzung der Vertragsverhandlungen machen. Wir erwarten konkret, daß ein solches Vertragswerk enthält:

— das Grundrecht auf Freizügigkeit  
— die Niederlassungsfreiheit auf beiden Seiten

— das Heimatrecht für diejenigen, die aus ihrer Heimat vertrieben worden sind  
— eine Regelung der individuellen Entschädigung für enteignete Vermögenswerte  
— eine Garantie der Volksgruppenrechte für die deutsche Minderheit  
— die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte.“ (2)

Und der CDU-Abgeordnete Austermann: „Meine Zustimmung zur heutigen Erklärung ... erfolgt unter dem Vorbehalt, daß ein künftiger gesamtdeutscher Souverän eine Grenzenerkennung nur unter der Klarstellung von Volksgruppen- und Heimatrechten für Deutsche, entsprechend internationalen Verträgen und Völkerrecht vornimmt, einen Verzicht auf wechselseitige Reparationen vereinbart ...“ (2)

Die Gruppe um den Berufsvertriebenen Czaja, die die Entschließung ablehnte, wies in ihrer Begründung ausdrücklich auf das Bundesverfassungsgerichts-urteil zum Warschauer Vertrag hin, in dem das Gericht festgehalten hat, daß das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fortexistiere und die im Vertrag unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen festgelegte Grenzvereinbarung als „Konkretisierung des Gewaltverzichts“, aber nicht als völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Grenze bezeichnete. (3)

Sowohl aus den Begründungen der Zustimmung wie der Ablehnung geht hervor, daß größere Teile der Unionsfraktion die Entschließung ebenso wie ein mögliches künftiges Vertragswerk im wesentlichen als Möglichkeit betrachten, deutschnationales Siedlungs- und Siedlungsprogramm alsbald wieder ostwärts von Oder und Lausitzer Neiße zu betreiben. Sie können sich dabei der Unterstützung der jetzigen Bundesregierung gewiß sein.

Denn Bundeskanzler Kohl hat in seiner Regierungserklärung mitgeteilt:

„Ein freies und vereintes Deutschland will Polen ein guter Nachbar, ein zuverlässiger Partner auf dem Weg nach Europa sein. Dazu gehört, daß Grenzen nicht in Zweifel gezogen und nicht verschoben werden. Nur wenn sie nicht umstritten sind, verlieren sie ihren trennenden Charakter. Wir wollen Grenzen einen neuen Charakter verleihen, nicht den der Trennung, sondern den der offenen Wege und der Begegnung in Freiheit.“ (2)

Dies ist, nur allgemeiner formuliert, dieselbe Bedingung. Die offene Grenze soll den Verkehr von der BRD in Richtung Polen ermöglichen, umgekehrt gilt das Ausländergesetz.

Die Revanchistenverbände erklären deutlich, daß sie die Resolution für ein Stück Papier halten. Koschyk, Generalsekretär des Vertriebenenverbandes, erklärte, die Entschließungen könnten einen völkerrechtlichen Vertrag nicht ersetzen. Darin müßten „alle offenen Fragen“, auch die Grenze, geregelt werden. (4) Der Sozialreferent der Oberschlesischen Landsmannschaft berichtet von zahlreichen jungen Leuten, die — so ein Bericht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ — „in ihre Heimat zurückkehren“ wollten. (5)

Quellen: (1) Die Welt, 25.6.90; (2) Bundestagsprotokoll 11/217 vom 22.6.90; (3) BVerfG 40, 141 ff; (4) Kölner Stadt-Anzeiger vom 23.6.90; (5) Deutscher Ostdienst Nr. 24/90

## Von der D-Mark zur Anschlußwahl

Die DDR steht jetzt unter auswärtiger Wirtschaftsverwaltung und hat damit den Status einer Kolonie. Nun setzen dort soziale Prozesse ein, die aufgrund bloß innerer Verhältnisse nicht in Gang kommen konnten. Es werde vielen besser gehen und keinem schlechter, heißt es. Differenzierung ist also Programm. Wo sind die Trennlinien? Das BRD-Kapital billigt z.B. bei Banken- und Versicherungen umstandslos deutliche Tarifierhöhungen zu, im produzierenden Gewerbe sieht es anders aus. Ein Indiz für Differenzierung zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen Fabrik und Verwaltung, zwischen Werkstatt und Büro. An immer mehr Punkten wird erkennbar, wie sich gesellschaftliches und politisches Handeln von BRD-Kapital und BRD-Staat ergänzen sollen.

Die gezielte Fernsehdiffamierung von DDR-Waren setzt das gesamte produzierende Gewerbe unter schockartigen Druck und erzeugt in den Betrieben eine Panik, unter der Widerstand gegen Entlassungen zerbröckelt. Die auf kurze oder mittlere Sicht anziehende Nachfrage wirkt dann direkt auf die Arbeitsintensität. Die mobilen unter den Entlassenen erhöhen das Angebot auf dem Arbeitsmarkt der BRD, die anderen werden auf dem der DDR bleiben.

Die unausbleiblichen Lohnbewegungen werden weiterhin auf ein differenziertes Arbeitgeberverhalten stoßen, das verwirrend wirkt, weil in gewissen Bereichen oder für gewisse Tätigkeiten mehr gezahlt wird, als gefordert wurde, für andere aber das Notwendigste nicht.

Die Verbindung von Entlassungsdruck und Lohnsteigerungen ermöglicht den Arbeitgebern, gezielt Vertrauenspersonal auszuwählen. Das fördert nicht nur im direkt betroffenen Arbeitsmarktsegment, unteres bis mittleres Management, einen ideologischen Umorientierungsprozeß. Verquickt mit der sozialen Differenzierung entwickelt sich die ideologische.

So wie das Arbeitsmarktgeschehen sozialen Widerstand auslöst, stößt die Marktideologie auf Kritik und politischen Widerstand, der gebrochen werden muß. Ähnlich wie die im letzten Jahr unter schwierigsten Bedingungen immer noch funktionierende DDR-Wirtschaft nur durch einen ungeheuren Schock aus den Angeln gehoben werden konnte, soll das politische Gefüge der DDR-Gesellschaft durch einen Schock zerstört werden. Mit dem Anschluß an die BRD werden die früheren Funktionäre von Staat und Partei geächtet sein, wenn sie nicht Umorientierung nachweisen.

Die gesamtdeutschen Wahlen, von denen jetzt so viel geredet wird, dienen in der Hauptsache dazu, dafür Legitimation zu schaffen. Dabei geht es nicht um Einzelheiten. Gewählt wird eine Regierung, die das Erforderliche schon tun wird. Die Vorbereitung läuft jedenfalls. Wir erinnern an die angebliche Untergrundarmee aus DKPern ebenso wie an die Versuche, DDR-Behörden mit Anschlägen in der BRD und in Westberlin in Verbindung zu bringen, bloß weil man Ausgeschiedenen der RAF mit stillschweigender Billigung der BRD Zuflucht gewährte. Weiteres wird folgen. Wer mit den Institutionen der alten DDR zu tun hatte, steht als Straftäter unter Verdacht und wird sich rechtfertigen müssen, sobald der Anschluß erklärt ist.

Die Formalitäten der Anschlußwahl sind umstritten. FDP und besonders SPD wollen das BRD-Wahlrecht mit seiner 5%-Klausel. Die SPD wirft der CDU, die unterschiedliche Ausschlußquoten für die BRD und die DDR anstrebt vor, sie wolle die PDS in ein gesamtdeutsches Parlament lassen, um die SPD zu schwächen und auch, um in der DDR mit der DSU einer Partei rechts außen eine Chance zu bieten.

Vertreter der Regierung der DDR sagen vor allem, daß die von ihnen favorisierte 3%-Regelung der ehemaligen Linksoption neben der SED eine Chance ließe; sie fürchten wohl, daß diese Linksoption in ein festes Bündnis mit der PDS gedrängt wird.

Schon bei den Länderwahlen in der DDR stellt sich heraus, ob es zu einem solchen Linksbündnis kommt und ob es den Linksparteien, vor allem der PDS gelingt, sich mit dem Arbeiterwiderstand in der DDR zu verbinden. Immerhin dürfen in der DDR die Arbeiter wählen, es sind grundlegend andere Wahlergebnisse möglich als hier, wo die Arbeiterbevölkerung aus dem Ausland ausgeschlossen ist. — (maf, uld)

## v. Weizsäcker plädiert für Hauptstadt Berlin

Auszüge aus der Festrede anlässlich der Ernennung zum Ehrenbürger beider Berlin

Der Bundespräsident prägt wieder Begriffe. Große, eigenständige Metropole. In voller Offenheit auf den Osten zugehen. Erfolg des Westens wird sich im Osten erweisen. Direkter Einfluß des Lebens auf die Maßstäbe der Politik.

Während der vergangenen vierzig Jahre haben in der Bundesrepublik zwei Grundentscheidungen mit Bonn einen überzeugenden Ausdruck gefunden: unser Föderalismus und unsere Bindung an den Westen. Ohne Zweifel wird das vereinigte Deutschland an beidem festhalten. Entscheidet sich aber damit bereits die Hauptstadtfrage?

Zunächst zum Föderalismus. Es wird ins Feld geführt, nur kleinere Hauptstädte mit geringerem Einfluß auf die Gesellschaft des ganzen Landes seien dem Charakter eines Bundesstaates zuträglich. Auf Beispiele aus anderen Ländern wie Kanada und Australien wird verwiesen.

Freilich kommt es für uns auf die deutschen Verhältnisse an. Und da erscheint mir dieses Argument wenig stichhaltig. Ist unser Föderalismus in der Bundesrepublik denn nur deshalb so gut gediehen, weil sich die Bundesländer mit ihren Hauptstädten durch das bescheidene Bonn nicht beeinträchtigt fühlen? Müßte er so viel Angst vor einer großen, eigenständigen Metropole als Hauptstadt haben, daß er auf die verfassungsrechtliche Schlüsselstellung, die er den Ländern in Bundesangelegenheiten gibt, nicht vertrauen dürfte? ... Können München und Hamburg, Stuttgart, Köln und Frankfurt nur deshalb so selbstbewußt auftreten, weil sie in der Zentrale keinen Rivalen sehen? ...

Und wie steht es mit der Westbindung? Was bedeutet und was erfordert sie? Sie entspricht unserer Überzeugung und ist unsere Leitlinie für die Zukunft. Sie bildet den Kern unserer Wertentscheidungen im Innern, und dies wird die Verfassung des vereinten Deutschlands kennzeichnen, völlig uneingeschränkt von jeder Hauptstadtwahl.

Die Westbindung ist und bleibt auch das Fundament unserer Außenpolitik. Das bedeutet zunächst, daß wir gemeinsam vor allem mit Frankreich zum Zusammenwachsen der Europäischen Gemeinschaft energisch beitragen werden. Diese Gemeinschaft ist der Motor in Europa. Nicht zuletzt ihrer beispielhaften Entwicklung verdanken wir die Reformansätze in der Sowjetunion und

Schließlich: Führung Deutschlands. — Geführt muß werden, was mindestens gebietsweise unmündig ist. Flachländer im Gebirge, Binnenländer im Wattenmeer, Deutsche in Deutschland. Führern ist zu folgen — oder lieber nicht?

damit auch den Erfolg der friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa. Mit ihrer werdenden Einheit muß und kann sich der Gemeinschaftsimpuls der Deutschen noch verstärken.

Westbindung heißt aber durchaus nicht, uns geographisch auf den Westen zurückzuziehen oder gar eine westeuropäische Festung auszubauen. Das genaue Gegenteil ist unser Ziel: Die Stärkung des Westens hat zum Inhalt, daß er in voller Offenheit auf den Osten zu-

gehen kann. Niemand sieht dies deutlicher, niemand hat ein vitaleres Interesse daran als wir Deutschen. Der Erfolg des Westens wird sich im Osten erweisen ...

Unsere Interessen und unsere Verantwortung als Deutsche sind und bleiben in unserer unaufgebaren Westbindung fest verwurzelt. Eben deshalb zielen sie auf Sicherheit und Frieden in ganz Europa und auf die west-östliche Zusammenarbeit in allen Bereichen. Je offener

**Deutschland Union**

## Stasi zur verbrecherischen Organisation erklären

Gemeinsame Klausurtagung der Innenpolitiker beider Parlamente Maria Michalik, MdV, Innenpolitische Sprecherin der CDU/DA-Fraktion;

Andreas Steiner, MdV, Innenpolitischer Sprecher der DSU-Fraktion; Johannes Gerster, MdB, Innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Gesamtdeutsche Wahlen und der Beitritt gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes sollen im Dezember dieses Jahres stattfinden. Dafür treten wir gemeinsam ein.

Die Kommunisten in der DDR haben diesen Staat nicht nur zugrunde gewirtschaftet, sie haben auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit en masse begangen. Dazu zählen:

— Die Fortsetzung nationalsozialistischer Greueltaten, ebenfalls mit Todesfolge, in Buchenwald, Sachsenhausen, Ketschendorf u.a.  
— Die politisch motivierte Mißhandlung von Menschen in psychiatrischen Kliniken.  
— Die Tötung unschuldiger Menschen, die vom Grundrecht der Freizügigkeit Gebrauch machten, am Todesstreifen.  
— Die Zwangstrennung von Kindern und Eltern, welche als unzuverlässig gegenüber dem Unrechtssystem galten und die Zwangsweisung in Betreuungsanstalten.  
— Die Dauerrepression gegenüber unschuldigen Bürgern durch Dauerüberwachung, Bespitzelung und Diffamierung.

Die Unterstützung und Privilegierung von terroristischen Gewalttätigkeiten. Diese Schandtaten müssen aufgearbeitet werden. Danach muß die Stasi zur verbrecherischen Organisation erklärt werden.

Die Aufarbeitung der Stasi-Untaten wird zur Zeit von mehreren Gremien in Angriff genommen. Das sind: das Komitee zur Auflösung des MfS, die Regierungskommission, Teile der Bürgerbewegungen, Sonderausschuß zur parlamentarischen Kontrolle der Regierungskommission. Diese Bemühungen müssen konzentriert und effektiv gestaltet werden. Wir sind statt dessen für die Einrichtung einer mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestatteten Aufklärungsbehörde unter internationaler Leitung (z.B. mit Juristen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte), die bei der Volkskammer angesiedelt wird. Diese muß auf der Basis eines Gesetzes belastende wie entlastende Tatbestände aufklären und dann zu klaren Ergebnissen gelangen. Vorrangig ist die Überprüfung der Abgeordneten der Volkskammer, der Kommunalvertretungen und der Kandidaten für die Landtagswahlen. Unschuldige müssen geschützt, Schuldige genannt und bestraft werden.

Der Umbau des öffentlichen Dienstes in der DDR muß in Stufen erfolgen, an deren Ende die Einführung eines neutralen Berufsbeamtenstatus steht. Auf keinen Fall dürfen überzogene Kündigungsschutzbestimmungen die notwendige Entlassung belasteter „Staatsdiener“ verhindern. Kein Schuldiger soll sich durch Schutzbestimmungen in den Büros des Staatsapparates anketten dürfen.

Aus: Deutschland-Union-Dienst Nr. 25/90, Pressedienst der CDU, CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## BILD-Kommentare

### Reptil

Von PETER BARTELS

„In Innenminister Schabows Entwurf des zweiten Staatsvertrages wird ... die unseelige bundesdeutsche Tradition ... auf die Spitze getrieben. So kann ... das Arbeitsverhältnis fristlos gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, sich der Beschäftigte in der SED besonders engagiert hat. Praktisch wird das Damokles-Schwert eines Berufsverbots über Millionen künftiger Ex-DDR-Bürger aufgehängt. Unter der dünnen Haut des Schlangeneis erkennt man bereits das Reptil.“

Originalton Neues Deutschland. Natürlich weiß das Neue Deutschland, daß dies schlicht gelogen ist.

Natürlich weiß das Neue Deutschland, daß es in der Bundesrepublik kein Berufsverbot gibt.

Das Neue Deutschland hat das Volk 40 Jahre belogen und betrogen. Und tut es heute noch.

Das Reptil im Schlangeneis ist rot und hat sieben Köpfe. Einer heißt Neues Deutschland.



Bild vom 29. Juni 1990

## Internationale Umschau



Nach fünf Wochen Streik brachen die Arbeiter im brasilianischen Zweigwerk Campinas von Mercedes-Benz Ende Juni ihren Streik für Lohnerhöhungen ab. Die Arbeiter waren am 24. Mai in den Streik getreten. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 150% (bei einer Teuerungsrate bis zu 60% im Monat in der letzten Zeit), die Anerkennung einer betrieblichen Interessenvertretung der Belegschaft durch den Konzern und die 40-Stunden-Woche. Die Geschäftsleitung entließ 62 Streikende. Nachdem sie den Arbeitern eine 20%-Lohnerhöhung und die Umwandlung der fristlosen Entlassungen in ordentliche Kündigungen zugesagt hatte, brach die Belegschaft den Streik ab. Bild: Protestaktion brasilianischer Metallarbeiter. — (rül)

## Frankreich: Minimale Anhebung des Mindestlohns

Der französische Ministerrat hat zum 1. Juli den gesetzlichen Mindestlohn für Lohnabhängige in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst lediglich um 2,5% angehoben. Der neue Mindestlohn beträgt 5286,32 Franc brutto im Monat, das sind umgerechnet ca. 1500 DM brutto. Etwa 10% aller Lohnabhängigen beziehen in Frankreich gerade diesen Mindestlohn. Die Gewerkschaften hatten in den letzten Wochen und Monaten mehrfach eine deutlich stärkere Anhebung der Mindestlöhne gefordert, um die Lohnsenkungen der letzten Jahre wenigstens teilweise zu korrigieren. Der Gewerkschaftsbund CGT hat gegen die nun beschlossene Anhebung bereits protestiert. Sie reiche noch nicht einmal, um einen Espresso und ein Brötchen am Tag zusätzlich zu bezahlen. — (rül)

## Portugal: Aktionstag für 40-Stunden-Woche

Über 300000 Arbeiterinnen und Arbeiter streikten am 25. Juni für die Einführung der 40-Stunden-Woche an fünf Wochentagen. An diesem „Kampftag“ fanden viele Versammlungen und Demonstrationen statt, an denen sich vor allem Lohnabhängige aus der Metall- und Textilindustrie, dem Bau- und Hotelgewerbe sowie aus Apotheken, Druckereien und Elektrobetrieben beteiligten. Die Arbeitszeit beträgt in diesen Branchen zwischen 44 und 46 Stunden in der Woche. Aufgerufen zu diesem „Kampftag“ hatte die kommunistische CGTP. — (uld)

## ANC und PAC bekräftigen ihren bewaffneten Kampf

Während der Tagung des Sonderkomitees der Organisation für afrikanische Einheit in Arusha erklärten Vertreter der Befreiungsorganisationen ANC und PAC, daß ihre Organisationen den bewaffneten Kampf gegen das südafrikanische Rassistenregime fortführen wollen. Joe Modise, Kommandant des militärischen ANC-Flügels, und der PAC-Sprecher für auswärtige Angelegenheiten, Gora Ebrahim, erklärten, die Reformen des südafrikanischen Präsidenten De Klerk entsprächen noch lange nicht den Erwartungen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Noch immer gebe es Hunderte, wenn nicht Tausende von politischen Gefangenen, und noch immer gebrauche die Regierung brutalste Gewalt gegen die Schwarzen. Modise erklärte: „Dies ist nicht der richtige Zeitpunkt, den bewaffneten Kampf einzuschränken, sondern der Zeitpunkt, unsere Kader intensiver zu trainieren, unsere Kampffähigkeiten zu erhöhen, um den Kampf zu verstärken.“ Gora Ebrahim erklärte, der PAC werde den Kampf an allen Fronten ausweiten. Gespräche oder Verhandlungen mit der Rassistenregierung wären für den PAC erst möglich, wenn die fünf politischen Grundpfeiler der Apartheid beseitigt seien, vor allem die Landgesetze aufgehoben, die Gesetze über die Bevölkerungsregistrierung beseitigt, die Bantu-Erziehung abgeschafft sei. — (uld)

## USA: Die 128. Exekution seit 1976

Der im Jahre 1978 wegen eines Polizistenmordes zum Tode verurteilte, von den Behörden und Ärzten als geistig zurückgeblieben eingestufte 30-jährige US-Amerikaner Dalton Prejean ist Ende Mai im Zuchthaus Angola im US-Staat Louisiana auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet worden. Wenige Stunden zuvor hatte der Oberste Gerichtshof in Washington einen Hinrichtungsaufschub mit sieben zu zwei Stimmen abgelehnt, nachdem er bereits im April einen Berufungsantrag Prejeans zurückgewiesen hatte. Zehn Jahre lang hatten Dalton Prejean und seine Anwälte gegen seine Hinrichtung gekämpft. Der Begnadigungsausschuß des Staates Louisiana war am Anfang des Jahres zu dem Schluß gelangt, daß Prejean nicht hingerichtet werden dürfe, da er zum Zeitpunkt der Tat erst 17 Jahre alt war und seine geistige Entwicklung jetzt erst der eines 13-jährigen entspreche. Der Ausschuß forderte Gouverneur Roemer auf, Prejean zu begnadigen, was dieser jedoch ablehnte. Im Juni 1989 hatte der Oberste Gerichtshof der USA entschieden, daß die Hinrichtung geistig Zurückgebliebener und zur Tatzeit noch nicht voll Verantwortlicher nicht gegen die US-Verfassung verstoße. Gegen die Hinrichtung Prejeans hatten zahlreiche Organisationen gekämpft, darunter auch amnesty international, die darauf hinwies, daß Prejean zur Tatzeit noch jugendlicher war und wegen schwerer Mißhandlungen in der Kindheit unter einem organischen Hirntrauma litt und deshalb auch geistig nicht für seine Tat verantwortlich gemacht werden könne. Die Hinrichtung Prejeans war die 128. Vollstreckung der Todesstrafe in den USA, seitdem der Oberste Gerichtshof in Washington 1976 die Todesstrafe unter dem Druck reaktionärer Kampagnen wieder für zulässig erklärt hatte. — (rül)



In Äthiopien haben Einheiten der eritreischen und tigrischen Befreiungsorganisationen in den letzten Wochen große Erfolge gegen die Regierungstruppen erzielt. Nach Angaben der eritreischen EPLF haben ihre Truppen in den letzten drei Wochen 22000 Regierungssoldaten getötet und zwei Brigaden der äthiopischen Armee komplett vernichtet. Die EPLF steht kurz vor der Einnahme des Flughafens der eritreischen Hauptstadt Asmara. Nach westlichen Berichten sollen sich Einheiten der EPLF und der äthiopischen Armee 160 km vor Addis Abeba heftige Kämpfe liefern. Auch die Befreiungsorganisation Tigrays, die TPLF (Bild: Massenversammlung der TPLF) meldet Erfolge. Anfang Juni hatte die äthiopische Regierung erstmals der Forderung der EPLF zugestimmt, Beobachter der UNO zu Friedensgesprächen zuzulassen. Quelle: NZZ, 27. 6. — (rül)

## El Salvador: Verhandlungen zwischen FMLN und Regierung

Ende Mai fanden in der venezuelanischen Hauptstadt Caracas unter Vermittlung der Vereinten Nationen Verhandlungen zwischen der salvadorianischen Befreiungsorganisation FMLN und der Regierung El Salvadors statt. Wenige Wochen zuvor hatte die FMLN mit einer neuen militärischen Offensive den Druck auf die Regierungstruppen verschärft und so eine Aufnahme der Verhandlungen erzwungen. Gleichzeitig kritisierte sie die Entscheidung des US-Kongresses, der die Militärhilfe für das Regime nur um 50% verringern will: „Jede Unterstützung an eine terroristische Streitmacht heizt nur den Krieg an und vermindert die Chancen einer sofortigen Vereinbarung eines Waffenstillstandes.“ Die FMLN bewertete in einem Pressekommunique vom 25. Mai das Ergebnis der Verhandlungen so:

„1. Die Ergebnisse der 6-tägigen Verhandlungen in Caracas sind darauf gerichtet, den Raum für den politischen Kampf und eine Übereinkunft zwischen allen Kräften des nationalen Lebens zu schaffen.“

2. Bei dem Treffen in Caracas blieb die Notwendigkeit von Veränderungen auf der Tagesordnung, welche die Grundlage für politische Übereinkünfte in folgenden Punkten sein müssen:

- Streitkräfte
- Menschenrechte
- Justizsystem
- Wirtschafts- und Sozialpakt
- Reform des Wahlsystems
- Verfassungsreform

Die Ausarbeitung von Vorschlägen und die vereinte Kraft der politischen Parteien, der sozialen Organisationen und des Volkes hinsichtlich dieser Themen werden für eine politische Lösung des Konfliktes entscheidend sein.

3. In dem Maße, wie zu den obengenannten Themen zum Wohle der Bevölkerung und der ganzen Nation Übereinkünfte erreicht werden, wird es möglich sein, zu einer Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzungen zu kommen, wie es die Vereinbarungen von Genf und Caracas vorsehen.

4. Es wurde ein Prozeß in die Wege geleitet, in dem sich, zum ersten Male in der Geschichte El Salvadors seit Beginn des Volkskampfes, reale Möglichkeiten für tiefgreifende Veränderungen zu einer Demokratisierung des Landes, zur Entmilitarisierung der Gesellschaft und zur ökonomischen und sozialen Zusammenarbeit ergeben, die es uns ermöglichen, aus der Krise herauszukommen und einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen.

5. Die Vereinbarungen von Caracas sind ein Sieg des langandauernden und heroischen Kampfes des salvadorianischen Volkes. Der begonnene Verhandlungsprozeß wird fortschreiten und Früchte bringen, wenn dieser Kampf sich verstärkt und sich das breitestmögliche nationale Spektrum an der Suche nach einem gerechten Frieden beteiligt.

6. Die FMLN wiederholt ihre klare Aussage, auf dem Weg der politischen Lösung weiterzugehen, wobei sie zu jeder Zeit die Interessen und Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung und aller Bereiche, die ernsthaft den Kampf für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden unterstützen, garantiert.“

Quelle: Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, El Salvador, Centralamerika — Pressemittteilung vom 25. 5. 90 — (rül)

## Neue Tarifverträge! Scala mobile!

Italien: Streiks und Kundgebungen / Generalstreik am 11. Juli

„Die Arbeiter sind zurückgekehrt“ — so überschrieb die Zeitung „la Repubblica“ ihre Berichterstattung über den Streik in der Metallindustrie und die Kundgebungen vom 27. 6. in Mailand und Neapel. Was hat sie so beeindruckt? 200000 Beschäftigte aus der Metall- und Chemieindustrie sind an diesem Tag in Mailand zusammengekommen, 60000 in Neapel. „Die größten Demonstrationen seit sieben Jahren“, schrieb die zum Fiat-Konzern gehörende „Stampa“. Der landesweite Streik in der Metallindustrie an diesem Tag kam zum Stehen. Die Beteiligung war durchweg hoch, von 70, 80, 90 oder sogar 100% in den Unternehmen wird berichtet. Ein wichtiger Gradmesser ist dabei Fiat, wo die Mobilisierung in den 80er Jahren schwierig war (an einem Tarifstreik 1988 hatten sich im Werk Mirafiori gerade 15% beteiligt). Jetzt wird die Streikbeteiligung in Mirafiori mit 60% beziffert, in Rivalta mit 70%, bei Lancia Chivasso 75%, bei Iveco zwischen 80 und 90%.

Der heftige Widerstand richtet sich gegen den Industrieverband Confindustria, der sich mit Hinweis auf den EG-Binnenmarkt an die Spitze des Angriffs auf die Arbeiterbewegung gesetzt hat. Auf die Forderungen der drei großen Metallgewerkschaftsbünde nach höheren Löhnen, Arbeitszeitverkürzung und mehr Rechten in den Betrieben (s. Pol.

Ber. 3/90) hat dieser Verband mit der Weigerung reagiert, überhaupt neue Tarifverträge abzuschließen. Schon an diesem Punkt hatten in vielen Unternehmen mehrstündige Arbeitsniederlegungen mit hoher Beteiligung stattgefunden. Dann war Confindustria noch einen Schritt weitergegangen und hatte — mitten in der Fußball-WM, um den erwarteten Protest zu isolieren — die Scala mobile, den automatischen Ausgleich eines Teils der Teuerung, zum Jahresende gekündigt. Die Scala mobile, obwohl schon vor Jahren gegen massiven Widerstand gesetzlich eingeschränkt, gilt nach wie vor als eine der wichtigsten Errungenschaften der italienischen Arbeiterbewegung. Confindustria verlangt eine ganz neue Lohnstruktur ohne Scala mobile und mit gekürzten Löhnen, bei denen der Druck des Arbeitsmarktes stärker durchschlagen soll. Obendrein will der Industrieverband bisherige Sozialabgaben der Unternehmen, vor allem zur Finanzierung des Gesundheitswesens, im Zug dieser Tarifauseinandersetzung auf den Staatshaushalt abwälzen. Die Regierung Andreotti hat sich als „Schiedsrichter“ ins Spiel gebracht und bietet schon umgerechnet 230 Mio. DM für die nächsten fünf Jahre. Den Generalstreik in allen Branchen, den die Gewerkschaften für den 11. 7. angekündigt haben, will sie verhindern. — (rok)

## Belgien: Angriff auf Lohnstandard

Reaktionäre Vorhaben mit der Allianz DM — belgischer Franc

Am 16. Juni hat die belgische Regierung Martens die Anbindung der belgischen Währung, des Franc, an den Kurs der DM bekanntgegeben. Bisher bestand im Rahmen des EWS eine mögliche Schwankungsbreite des Franc-Kurses zur DM von 2,25% nach oben und unten. Mit der Regierungsentscheidung hat sich die belgische Regierung einseitig verpflichtet, diesen Kurs nunmehr so zu gestalten, „als ob es sich um eine Währung handle“ (Premierminister Martens lt. „Handelsblatt“, 18. 6.)

Die belgische „Partei der Arbeit“ beschreibt in ihrer Zeitschrift „Solidair“, welche Vorhaben die Regierung mit dieser Währungsanbindung (die sich wegen der einheitlichen Währung mit Luxemburg automatisch auch auf diesen Staat erstreckt) verbindet. Der Währungsverbund mit der DM soll der Regierung den Rücken stärken bei weiteren schweren Angriffen auf die Lohnabhängigen, insbesondere im öffentlichen Dienst. Zwei Tage vor der Bekanntgabe des Währungsverbunds hatte Finanzminister Willy Claes bereits angekündigt, der im Herbst vorzulegende Haushalt 1991 werde ein „Haushalt der Wahrheit“ sein. Die Regierung plant

„Einsparungen“ in Höhe von 70 Mrd. belgischen Franc, umgerechnet ca. 34 Mrd. DM oder 343 DM je Kopf der Bevölkerung. Die größten Kürzungen sollen in den Bereichen soziale Sicherheit, Bildungswesen und bei den Gehältern der Beamten vorgenommen werden. „Allgemein gesprochen glaube ich, daß mehr Arbeit von weniger Beamten zu schaffen ist“, verkündete Claes. Zugleich plant die Regierung eine Reform des Beamtenrechts. An die Spitze der Verwaltungen und Betriebe im öffentlichen Dienst sollen private Manager berufen werden, um die Rationalisierungen voranzutreiben. Gleichzeitig sollen insbesondere in den unteren Lohngruppen und bei den Lehrern Festanstellungen ersetzt werden durch befristete Arbeitsverträge, um so diesen sowieso schon schlecht bezahlten Lohnabhängigen noch mehr Arbeit bei noch weniger Lohn abverlangen zu können. Der stellvertretende Vorsitzende der Lehrergewerkschaft ACOD Lambrecht hat diese Pläne bereits als „eine Beleidigung und eine Kriegserklärung an die Adresse der Beamten“ verurteilt.

Quelle: Solidair, 20. 6. 1990; Handelsblatt, 18. 6. 90 — (rül)

## Militärische Auseinandersetzung

Sri Lanka: Flächenbombardements gegen die Tamilen

Die tamilische Befreiungsorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) hat den bewaffneten Kampf gegen die srilankanischen Truppen in den letzten Wochen wieder aufgenommen. Hauptgrund scheinen die sich seit Monaten ergebnislos hinziehenden Gespräche mit der Regierung in der Hauptstadt Colombo zu sein. Nach dem hart erkämpften Abzug der indischen Truppen hatten sich die Regierung unter Präsident Premadasa und die LTTE auf einen Waffenstillstand und Verhandlungen geeinigt.

Die umkämpfte nordöstliche Region der Insel Sri Lanka wird mehrheitlich von Tamilen bewohnt. Nach Angaben der Regierung sind über 200000 Menschen aus diesem Gebiet geflüchtet. Die Armee Sri Lankas ist bei ihren Gegenangriffen zu Flächenbombardements übergegangen. Nur so konnte die Armee die Kontrolle über die südlichen Gebiete um Batticaloa wieder erlangen. Die Kämpfer der LTTE haben sich hier in den Dschungel zurückgezogen.

Es ist schwer festzustellen, von welchen Interessen die jeweiligen Parteien geleitet werden. Eine Ursache der Kämpfe scheint das deutlich sichtbare

Gefälle in der Produktionsstruktur der Insel zu sein. In den Gebieten, in denen mehrheitlich Tamilen leben — im Norden und Nordosten der Insel — ist die landwirtschaftliche Nutzung nur durch größere Landflächen möglich. Die südliche Region, in der auch die Hauptstadt Colombo liegt, ist viel intensiver landwirtschaftlich nutzbar. In den Niederungen wird Kokos, in den Mittelagen Kautschuk und im Hochland Tee angebaut. Die hohe Niederschlagsmenge in diesem Gebiet hebt sich deutlich von den nördlichen „Trockenregionen“ ab. Der Anteil des landwirtschaftlichen Nutzens des liegt im Durchschnitt nur bei 26,4% (Vergleich: 75% in der Feuchtregion). Diese Unterentwicklung ist sicher eine der Ursachen für die Widersprüche zwischen Tamilen im Norden und der meist von Singhalesen besetzten südlichen Verwaltung und Regierung.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung Sri Lankas sich, wie bereits vor zwei Jahren, über ausländische — vor allem indische — Militärhilfe zu retten versucht.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, Ausgabe vom 17. 6. bis 25. 6. 90; Länderkunde Asien, Fischer — (cog)



## Peru: Fortschritte im Befreiungskampf Das Regime gerät zunehmend in die Krise

Ein Bericht des „Arbeitskreis Mariategui“ über die Entwicklung des Befreiungskampfes

Das Regime verschweigt die internationale Presse nichts: Gleich drei verschiedene Nachrichten zu Peru sind innerhalb der letzten Wochen bekannt geworden: „Ein Japaner ist neuer Präsident von Peru, nach dem Wahlsieg über den bekannten Schriftsteller Vargas Llosa“; „Sendero Luminoso spaltet sich und die Regierung versetzt der Guerrilla einen vernichtenden Schlag“; „Die USA beginnt neue Phase der militärischen Intervention in Peru“; drei Nachrichten, die auf ein und dieselbe Realität hinweisen: die Krise des gegenwärtigen peruanischen Staates und das unaufhaltsame Fortschreiten des Volkskrieges.

Und spricht man von der Krise des peruanischen Staates, so heißt das, daß die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse ihre Gültigkeit verloren haben. Auch die Wahlen sind nur ein Versuch der herrschenden Klassen, ihr Fortbestehen und ihre Macht zu legitimieren, und dafür sind alle Mittel recht: sei es Demagogie (in großartigen Wahlversprechen), oder verstärkte Repression, ein Zeichen dafür, daß der Staat immer reaktionärer wird. Seit Jahrzehnten wechseln sich zwei Fraktionen der Großbourgeoisie in der Regierung ab: die Kompradorenbourgeoisie und die bürokratische Bour-

Von einem „großen Schlag“ gegen die PCP, die Kommunistische Partei Perus, hier auch bekannt als „Leuchtender Pfad“ oder „Sendero Luminoso“, berichteten unlängst verschiedene Zeitungen. Peruanische Polizei habe die „Zentrale“ des PCP in Lima entdeckt und gestürmt. Gleichzeitig tauchen Meldungen auf über „Differenzen“ in der PCP. Teile der Partei hätten zu einer Unterbrechung des bewaffneten Kampfes aufgerufen. Was nicht gemeldet wurde: Die

Das „Phänomen Fujimori“ ist ein Zeichen für den Verlust an Prestige und für die Überholtheit der politischen Parteien, die mit der gegenwärtigen Regierung verbunden sind. Die „Unabhängigen“ haben die meisten Stimmen erhalten. Aber niemand in Peru hat ein kohärentes Regierungsprogramm und noch weniger das Geld, um es zu finanzieren. Die Großbourgeoisie versucht bloß, hohe Gewinne in kürzester Zeit zu erzielen, d.h. ihre Teilnahme an jedem Wirtschaftsjahr hat rein spekulative

Die Krise wird außerdem immer tiefer, weil der Volkskrieg unter der Führung der Kommunistischen Partei Perus (PCP) die Staatsmacht in weiten Gebieten des Landes zerstört hat (ca. 40 %) und einen neuen Staat aufbaut, der sich als Bündnis dreier Klassen, Arbeiter, Bauern und Kleinbourgeoisie konstituiert. Dieser neue Staat findet seinen Ausdruck in den Volkskomitees und den Stützpunktsystemen, den wichtigsten Errungenschaften des Volkskrieges. In 10 Jahren wurden über 100 000 Aktionen

USA verstärken ihre bewaffnete Intervention gegen den Befreiungskampf in Peru. Allein schon dies legt die Vermutung nahe, daß die Meldungen über angebliche „Erfolge“ gegen die PCP Desinformation sind, um die imperialistische Intervention in Peru zu erleichtern. Wir bitten den „Arbeitskreis Mariategui“, der die Politik der PCP unterstützt, um eine Darstellung der Entwicklung des Befreiungskampfes in Peru. Hier sein Bericht. — (rül)

nicht mehr um einfachen Arbeitskampf zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen, sondern um massive militärische Aktionen. Die PCP ist gegenwärtig in der Lage, von der Etappe der strategischen Defensive zum strategischen Gleichgewicht überzugehen, was gleichzeitig den Sprung von einem Guerrillakrieg zu einem Bewegungskrieg bedeutet. Damit können die Stützpunktsysteme eine relative Stabilität erreichen und es wären die Bedingungen für die zukünftige Machtübernahme im ganzen Land geschaffen. Allerdings erfordert jede neue Phase des Krieges bestimmte Umstrukturierungen oder Kurskorrekturen; gegenwärtig ist daher eine ideologische Konsolidierung durch politische und ideologische Debatten sowohl im Inneren der Partei als auch innerhalb der Volksmassen notwendig sowie auch eine organisatorische Angleichung an die neue Etappe des Krieges. Nur so können der Triumph des Volkskrieges und die Ziele der Demokratisch-Nationalen Revolution erreicht werden. Diese Situation führt dazu, daß die peruanische Regierung und der Imperialismus immer verzweifelter handeln. Im allgemeinen Chaos dieses letzten Wahljahres (5 verschiedene Wahlen in einem Jahr) ging der Völkermord weiter, wurden ganze Dörfer bombardiert, um für die Weltöffentlichkeit „Triumphe zu fabrizieren“; es werden psychologische Kampagnen mit Hilfe der „gezügelten Linken“ geführt, um das Bild vom „gespaltenen Sendero“ zu verbreiten. In Zusammenarbeit mit der internationalen Presse wird die plumpe Farce vom „vernichtenden Schlag gegen Sendero Luminoso“ inszeniert, um so die Fortschritte des Volkskrieges zu verdecken, — ein Volkskrieg, konzipiert und geführt nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus-Maoismus; dieser Volkskrieg wird so zum Beweis dafür, daß die Ideologie des Proletariats lebendig und lebensfähig ist, vor allem aber stark und handlungsfähig macht. Die Siege der Revolution in Peru lassen die Imperialisten verzweifeln, vor allem wegen der Folgen, die sie in ganz Südamerika und dementsprechend auch für die Aufteilung der Welt zwischen den zwei Supermächten und den anderen imperialistischen Mächten besonders in der gegenwärtigen internationalen politischen Konjunktur haben könnten.

Die USA beginnt eine neue Phase ihrer militärischen Intervention in Peru. Der Vorwand des „Anti-Drogen Krieges“ liefert der US-Intervention die nötige Rechtfertigung vor der internationalen Öffentlichkeit. Bis jetzt waren es DEA und CIA, welche den antisubversiven Kampf unterstützt, beraten und oft auch geleitet haben. Das neue Pro-

gramm der Bush-Regierung überträgt nun die Verantwortung für die Intervention in Peru direkt dem US-Militär. Es wurden bereits die ersten 35 Millionen von insgesamt 120 Millionen vorgesehenen US-\$ übergeben; der antisubversive Charakter der Intervention wird hervorgehoben; im Eiltempo wird eine zweite Militärbasis für ca. 5 500 Soldaten unter Kontrolle der US-Armee im Alto Hualaga errichtet; es sind 6 Fluß-Patrouillenboote und 9 Helikopter ans peruanische Militär übergeben worden, für Reparatur und Wartung von 20 A-37 Kampfflugzeugen, Munition und Ausrüstung für 6 Bataillone sowie für den Bau von Landebahnen und Radarnetzen wird das US-Militär aufkommen. Es ist außerdem eine dritte Militärbasis im Urwald, in der strategisch wichtigen Gegend bei Ayacucho, zwischen den Flüssen Eno und Tambo geplant. Zum ersten Mal seit 20 Jahren nimmt die US-Regierung „direkte Verhandlungen“ mit dem peruanischen Militär auf (New York Times, 22.4.90). Das bedeutet, daß die militärischen Entscheidungen, die getroffen werden, unabhängig von jedwelcher neuen Regierung sein werden, und das Schlimmste daran ist, daß die USA, wann immer sie es für notwendig befinden, dem Land eine Militärdiktatur aufzwingen können, und das bedeutet auch die Möglichkeit einer massiven Intervention.

In der gegenwärtigen Phase üben die USA und die peruanische Regierung mit Hilfe der internationalen Presse den sog. „Informationskrieg“, d.h. Desinformation oder Informationsstopp, je nachdem, was vorteilhafter ist. Thomas Quainton, der neue US-Botschafter in Lima, einer der Zehnväter der nicaraguanischen Contras und Mitautor des CIA Manuals zur Spezialisierung auf „psychologische Kampfführung“, ist der politische Verantwortliche für die Intervention. Sein Plan ist, die „peruanische Contra“ aufgrund der Erfahrungen in anderen Ländern zu organisieren, die anvisierten Methoden: Verwendung der armen Bauern als Billigsoldaten und der mittleren und reichen Bauern als politische Kader der Reaktion; Organisation von Todesschwadronen in Städten und Stadtrandgebieten; massive militärische Aktionen, Repression und Völkermord. Darin wird das Militär von den reaktionärsten Kräften des Landes unterstützt: von der katholischen Kirche, die immer mehr eine politische Rolle übernimmt, von der „Vereinigten Linken“, die einen Verrat nach dem anderen begeht und verdeckt schon lange politische Aufgaben der Reaktion wahrnimmt; aber auch von europäischen Stiftungen, die mit ihren Projekten überall im Land als Brückenkopf des Imperialismus funktionieren, vom Sozialimperialismus durch seine politische und operative Hilfe und vom großen internationalen Finanzkapital.

Dies ist die neue Situation, in der sich der Volkskrieg in Peru weiterhin entfaltet. Das Proletariat, die Bauern und die Volksmassen unter der Führung der PCP haben noch schwierige Aufgaben vor sich; dafür wird politische, ideologische und organisatorische Festigkeit benötigt. Die Volksrepublik und ein neuer Staat sind eine Notwendigkeit für das Volk und von großer Bedeutung für die Revolutionäre aus aller Welt, denn der Kampf der Unterdrückten dieser Welt fließt zusammen in einen einzigen Strom.

— (Arbeitskreis Mariategui)



Indianische Bauern im Ayacucho beerdigen einen gefallenen Guerillero.

geoisie. Die Kompradoren mit ihrer demo-liberalen Ideologie besitzen das große Finanzkapital und sind stark mit der USA verbunden — ihr Vertreter ist die FREDEMO mit Vargas Llosa an der Spitze. Die bürokratische Bourgeoisie setzt den Staat als ökonomischen Hebel ein und schafft sich autoritäre und diktatorische Regierungen; ihr politischer Diskurs ist populistisch oder sogar mit „linker“ Tendenz: Alan Garcia ist ein Vertreter dieser Fraktion, sowie auch der „linke“ Führer Alfonso Barrantes oder die prosozialistischen Revisionisten. Beide Fraktionen nutzen den bürokratischen Kapitalismus für ihre Interessen, d.h. diejenige Form des Kapitalismus, die der Imperialismus in wirtschaftlich rückständigen Ländern entwickelt.

Ziele. Die Vereinigte Linke, die sich selbst zum Vertreter der „breiten Volksmassen“ ernannt hatte, konnte bei den Wahlen vom 8. April kaum 6 % erreichen. Die reaktionäre katholische Kirche setzt alle Formen von religiösem Obskurantismus ein, holt Heiligenfiguren für unendliche Prozessionen heraus, um wenigstens die Gläubigen aus dem Volk hinter die Großbourgeoisie, hinter FREDEMO und Vargas Llosa zu bringen. Aber auch alle Spielarten des Rassismus und Nationalismus werden eingesetzt, um die politischen Gegner zu disqualifizieren. Aber Tatsache ist, daß auch Fujimori nichts Neues bringt: IWF, kein konkreter Regierungsplan, bürokratischer Kapitalismus und immer mehr Repression — alles wie gehabt.

durchgeführt; so waren es z.B. in der Etappe von Dezember '86 bis Mai '89, dem „Großen Plan zur Errichtung von Stützpunktsystemen“ ca. 6300 Aktionen, vor allem Agitation und bewaffnete Propaganda (70 %), sowie bewaffnete Kampfaktionen (25 %) im ganzen Land. Immer mehr Arbeiter, Bauern, Frauen und Jugendliche reihen sich in den Volkskrieg ein, die PCP wächst zahlenmäßig sehr schnell, — (schneller als es eigentlich wünschenswert war), vor allem auf dem Lande und in den Randvierteln der großen Städte, in Gewerkschaften, Fabriken, Universitäten. Die bewaffneten Streiks sind eine neue Form des Kampfes, durch die breite Volksmassen und große Gebiete einbezogen werden können; es handelt sich jetzt

## Ungarn: Intelligenz in Machtfunktion

Neues Dokument aus der Diskussion über die Rolle und Zukunft der Intelligenz in Ungarn

genz in Ungarn heute und seine Prognose über ihre Zukunft. (nach Budapest Rundschau, 4.6.90) — (frf)

„Ein Spezifikum der heutigen mitteleuropäischen Lage besteht darin, daß der Intelligenz eine besonders wichtige Machtfunktion zukommt. Dies geschieht fast zwangsweise, da die kommunistische, bürokratische Ordnung ihre Macht eingebüßt hat und es außer der Intelligenz keinen weiteren Anwärter gibt, der dieses Vakuum ausfüllen könnte. Es gibt kein bewußtes Bürgertum wie in anderen Gesellschaftsordnungen, das die gesellschaftliche Macht mittels seiner fachpolitischen Garde ausübt.

Infolge dieses Mangels existiert hier und heute ... eine gesellschaftliche Situation, in der die Intelligenz eine entscheidende Machtfunktion besitzt. Wie lange das dauern wird und in welche

Richtung die Intelligenz strebt, ist eine andere Frage. Vermutlich wird sie ihre Machtfunktion nicht leicht aufgeben. Ich nehme an, die Ausübung der Macht wird ihr gefallen. (...)

Was heute in Ungarn vor sich geht, ist eine bürgerliche Revolution, eine bürgerliche Umwälzung — ohne Bürgertum. Gemacht wird sie wieder von der Intelligenz, die verspricht, das Bürgertum zu schaffen. Interessant dürfte sein, wie lange sie wohl große Lust dazu verspürt. Wann ihr wohl die Lust dazu vergeht und wann sie wehklagen wird, die Kaderbürokratie nicht vertrieben zu haben, um sich das besitzende Bürgertum auf den Hals zu laden. Ob man nicht etwas ausklügeln könne, damit das besitzende Bürgertum nicht zu groß werde?

Eine keineswegs unmögliche Zukunft! Vorstellbar — ja wahrschein-

licher — ist aber auch, daß sie dem besitzenden Bürgertum trotz saurer Miene über kurz oder lang das Terrain überläßt. Das gilt sowohl für die Ausländer, die herkommen und ungarische Betriebe erwerben, als auch für eigene Landsleute, die mit der Zeit erstarken. Heute scheinen Ausländer wahrscheinlicher, weil die heimische bürgerliche Entwicklung ziemlich vielen Klippen und Krämpfen ausgesetzt ist. Die Intelligenzler können so auch ihren Platz finden; sie können sich aus der Position der herrschenden Elite in Fachintelligenzler verwandeln, die als Fachleute großer westlicher Konzerne einen gutbezahlten Arbeitsplatz haben — gleich ihren westlichen Intelligenzpartnern.

Unsere Gesellschaft wird schwere Probleme zu bewältigen haben. Es steht eine sehr starke Arbeitslosigkeit bevor.

Ein Drittel an der Basis der Gesellschaft hat keine leichten Jahre vor sich. Aber einem Drittel an der Spitze der Gesellschaft wird es vermutlich wesentlich besser gehen. Dort wird man mehr verdienen und eine Weile auch mehr Macht haben. In dieser Hinsicht stehen der Intelligenz gute Zeiten ins Haus.

Während der Umgestaltung muß natürlich auch die Intelligenz Opfer bringen. Vergessen wir nicht, daß ein beachtlicher Teil der Intelligenz, die Künstler und Gesellschaftswissenschaftler, in recht bedeutendem Maße vom Staatseigentum abhängen. Privatwirtschaftliche Unternehmen beschäftigten höchst selten Soziologen, Historiker, Philologen, Archäologen und dergleiche ... im allgemeinen streichen die schwächeren Schriftsteller mehr Geld ein, die besseren können ihre Bücher nur herausgeben, wenn sie eine kleine Subvention bekommen.

Das Vorhaben „kleinerer Staat, weniger Redistribution“ wird einen Teil der Intelligenz in Mitleidenschaft ziehen ...

In Ungarn arbeiten Soziologen schon seit längerer Zeit an Untersuchungen über die Rolle der Intelligenz. Die Soziologen György Konrad und Iván Szélnyi veröffentlichten 1978 das Buch „Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht“ (Suhrkamp); darin legen sie dar, daß der „Staatssozialismus“ zwar nicht die direkte Klassenherrschaft der Intelligenz sei, die intellektuelle Klassenmacht werde durch die Vermittlung der Partei-kader ausgeübt. Alle anderen Klassen würden von ihr in Abhängigkeit gehalten, sie trete jedoch als Sprachrohr der Arbeiterklasse auf. Die Intelligenz befinde sich in der privilegierten Restriktionsposition, während die das Mehrprodukt schaffende Arbeiterklasse vom Recht auf Verteilung ausgeschlossen sei.

Szélnyi wurde 1975 zur Auswanderung gezwungen, 1982 durfte er wieder einreisen, 1991 soll er Vorsitzender der Ungarischen Soziologischen Gesellschaft werden. Wir dokumentieren aus einem Interview mit der Zeitung „Magyar Nemzet“ zur Rolle der Intelli-



„Grundsätzlich gesagt ist es so, daß hinter allen Forderungen, die während der Rebellion aufgestellt worden sind, die Geschichte steht, daß man also zu kurz redet, wenn man das nur an den Forderungen festmacht. Dem müßte eigentlich vorhergehen, mal grundsätzlich darüber zu reden, was Knast eigentlich heißt. Was für Mechanismen das beinhaltet, damit sich die Leute auch ein Bild machen können. Das ist ein Problem der Berichterstattung. Die Leute, die das können, die sind eh näher dran, von den Informationen her. Wenn jemand im Knast regelmäßig einen Gefangenen besucht oder eine Beziehung hat, dem brauchst Du das alles nicht vermitteln. Der kriegt das mit. Aber alle anderen müssen mehr mitkriegen als nur die Forderungen, über den Alltag müssen sie was wissen, darüber, was Gefangensein eigentlich heißt.“ (Bild: tägliche Solidaritätsaktionen vor dem Knast)

## Jeder wirklich menschliche Umgang ist nicht nur schwierig, sondern absolut unerwünscht

Ein Bericht über die Haftbedingungen in der Strafanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel

Vom 28.5.90 bis 1.6.90 rebellierten bis zu 250 Gefangene der Strafanstalten Hamburg Fuhlsbüttel gegen die Haftbedingungen. Ihre Forderungen entstanden in tagelangen Auseinandersetzungen auf dem Hof der Haftanstalt. Die Gefangenen weigerten sich, in ihre Zellen zurückzukehren, einige blieben auf den Dächern der Strafanstalt. Nach Zer-

schlagung der Revolte verhängte der Senat gnadenlos Repressionen. Ob die Forderungen der Gefangenen der JVA auch nur teilweise erfüllt werden, ist offen. Wir veröffentlichen nachstehend Auszüge aus einem Gespräch mit Jens, der nach elf Jahren Knast, hauptsächlich in Fuhlsbüttel, seit Dezember raus ist. — (jes, jeh, mek)

Die meisten Gefangenen haben ja sozusagen die klassische Geschichte; irgendwann ist die Familie gescheitert, dann gab's Heimerziehung, Jugendknast, dann Knast, also im groben die Geschichte der allermeisten Gefangenen. Wo sollen sie also gelernt haben, mit Sachen politisch umzugehen oder Sachen politisch zu durchdenken. Das müssen sie lernen für sich, und auf eine andere Art, als man es lernt, wenn man aus der Studentenbewegung oder ähnlichem an Politik rankommt. Bis sie soweit sind, daß sie wirklich Widerstand leisten, weil sie ja aus Erfahrung wissen, und in Fuhlsbüttel aus Erfahrung über Jahre, daß dann Repression auf sie zukommt, daß sie was aushalten müssen, wenn sie Widerstand leisten.

In meinen Augen ist Voraussetzung dafür, daß entweder die Dummheit der Justiz oder aber die Unverfrorenheit so groß ist, daß Gefangene sagen, jetzt habe ich aber die Schnauze voll. Auch wenn Repressionen auf mich zukommen, jetzt geht es los. Dann sind es eben auch Sachen, die sich spontan entwickeln, da wird dann erst mal nicht überlegt oder durchdacht, da hat das natürlich was mit dem Bauch zu tun. In diesem Falle, das ist das, wie ich es von außen so mitgekriegt habe, war es so, daß nichts geplant war, sondern sich das aus der Dachbestiegung entwickelt hat. Erst mal mußten sie auf die Reihe kriegen im Laufe dieser Entwicklung, nicht nur zu reagieren auf das, was dann von der anderen Seite kam, sondern auch sich zusammenzusetzen, Forderungen aufzustellen. Zu Reden, wie sie damit gemeinsam umgehen wollen. Da hat es eine Entwicklung gegeben, wo sie gelernt haben, sich auseinandergesetzt haben und Forderungen aufgestellt haben.

### Die Isolierstationen

Akut war das aktuell, weil sich zwei Gefangene genau auf der Isolierstation Dora 1 umgebracht haben. Die hatten schon einen Selbstmordversuch gemacht, und „zur Strafe“ dafür waren sie auf Dora 1 verlegt worden. Das bedeutet, man hat sie isoliert, obwohl die Knastleitung wußte, sie sind selbstmordgefährdet. Das hat mit Selbstmordgedenke und das hat viele Leute aufgebracht. Aber generell ist es so, daß Dora 1 und auch B 1, das ist die andere Isolierstation, das kennt jeder in Fuhlsbüttel. Für die Knastleitung ist das das Drohmittel. Bei Sanktionen, wenn es denn nicht bei einer Verwarnung bleibt oder wenn es keine kleineren Sachen sind wie Wochenend-Einschluß, dann kommt fast automatisch eine zeitweise Unterbringung entweder auf B 1 oder auf Dora 1. Da drohen sie offen mit: Wenn Du dich nicht so verhältst, wie uns das paßt,

dann bist Du weg. Dann kannst Du nicht mehr rumlaufen, dann kannst Du nicht mehr auf den Hof gehen, dann kannst Du nicht mehr mit anderen Leuten reden, dann wirst Du isoliert und wirst schon sehen, was Du davon hast.

Arbeitsverweigerung ist ein Punkt, wo es ganz klar ist. Wenn Du sagst, Du willst nicht arbeiten, dann ist es fast eine Automatik, daß Du auf Dora 1 landest.

Laut Strafvollzugsgesetz ist ein Gefangener grundsätzlich verpflichtet zur Arbeit. Wenn einer nach Fuhlsbüttel kommt, dann gucken die in die Personalakte, Du bist von Beruf das und das, oder Du hast keinen. Dann überlegen sie, wo sie Dich am besten einsetzen und sagen, Sie gehen dann ab morgen da und da hin. Da wird ziemlich wenig Rücksicht darauf genommen, was der will oder nicht will, sondern da geht es wirklich um ökonomische Interessen des Knastes. Über den Arbeitsprozeß wird nicht nur erreicht, daß die Gefangenen über längere Zeit beschäftigt sind, sondern auch Verdienst. Es gibt sog. Eigenbetriebe, das sind zum Beispiel Bäckerei oder Kleiderkammer. Es gibt dann auch Unternehmerbetriebe. Im Schnitt zahlen die Unternehmen pro Gefangenen und Arbeitstag zwischen 60 und 80 DM, der Gefangene kriegt davon 5,95 DM pro Tag. Den Rest steckt der Knast ein, darüber finanzieren sie ihr Knastsystem mit. Neben dem Mittel zur Disziplinierung, was die Arbeit ist. Die behaupten dann, die Leute müßten ja für draußen daran gewöhnt werden, daß sie möglichst ohne zu Murren auch die mieseste Arbeit machen. Die meisten haben keine Beruf gelernt, keine höhere Schulbildung oder sowas. Wenn sie denn arbeiten wollten, müssen sie irgendeinen Job machen, da sollen sie so dran gewöhnt werden.

### Die Insassenvertretung

Das funktioniert so, daß sie dann zu Meyer, ich will da gar keine Namen nennen, gehen und sagen: „Sie sind ja ganz vernünftig, was halten Sie davon, daß ist ja auch ihr Interesse, daß hier wieder Ruhe einkehrt“. Solche Leute gehen dann los, nicht zuletzt, weil sie auch entsprechend drauf sind. Für mich ist ein Gefangener, der versucht, zwischen der Anstaltsleitung und den Gefangenen zu vermitteln, schon eigenartig drauf. Der muß doch wissen, auf welcher Seite er steht. So ist es für die Knastleitung bequem, sie kann delegieren und nach außen so tun, als sei das schließlich eine normale Sache. Eine selbstbestimmte Organisation der Gefangenen dagegen ist für sie ein Horror — daß Gefangene gemeinsam überlegen, daß sie nachdenken und zusammen begreifen: „Fünf Finger sind eine Faust.“ Ich kann mich an eine Geschichte erinnern, die wir in

Fuhlsbüttel gemacht haben, 1983 oder so. Eine der Forderungen war eine monatliche Vollversammlung, wo alle hingehen können, um gemeinsam zu beraten. Das wurde vehement bekämpft, da war überhaupt nichts drin. Ihr Interesse nach außen ist zu dokumentieren, daß es eine sog. „Mitverantwortung“ — der Begriff allein ist schon ein totaler Witz — gibt, als gäbe es sowas wie demokratische Zustände. Nach innen ist das Interesse, Fronten aufzuweichen und Verantwortlichkeiten abzuwälzen. Eine „Insassenvertretung“, die wirklich versuchen würde, die Rechte der Gefangenen durchzusetzen auch gegen die Knastleitung, selbst mit den legalen Mitteln, die das Strafvollzugsgesetz bietet, die ist nicht lange im Amt. Das ist in Fuhlsbüttel praktiziert worden, aus irgendwelchen konstruierten Gründen wurden die dann in die Iso gesteckt oder sogar verlegt, weil der Knast sowas nicht duldet.

### Ärztliche Versorgung

Wenn das Ärzte wären, wo dann ja zumindest ein Arzt-Patientenverhältnis möglich wäre, dann würde das noch ankommen. Justizärzte sind jedoch in der Regel Leute, die schon älter sind, die draußen noch eine Praxis haben, die eben aus welchen Gründen auch immer nicht so gut läuft, oder die nebenbei noch Jobs draußen machen. Ich hab in meiner ganzen Knastzeit einen einzigen Arzt erlebt, in elf Jahren, wo ich wirklich gedacht habe, der ist wie ein „normaler Arzt“, vom Verhalten her. In der Regel sind für diese Ärzte aber Gefangene schon mal per se Simulanten. Die kommen in deren Augen nur zum Arzt, weil sie nicht arbeiten wollen. Die sind nicht wirklich krank, sondern wollen faul sein. Das muß man natürlich unterbinden. Wenn die Ärzte mit so einer Maxime rangehen, ist es kein Wunder, daß die wahnsinnigsten Geschichten vorkommen, daß Kranke weggeschickt werden. Es gibt keine wirkliche ärztliche Versorgung im Knast.

### Das Essen

Das Essen ist immer Thema. Das liegt einmal daran, daß die Qualität schlecht ist, hat aber auch noch einen anderen Grund. Stell Dir vor, Du gehst draußen in einer Großküche essen. Diese Küche hätte immer dieselben fünf Gerichte, die würden über fünf Jahre lang gebracht. Nach einem halben Jahr kann das keiner mehr sehen. So ist es im Knast. Es ist eine absolut beschränkte Anzahl von Gerichten. Natürlich könnten sie auch anderes bringen. Aber das kennen sie eben seit zehn Jahren so, freitags gibts Fisch, donnerstags gibts Eintopf, so mal als ein Beispiel. Fertig. Mir ging das so, Kartoffeln, ich konnte sie nicht mehr sehen.

## Die Forderungen von Fuhlsbüttel

**Keine Repressalien gegen die Teilnehmer des Aufstandes:** hier besonders: kein Einfluß auf die Vollzugsplanung; **Isolierstationen Dora 1 und Berta 1:** freier Zugang für die Insassenvertretung, Entfernung der Sichtblenden vor den Fenstern, nicht nur Arrest als einzige Hausstrafe, ersatzlose Streichung der Haftkostenforderung; **Aufhebung des Presseverbots für die Insassenvertretung sowie ihre Gäste, autonome Gefangenenvvertretung:** es gibt zur Zeit keine legale Möglichkeit, sich unabhängig von der offiziellen Gefangenenvvertretung zu organisieren, z. B. wenn man/frau mit deren Arbeit unzufrieden ist; **Sozialer Dienst/Abteilungsleiter:** Mindestens ein Sozialpädagoge pro Flügel, der nicht gleichzeitig Abteilungsleiter sein darf, interkulturell ausgebildete Sozialarbeiter für ausländische Gefangene ...; **Besuchsregelung:** Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten für mehr Sonderbe-

suche, Regelbesuche an allen gesetzlichen Feiertagen; **Vollzugslockerungen:** Rücknahme der die Abteilungsleiter bei der Gewährung von Vollzugslockerungen einschränken den Verfügung vom 17.5.90, die durch Sozialarbeiter gegebenen Möglichkeiten bei Ausgängen voll ausschöpfen; **Gutes und vitaminreiches Essen; Gefangenentlohnung:** bis zur Einführung tarifgerechter Entlohnung Aufwertung der Arbeitsplätze in die nächsthöhere Vergütungsgruppe, Bezahlung nach Tarif, Freistellung von Zwangsarbeit (bislang schwere Sanktionen bei Arbeitsverweigerung); **Ärztliche Versorgung:** fachärztliche Versorgung nicht nur im ZKH, werktägliche Sprechstunden des Anstaltsarztes; **Ausländer schnellere Bearbeitung der ausländerrechtlichen Verfahren; Schluß mit den Übergriffen seitens der Schleier und des sonstigen Personals, Auflösung der Sicherheitstruppe**

Es gibt kaum was anderes, Reis mal alle vier Wochen. Neuerdings hängen sogar Speisekarten aus, das liest sich das dann wie Hotel, und dann guckst Du Dir das real an, da wird Dir teilweise übel.

### Zensur

Das ist einer der übelsten Mechanismen im Knast. Es bedeutet, daß alle Briefe, die Du kriegst, und alle Briefe, die Du schreibst, gelesen werden. Das gilt für alle Gefangenen. Praktisch wird es dann so gehandhabt, daß sie es, weil das sonst nicht zu bewältigen ist, im Regelfall die ersten drei Monate machen, um zu gucken, was sind das für Kontakte, wie sind die Leute, die der Gefangene draußen kennt, drauf. Wenn sie das Gefühl haben, das ist nicht so schlimm, die hetzen ihn nicht auf oder sowas, dann machen sie nur noch Stichproben. Rechnen mußt Du immer damit. Du kriegst grundsätzlich die Briefe geöffnet und gibst sie auch grundsätzlich geöffnet ab. Du kannst nie sicher sein, daß das nicht gelesen wird. In Fuhlsbüttel zensieren in der Regel die Abteilungsleiter. Das ist dann auch noch der Willkür der einzelnen Leute ausgesetzt. Wenn Du Dir vorstellst, Du sitzt da drin und hast draußen eine Freundin. Du willst mal über etwas sehr Persönliches schreiben. Dann weißt Du genau, so ein Arschloch steckt da seine Nase rein. Da stehst Du schnell vor der Frage, kannst Du das überhaupt noch schreiben, kannst Du über bestimmte Sachen überhaupt noch versuchen zu reden. Denn die Briefkommunikation ist ja ohnehin schon Ersatz. Die einzigen Sachen, die davon ausgenommen sind, sind die, die im Strafvollzugsgesetz stehen, der Verteidiger, Abgeordnete, Europäische Menschenrechtskommission. Wobei es dann aber auch so ist, daß sie immer gut aufpassen. Wenn Du denkst, Du kannst dem Abgeordneten oder auch dem Verteidiger regelmäßig dicke Briefe schreiben, dann passiert das eben, daß sie so einen Brief mal aufmachen, ganz aus Versehen natürlich. Ich habe z. B. auch schon Verteidigerpost an meine Anwälte geschrieben, dort kam der Brief geöffnet an mit einer Stellungnahme der Leithäuser (Ex-Justizsenatorin — Anm.) dabei. Von wegen das, was ich da geschrieben hätte, wäre unverschämte, falsch etc. Das ist nur mal ein Beispiel.

Das hat dann noch eine andere Funktion. Wenn sie es entsprechend wollen, dann schreibst Du zwei falsche Sätze. und dann bedeutet das, der Brief wird angehalten. Dann kriegst Du so einen Wisch, da steht drin, der Brief muß angehalten werden, weil der Inhalt gegen Sicherheit und Ordnung der Anstalt verstößt oder sie gefährdet. Dafür gibt es einen Vordruck. da brauchen sie nur ein Kreuzchen zu machen. Weg ist der Brief. Dann hast Du theoretisch die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen oder auch sog. gerichtliche Entscheidung zu beantragen. Aber das dauert sechs Monate, und Du mußt vorher das Verfahren bezahlen. Vorher mußt Du einen Widerspruch bei der Knastleitung einlegen. Dafür nimmt Fuhlsbüttel eine „Gebühr“ von 20 DM. Das bedeutet, jeder Gefangene, der fünf Widersprüche macht, weil er mit fünf Entscheidungen nicht einverstanden ist, der kauft nicht mehr ein. Also überlegen sich die Gefangenen einmal mehr, ob sie überhaupt einen Widerspruch machen. Das gilt nicht nur für die Briefzensur, sondern für alle Beschwerden. Es ist ein pervers-

ses Mittel, die Menschen davon abzuhalten, zumindest ihre Rechte wahrzunehmen.

★  
Das Knastsystem ist natürlich ein Teil der Gesellschaft, ein Teil des Herrschaftsapparates, ein sehr massiver, ein sehr wesentlicher Teil. Über Knast und über die Repression, die mit Knast verbunden ist, über die Drohung, die mit Knast verbunden ist, über die präventiven Geschichten, die damit verbunden sind, ist auch eine Menge gesellschaftliche Realität verbunden. Da müssen sich Leute, die sich mit dieser Gesellschaft auseinandersetzen wollen, auch mit auseinandersetzen. Unabhängig davon, daß Du selbst eben auch Gefahr läufst, wenn Du politisch gegen die Herrschaftsverhältnisse kämpfst, eingeknastet zu werden. Jetzt sitzen die allermeisten nicht aus solchen Gründen, aber das bedeutet auch noch nicht, daß die Tatsache, daß sie da sitzen, nichts mit den politischen Zuständen zu tun hätte.

★  
Im Knast gibt es für jeden einen Punkt, wo man sich entscheiden muß, ob man sich anpaßt oder Widerstand leistet. Dann kannst Du nicht mehr laviieren, dann kannst Du nicht auf Dauer sagen: Ich sehe zu, daß ich mich so durchschlängle. Weil der Spielraum ganz gering ist. Im Knast kriegst Du auch dadurch, daß es sehr viel komprimierter ist, da sehr viel mehr mit. Du merkst Hierarchiegeschichten sehr schnell, die Strukturen. Wie das läuft, wer da was dominiert. Das ist ja eine Zwangsgemeinschaft, in der es auch untereinander erst einmal absolut hierarchisch abläuft.

Es ist auch nicht so, daß soziales Verhalten nicht möglich wäre, daß es nicht möglich wäre, zu lernen. Aber sobald die Knastleitung feststellt, daß sich so ein Prozeß vollzieht, haufen sie dazwischen. Beispiel: In Fuhlsbüttel war es üblich, daß Du Dir von Mitgefangenen Tabak leihen konntest. Den mußt Du dann doppelt zurückgeben. Es leiht sich also einer ein Paket Tabak von mir und kommt nach dem Einkauf mit zwei zurück. Ich sage, wieso, Du hast von mir doch nur eines bekommen. Sagt er, das ist hier aber doch so. Sage ich, aber nicht bei mir. Aha-Erlebnis. Ist eine Erfahrung für ihn, aber negativ für alle Geschäftemacher — und die werden vom Knast mindestens geduldet. Wir haben versucht, damit anders umzugehen, etwa zusammen zu reden, zu essen, zu diskutieren oder auch einzukaufen. Materielles zu teilen. Das kriegt die Knastleitung mit. Eines guten Tages war ich dann wieder in der Iso. Der Vollzugsleiter hat zur Begründung gesagt — das habe ich heute noch im Kopf: „Terroristenkommunen dulden wir hier nicht.“ Ab dafür. Jede wirklich menschliche Art, miteinander umzugehen, ist nicht nur schwierig, sondern auch absolut unerwünscht. Das Knastsystem baut auf Gegeneinander auf. Unter solchen Umständen ist es für jemanden, der das nicht gelernt hat, der keine Erfahrungen im Miteinander, in Gruppenprozessen, Selbstbestimmung hat, sauschwer, etwas zu entwickeln, weil er ständig mit dem Gegenteil getriezt wird. Wenn der draußen niemanden hat, der ihm auch nur das Gefühl vermittelt, er ist nicht alleine, dann entwickelt sich da in der Regel nichts.



## Revanchistische Sammlung

Auch Widerstand gegen den „Tag der Oberschlesier“

Essen. Vom 22. bis 24. 6. fand in Essen der 22. „Tag der Oberschlesier“ statt. 5000 Teilnehmer gaben die Veranstalter an, die Polizei sprach von 10000. In jedem Fall hat der Zulauf zu der Großveranstaltung, die alle zwei Jahre in Essen stattfindet, erheblich zugenommen. Den Funktionären der Veranstalterverbände dienen die Teilnehmer als Kulisse für revanchistische Forderungen. An der politischen Kundgebung beteiligten sich etwa 8000 Leute.

Dabei kam es zu tumultartigen Szenen, als Staatssekretär Straßmeier (CDU) das Grußwort der Bundesregierung vortragen wollte. Nur drei Tage nach der Erklärung des Bundestages zur polnischen Westgrenze wurde er immer wieder unterbrochen und als „Verzichtler“ beschimpft.

Vorbereitet waren diese Störungen durch von den Veranstaltern offensichtlich geduldeten Flugblattaktionen faschistischer Organisationen. Schon am Samstag hatte die „Nationalistische Front“ in den Hallen Flugblätter „Ostdeutschland bleibt deutsch! Verzicht ist Verrat!“ verteilt.

Großen Beifall erhielt dagegen Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier, für die Losung „Ausgleich: Ja — Totale Preisgabe: Nein!“. Czaja bezog sich ausdrücklich auf die „kleinen Parteien“ — gemeint waren offensichtlich die REP — und bescheinigte ihnen, „für die Vertretung berechtigter Interessen Deutschlands und der Deutschen“ einzutreten. Dazu mußten auch die „Parteien der Mitte“ wieder gebracht werden.

Dennoch stehen die „Vertriebenen“-verbände in keinem Gegensatz zur Politik der Bundesregierung, sie ergänzen sie vielmehr scharfmacherisch. Czaja selbst wies darauf hin, daß der Beschluß des Bundestages noch keine vertragliche Grenzregelung mit Polen ist. Und in punkto „Ausgleich“ mit Polen geht es dem Bundesverband der Vertriebenen um „umfassende, europäisch gewährleistete Volksgruppenrechte“ und die Gewährleistung des „Rechtes auf Heimat“ — Forderungen, die auch die Bundesregierung erhebt. Schritte dahin sollen die Einführung von Deutschunterricht und deutschen Gottesdiensten in den ehemaligen Reichsgebieten sein, die Einführung des Deutschen als Amtssprache und Möglichkeiten zur Rückwanderung.

Ebenfalls im Sinne der von der Bundesregierung unterstützten Vorstellung eines „freien Europas freier Völker“ entwickelte Czaja als eine Form des „Ausgleichs“ die Bildung eines „neuen, freien, europäischen und selbständigen Gemeinwesens“ in den ehemaligen deutschen Ostkolonien. Dieses Ziel, das auch in der BdV-Unterschriftensamm-

lung „Frieden durch Abstimmung“ genannt wird, setzt die Einverleibung insbesondere polnischen Staatsgebietes in die EG voraus, wobei die deutsche Sprache, die „Volksgruppen“-Rechte und die angestrebten „offenen Grenzen“ schon dafür sorgen werden, daß westdeutsche Konzerne das Sagen haben.

Der Hauptredner der Kundgebung, Otto (von) Habsburg — er trägt seinen Adelstitel nach dem österreichischen Gesetz zur Abschaffung des Adels übrigens zu Unrecht —, unterstrich solche Ziele mit demagogischer Hetze. Wenn Czaja polnische Staatsbürger mehrfach diskriminierend als „Nichtdeutsche“ bezeichnete, so erklärte Habsburg: „Seitdem ich viel in der DDR, in Polen und in der Tschechoslowakei herumgekommen bin, kann ich Ihnen nur sagen: Reagan hatte Recht. Es ist das Reich des Bösen gewesen.“ Habsburg, Präsident der Internationalen Pan Europa Union (PEU) und Europa-Parlamentarier für die CSU, hat rege Verbindungen zu faschistischen Organisationen.

Besonders beunruhigend ist, daß die „Vertriebenen“-verbände bei ihren Versuchen, in Polen selbst Anhang zu bilden, vorangekommen sind. In den letzten Jahren wurden dort mehrere Deutsche Freundschaftskreise gegründet, von denen auch Delegationen am „Tag der Oberschlesier“ teilnahmen. Der Erlös einer Kulturveranstaltung am Samstag Abend soll dem weiteren Aufbau zugeführt werden. Bundeskanzler Kohl (CDU) und der Schirmherr des Tages, NRW-Ministerpräsident Rau (SPD), erwähnten die Freundschaftskreise beide in ihren schriftlichen Grußworten.

Die Ankündigung von Habsburg als Hauptredner hat dazu beigetragen, daß in diesem Jahr stärker als beim letzten Mal Widerstand Ausdruck fand. Das Antifaschistische Forum sprach sich in Briefen an die Stadt und an die Landesregierung gegen jede Form von Unterstützung der revanchistischen Landsmannschaften aus, auch durch Grußadressen. An einem kurzfristig erstellten A3-Flugblatt — „Keine Einverleibung der DDR! Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze!“ — beteiligten sich außer dem Antifaschistischen Forum DKP, VVN/BdA, MLPD, Volksfront, BWK und die Essener Grünen mit Artikeln. Es wurde in einer Auflage von 2000 Stück verbreitet. Am Samstag fanden in der Innenstadt ein Info-Stand und eine Kundgebung statt, an der sich etwa 50 Leute beteiligten.

Die bürgerliche Presse veröffentlichte immerhin Auszüge aus einer Presseerklärung der Grünen, in der der Landsmannschaft vorgeworfen wird, „Unfrieden“ zu stiften, und vermeldete die antifaschistische Kundgebung.

Quellenhinweis: Redemanuskripte; „WAZ“ und „NRZ“, 25. 6. — (wof)

## Westberliner Autonome in Straßenschlacht mit Volkspolizei

Westberlin. Am 23. Juni demonstrierten 5000 gegen die faschistischen Überfälle, die in Berlin (DDR) zunehmen. Den Bewohnern des in den letzten Wochen mehrfach überfallenen Ausländerwohnheims wurde Unterstützung zugesagt. Ziel der Demonstration war weiterhin das Verbot der faschistischen NA und die Kündigung der Nutzungsverträge mit den Bewohnern der besetzten Weidlingstraße 122, wo diese Gruppe ihr Hauptquartier hat. Ungefähr 400 für Auseinandersetzungen ausgerüstete Demonstrationsteilnehmer griffen die Volkspolizisten, die den Zugang zur Weidlingstraße versperrten, mit Glaskugeln, Steinen, Brandflaschen brutal an. Die Angreifer stammten fast ausschließlich aus Westberlin. Innenminister Diestel nutzte den Revolutionsexport, um Stimmung für bessere Polizeibewaffnung zu machen. — (chk)

## Sinti-Familien mußten Platz räumen

Lüneburg. Am 6. Juni mußten zwei Sinti-Familienverbände den gemeindeeigenen Campingplatz in Artenburg verlassen. Die Sinti hatten Mietverlängerung beantragt, eine Familie sogar wegen eines dringenden Notfalls. Um „die Zigeuner“ loszuwerden, veranstalteten ca. 30 Stammcamper eine Unterschriftensammlung. Unterstützung bekamen sie von der Bürgermeisterin, die für Pfingstamstag ein Ultimatum stellte und mit Zwangsäumung durch die Polizei drohte. Arthur Gerste, ein Sprecher der Sinti, informierte Presse und Rundfunk. Erreicht wurde nur ein halberzügiger Aufschub des Ultimatums durch den Artenburger Verwaltungsausschuß, dann mußten die Sinti vom Platz. Mit einer Protestnote fordern Lüneburger Antifaschisten vom Kreistag eine Stellungnahme und die Zusage, daß Sinti und Roma künftig ohne jegliche Einschränkung der Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen im Landkreis gewährleistet wird. — (ulb)

## Demonstration gegen Großdeutschland in Flensburg

Flensburg. Eher gegen die Folgen des „abgetahrten Zuges“ Richtung Großdeutschland als gegen die stattfindende Annexion wandte sich eine Demonstration von ca. 120 Leuten am 23. 6. in Flensburg. Aufgerufen hatten die Grün-Alternative Jugend, DKP, Antifaschistisches Plenum und Bewohner des besetzten Hauses. Unterstützt wurde sie von den ehemaligen Grünen, die vor kurzem mit einem kollektiven Austritt unter anderem gegen die Deutschlandpolitik ihrer Partei protestiert haben. Die Rede des Ortsvorsitzenden der IG Medien führte allerdings zur nachträglichen Feststellung, er habe nur für sich, nicht für die Gewerkschaft gesprochen. — (ans)

## Potsdamer Platz: Schenkung für Daimler-Benz

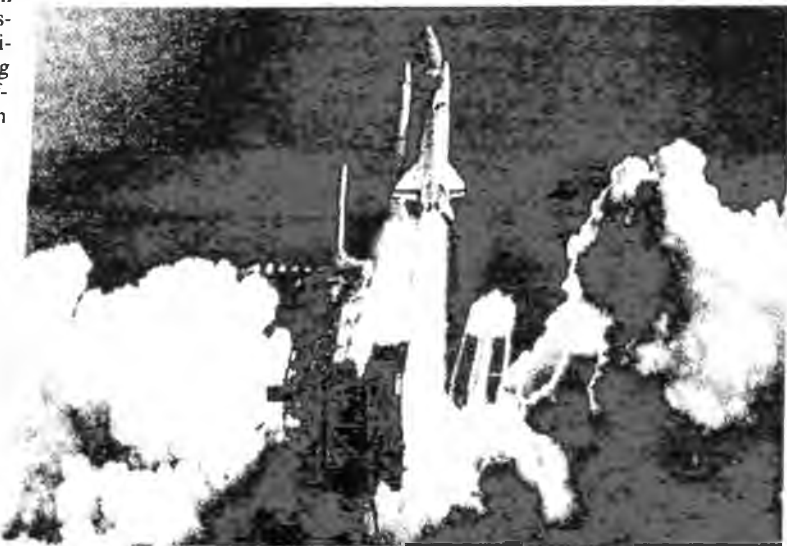
Westberlin. Weil das „zusammenwachsende“ Berlin zahlungskräftige Investoren brauche, hat der Landesparteitag der SPD am 30. Juni den Verkauf von 60000 Quadratmeter Bauland am Potsdamer Platz befürwortet. Zuvor hatten Momper und Finanzsenator Meisner die eigentlich zuständige AL-Umweltsenatorin Schreyer mit einem Vertragsentwurf überrascht, der am 24. Juni der für Stadtplanung zuständigen Senatorin vorgelegt wurde und bereits am 3. Juli abgeschlossen werden soll. 1500 DM pro Quadratmeter statt des Marktpreises von ca. 5300 DM sind vorgesehen. Die stadtplanerischen Bedenken gegen einen Baukoloß von der Größenordnung des Internationalen Kongreßzentrum als Zentrale für Daimlers Dienstleistungsbereich soll eine vage Klausel zerstreuen, die dem Senat erlaubt, den Vertrag rückgängig zu machen, wenn eine Einigung über die Ausgestaltung nicht zustande kommt. Die AL ist in einer schwierigen Lage, denn eine Mitglieder-versammlung hat erst am 16. Juni beschlossen, daß man in der Koalition bleiben will und ausdrücklich abgelehnt, dies Verbleiben an bestimmte Bedingungen wie die, daß das Daimlerprojekt nicht durchgezogen wird oder der Ausbau des Hahn-Meiner-Instituts nicht genehmigt wird, zu knüpfen. Senatorin Schreyer mag die Daimler-Ansiedlung nicht prinzipiell ablehnen, möchte aber stadtplanerische Vorgaben und einen höheren Preis festschreiben. Die SPD liest Daimler die Wünsche von den Geschäftsbüchern ab und brüskiert die AL-Senatorinnen derart, daß eine Beendigung der Koalition nicht mehr ausgeschlossen scheint. — (chk)

## Kollegium Elmshorn kippt Südafrika-Banken-Boykott

Elmshorn. Die Beschlüsse vom 7. 12. 89, die Geschäftskonten bei den Banken, die mit Südafrika Geschäfte machen, zum 1. 7. 90 zu kündigen und keine Kredite bei solchen Banken aufzunehmen, wurden mit den Stimmen von CDU und SPD aufgehoben. Ein Brief des Innenministeriums als Kommunalaufsicht wurde federführend vom Bürgermeister (SPD) als Handhabe benutzt, diese Beschlüsse zu kippen. Der Innenminister nimmt in diesem Brief die Beschlüsse lediglich zur Kenntnis, weist in einem Halbsatz auf die Gemeindeordnung hin, nach der die Kommunen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet sind. Das am Ort tätige Aktionsbündnis gegen Apartheid protestiert im Vorwege gegen die Aufhebung der Beschlüsse und führt eine Unterschriftenliste durch. — (sur)

## Veranstaltung über Menschenrechte in der Türkei

Karlsruhe. Vor 100 Leuten sprachen am 27. 6. zwei Vertreterinnen des türkischen Vereins für Menschenrechte und des Frauenverbandes für Demokratie auf einer Veranstaltung von Amnesty International. Sie berichteten über Verfolgung, Folter, Prozesse gegen die Oppositionellen und die Situation in den Gefängnissen seit dem Militärputsch in der Türkei. Der Frauenverband führt Aktionen und Demonstrationen gegen Gesetze (z. B. zur Prostitution, oder das Dekret 413) und zur Unterstützung der Arbeiter und Bauern, für Kindergärten und Schulbildung durch. Seine Vertreterin erklärte ausdrücklich ihre Solidarität mit dem bewaffneten Befreiungskampf der Kurden. — (rub)



Stuttgart. Am Institut für Luft- und Raumfahrtssysteme wird für SDI geforscht, es finden Jäger-90-Tests statt, Drittmittelverträge mit Konzernen verstoßen gegen das Universitätsgesetz. Studenten und Grüne fordern, daß die Forschungsgrundsätze offengelegt und keine Gelder aus militärischen Quellen angenommen werden. Dem Studentenvertreter ist die Prüfung der Drittmittel untersagt worden. — (evc)

## Demnächst § 129 a-Kurdenprozeß in Celle

Der Prozeßbeginn gegen die drei angeklagten Kurden ist im September/Oktober

Hannover. Der Düsseldorfer Kurdenprozeß geht im Juli in die Sommerpause. Inzwischen entscheidet das OLG Celle über die Anklageannahme gegen drei weitere Kurden. Beabsichtigt die BAW, im Schatten der Öffentlichkeit mit

dem Celler Verfahren Fakten zu schaffen, die in Düsseldorf die vom Generalbundesanwalt erwarteten Ergebnisse liefern? Die Kriminalisierung aller, die den kurdischen Befreiungskampf unterstützen, muß verhindert werden.

Vor kurzem ist beim Oberlandesgericht Celle Anklage erhoben worden gegen drei Kurden. Alle drei werden angeklagt wegen des „Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129 a); einer der Angeklagten außerdem wegen Urkundenfälschung, die beiden anderen wegen des Verdachts auf Freiheitsberaubung. Ihnen wird vorgeworfen, den Polizeizeugen Nusret Arslan „gefangenommen“ zu haben, um ihn vor ein „Volksgericht“ in Köln zu bringen. An der Autobahnraststätte Garbsen bei Hannover will diesem die Flucht gelungen sein, um die dortige Polizeistation um Hilfe zu rufen.

Das Oberlandesgericht Celle will im Juli über die Eröffnung des Verfahrens entscheiden. Mit dem Prozeßbeginn ist frühestens Mitte September, spätestens Mitte Oktober zu rechnen.

Einer der drei Angeklagten ist Adil Arslan; er sitzt seit dem 20. September 1989 in Celle unter Isolationshaftbedingungen in Untersuchungshaft. Interessant hierbei ist, daß der Knast in Celle keine Untersuchungshaftanstalt ist. Besser interessant ist die Frage, warum

der Prozeß vor dem Oberlandesgericht Celle stattfindet und nicht in Düsseldorf. Für die Haftbedingungen Arslans war bis zur Anklageerhebung der Bundesgerichtshof verantwortlich, seitdem das Oberlandesgericht Celle. An den Haftbedingungen hat sich jedoch bisher nichts geändert.

Schon zu Beginn seiner Haft befand sich Adil Arslan in schlechter gesundheitlicher Verfassung. Er forderte wegen der faktisch nicht stattgefundenen medizinischen Versorgung im Celler Knast die Betreuung durch einen Facharzt seines Vertrauens. Darauf ging die Anstaltsleitung jedoch erst nach massiven Interventionen von außen ein. Seine Anwälte forderte u. a. die Landtagsabgeordneten Dr. Hansen (Grünen) und Alm-Merk (SPD) auf, sich für die Forderung Adil Arslans einzusetzen. Auch in einer Resolution, die von den Teilnehmern einer Veranstaltung in Hannover Anfang dieses Jahres verabschiedet worden ist, wurden die Forderungen unterstützt.

Zwar wurde Adil Arslan inzwischen von Fachärzten seines Vertrauens untersucht, dies geschah jedoch zuletzt unter

menschenunwürdigen Umständen, so daß die Forderung nach angemessener ärztlicher Behandlung weiter bestehen bleibt.

Das Verfahren wird voraussichtlich in Celle stattfinden. Die Anklagepunkte sind teilweise mit denen im Düsseldorfer Prozeß identisch, d. h. daß das eine Verfahren Auswirkungen auf das andere haben könnte. Der Generalbundesanwalt hält an dem Ziel der Kriminalisierung der kurdischen Organisationen fest, und bei früheren § 129 a-Verfahren hat sich gezeigt, daß Entscheidungen zur Qualifizierung einer Organisation/Gruppe als „terroristische Vereinigung“ in anderen Verfahren wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung derselben Organisation/Gruppe ohne weitere Beweisaufnahme von den Gerichten übernommen werden.

Voraussichtlich wird zweimal wöchentlich verhandelt werden. Die Kurdistan-Solidarität Hannover plant für September eine Veranstaltung in Hannover, in der auch umfassend über den Prozeß in Celle und die Situation von Adil Arslan informiert werden soll. — (Kurdistan-Solidarität Hannover)

## Naziaufmarsch am Heß-Grab

Antifaschisten streben an, den Aufmarsch zu verhindern

Nürnberg. „Rudolf Heß — Märtyrer für Deutschland“, „Rotfront verreckt!“, ein Naziaufmarsch unter schwarzweiß-roten Fahnen am helllichten Tage und unter freiem Himmel. Die Reichskriegsflagge darf nicht fehlen, wenn neue Führer und Gefolgsschafter dem nationalrevolutionären und militanten Spektrum der BRD für die Zukunft proben. So geschehen in den letzten zwei Jahren in Wunsiedel.

Dort in Oberfranken, unweit der DDR/CSFR-Grenze, war 1987 der Ehrenbürger Wunsiedels, Rudolf Heß, beerdigt worden. Heß, von 1933 bis 1941 zweiter Mann des Deutschen Reichs, war 1945 vom alliierten Militärtribunal als Kriegsverbrecher verurteilt worden und bis zu seinem Tode inhaftiert. „Ich bereue nicht. Stünd ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln, wie ich handelte!“ Sein Schlußwort bei den Nürnberger Prozessen macht ihn zur brauchbaren Identifikationsfigur für die ultrarechte Naziszene. Ansonsten konkurrierende Gruppen stellen ihre angeblichen Differenzen zurück, um am 18. August 1990 mit ihrem „Bekennnis-marsch“ ein „Fanal für Deutschland“ zu setzen.

Mit der Anwesenheit von Kühnen, Mosler, Borchert und anderen Nazigrößen wird gerechnet. Ein drittes Mal bereits soll dieses Ritual vollzogen

werden. Immerhin 300 Faschisten beteiligten sich vergangenes Jahr. Nun könnten es sogar mehr werden, die Nazis versuchen, auch in der DDR Anhang zu mobilisieren und die grenznahe Lage auszunutzen. Der Arbeitskreis gegen alte und neue Nazis Wunsiedel — ein Aktionsbündnis aus Grünen, Jusos, DKP und anderen — fordert das Verbot des Naziaufmarsches, der schon für fünf weitere Jahre beim Landratsamt angemeldet ist. Das Landratsamt hat in der Vergangenheit den Aufmarsch nicht nur genehmigt, sondern durch den Einsatz der Polizeisondertruppe USK für dessen Durchsetzbarkeit gesorgt.

Zu einer Gegendemonstration, die kurz vor Beginn des Nazimarsches stattfindet, rufen neben dem regionalen Aktionsbündnis antifaschistische Gruppen des autonomen Spektrums auch bayern- und bundesweit auf. Denn nur bei massiver Mobilisierung von Antifaschisten besteht die Chance, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Aktuelle Informationen sind jeden Mittwoch von 17 bis 21 Uhr unter der Telefonnummer 0911/226598 zu erfragen. Neben einem Plakat kann dort auch eine Ausstellung mit aktuellen Hintergrundinformationen über die gewalttätige Neonaziszene bezogen werden. — (mas)

## Metall-Handwerker demonstrieren

Für Tarifbindung des Sanitär-, Heizungs-, Klima-Handwerks!

**Stuttgart.** Auf einer Protestkundgebung in Freudenstadt im Schwarzwald am 23. Juni 1990 demonstrierten Beschäftigte aus dem Sanitär-, Heizungs- und Klima-Handwerk gegen den tariflosen Zustand in ihrem Gewerbe. Seit 1989 verweigert in diesem schlecht gewerkschaftlich organisierten Bereich der Handwerksverband tarifliche Einkommensverbesserungen und Arbeitszeitverkürzung. Im Hintergrund stehen die Arbeitgeberverbände und Gesamtmetall: Was im bundesweiten Tarifkonflikt gegen die IG Metall nicht durchgesetzt werden konnte, soll hier erzwungen werden: Abbau von Schutzvorschriften, Freigabe der Samstags- und Sonntagsarbeit und der 10-Stunden-Arbeitstag.

Der Handwerks-Verbandspräsident Heribert Späth begründet die Nichtübernahme des Metall-Tarifvertrags wie folgt:

Der Abschluß in der Metallindustrie sei ein falsches Signal, er sei ein gefährvoller Dammbau zu Lasten des Mittelstandes. Denn die Vereinbarung, daß bis zu 18 Prozent der Belegschaft über die tarifliche Arbeitszeit hinaus bis zu 40 Wochenstunden arbeiten können, setze Betriebe mit mindestens sechs Beschäftigten voraus. Die „Öffnungsklausel“ im Metall-Tarifvertrag sei damit nichts anderes als eine „Ausschlussklausel“ für die kleinen Betriebe.

Nun geht das Handwerk derzeit nicht am Bettelstab, und der Verband kann über mangelnde Ertragslage nicht jammern.

Die Umsatzsteigerung von circa vier Prozent erfolgt auf Kosten der Arbeitskraft. Die Arbeitssituation auf den Baustellen hat sich erheblich verschlechtert. Darauf wies auf der Freudenstädter Kundgebung ein Betriebsratsvorsitzender, gleichzeitig Mitglied der Tarifkommission, hin. Lange Anfahrtswege an die Baustellen, hoher Leistungsdruck auch durch Einsatz moderner Technologie, keine Vesperräume, keine Aufwärmöglichkeiten im Winter führten zu einer hohen Fluktuation. Ältere seien kaum mehr anzutreffen. Die Unterkünfte an den Orten der Baustellen seien oft belegt, und wenn sie frei wären, seien sie im Verhältnis zur Montageauslösung zu teuer.

Gesamtmetall lotet aus, ob die Beschäftigten sich einen tariflosen Zustand gefallen lassen. Niedrige Löhne im Sanitär-, Heizungs- und Klima-Handwerk werden die Baukosten drücken und verringern die Investitionsaufwendungen der Konzerne. Damit werden Gelder frei für die weltweite Expansion. Die Gewerkschafter im Handwerk warnten Gesamtmetall vor dem Kurs: „Uns wird eine Menge einfallen, notfalls sind wir streikbereit.“ — (ros)

### Widerspruch gegen Abbau von Krankenhausbetten

**Karlsruhe.** Anfang Juni fand in Rastatt das „Kreisstrukturgespräch“ zur Umsetzung des Bettenabbaus nach Krankenhausplan III statt. Dabei forderte Sozialministerin Schäfer die Schließung des Krankenhauses Gernsbach: Die chirurgische und die gynäkologische Abteilung seien mit ihren zusammen 50 Betten zu klein. Bei Auflösung dieser Bereiche hätte das Krankenhaus aber nur noch die Innere Abt. mit 50 Betten, und da die Planvorgaben den Abbau von 41 internistischen Betten im Landkreis vorsehen, sei es ganz zu schließen. Der Rastatter Landrat erhob heftigen Protest: „Eine Schwächung des Gernsbacher Kreiskrankenhauses werde ich auf keinen Fall mittragen.“ Für die eh schon „eklatanten strukturellen Fehlentwicklungen“ im Murgtal sei eine Krankenhaus-schließung zusätzliches Gift. — (wjw)

### Eingruppierungsdiskussion im Kindertagesstätten-Bereich

**Stuttgart.** Auf einem bundesweiten Seminar der ÖTV zu Kindertagesstätten wurden von den ca. 50 Teilnehmern folgende Orientierungspunkte für die im Herbst beginnende Eingruppierungsverhandlung aufgestellt: 1. Höhere Grundvergütung, 2. Anspruch auf Zusatzauszahlung, 3. Gegen Stigmatisierung als Voraussetzung für bessere Bezahlung, 4. Gegen Hierarchisierung, 5. Öffnungsmöglichkeiten für regionale Besonderheiten oder Arbeitsbedingungen. Die Vorstellungen des Hauptvorstandes und die vieler ÖTV-Mitglieder gehen auseinander, eine Eingangsstufe höher im BAT ist zuwenig. Auch für bessere Arbeitsbedingungen soll gekämpft werden. — (unb)

### Lohnabschluß niedrig Sonderregelungen überfällig

**Kiel.** Tarifabschluß im Großhandel Schleswig-Holstein: Lohn und Gehalt durchschnittlich 4,9 %. Das bedeutet z.B. Gehaltsgruppe I (ohne Berufskennzeichen) 1619 DM. — Gruppe II (Anlernberuf) bis zum 24. Lebensjahr, besonders erhöht um 174 DM auf 1619 DM; bis 26. Lj. + 81 DM = 1735 DM; nach dem 26. Lj. + 92 DM = 1970 DM. — Gruppe III (nach kaufm. Ausbildung) bis 24. Lj. 1870 DM; bis 26. Lj. 2036 DM; darüber 1362 DM. — Gruppe IV (mit Berufserfahrung) bis 30 Lj. 2732 DM; nach 30. Lj. 3027 DM.

Stundenlöhne: Gruppe I: 8,90 DM; II: 10,65 DM; III: 11,33 DM; IV: = 12,07 DM; V: 13,18 DM; VI: 15,19 DM. Auszubildende: 1. Lj. 650 DM; 2. Lj. 770 DM; 3. Lj. 890 DM.

Manteltarif: Einführung der Sonderzahlung, 30 % des Monateinkommens 1990, steigt bis 1994 auf 50 %. Urlaub pro Jahr einen Tag mehr, ab 1994 sechs Wochen für alle. Urlaubsgeld + 2 DM pro Tag = 1990 26 DM, 1991 28 DM, 1992 30 DM pro Tag. Mehrarbeitszuschlag gilt ab der 38,5ten Stunde pro Woche, und es wurde Wiedereinstellung nach Erziehungsurlaub geregelt.

Zitat aus dem HBV-Flugblatt: „Wir haben es geschafft — der Arbeitskampf hat sich gelohnt.“ — insofern, daß einiges an Forderungen durchgesetzt werden konnte, was lange fällig war, allerdings mit langer Laufzeit (13. Monatsgehalt bis 1994). Der Lohnabschluß aber ist zu niedrig gemessen an der Kampfkraft — im Großhandel etwas Besonderes — und an der politischen Lage der Kapitalisten, die, wie sie selber äußerten, Ruhe und Zurückhaltung für die Expansion Richtung Osten wollten. — (brg)

**Hannover.** Am 14. 6. 90 entschied sich das Pariser Bureau International des Expositions mit einer Stimme Mehrheit für Hannover als Standort für die Weltausstellung im Jahre 2000. Richard von Weizsäcker „vernahm es mit Freude“.

Ausgerechnet Dieter Eisfeld ist von der Stadt Hannover zum Expo-Beauftragten benannt worden. Er machte 1981 mit seinem Buch „Stadt der Zukunft — eine neue Stadtverfassung für das 21. Jahrhundert“ von sich reden. Abschaffung des Stadtparlaments, Privatisierung aller öffentlichen Dienste, straffe Administration durch sieben hochbezahlte Verwalter waren die Kernpunkte seiner an etwas zurückliegende Zeiten erinnernden Zukunftsvision. Jetzt kann er sich als Expo-Planer austoben.

Das Aktionsforum gegen die Expo schreibt in einem Leserbrief: „... Die Gegner werden sich an den Planungen nicht beteiligen, weil sie die Expo nicht hier oder anderswo wollen. Alle wissen, daß durch die Expo die soziale Verelendung weiter forciert wird. Es gibt keine ‚verträgliche‘ Expo, daran ändert auch ‚Bürgerbeteiligung‘ nichts...“ So wie die Bewerbung um die Expo ohne „Bürgerbeteiligung“ gelaufen ist, wird es auch weitergehen, die hannoversche Stadtratsfraktion der CDU setzt sich jetzt für die Bildung einer Managementgesellschaft ein, die anstelle des Stadtrats die Entscheidungen treffen soll, „schnell und reibungslos“. Mit Eisfeld als Planer hat sie das richtige Pendant.

Die SPD meint, mit Expo-Geldern ein Wohnungsbauprogramm auflagen zu können, das die Mietpreisexposition aufhält, jedoch alle Erfahrungen in anderen Städten, in denen derartige Großprojekte wie die Expo stattfanden, sprechen dagegen. Von 5000 neuen Arbeitsplätzen war in der Stadtratsitzung am 21. 6. 90 die Rede, davon sollen angeblich 2000 Dauerarbeitsplätze vor allem im Dienstleistungsbereich überleben. Im Arbeitsamtsbezirk Hannover sind 40 000 Menschen arbeitslos. Schon diese Zahl zeigt die Lächerlichkeit des Arguments. Die zu erwartende explosionsartige Steigerung der Lebenshaltungskosten stände außerdem dazu in keinem Verhältnis.

Der DGB befürwortet in seiner Presseerklärung vom 21. 6. 90 ausdrücklich die Standortwahl Hannovers für die Expo und verlangt, das Motto „Mensch — Natur — Technik“ ... so zu gestalten, daß gerade auch die Bereiche Mensch und Natur für einen ökologischen Umbau der Region genutzt werden ... Den Gefahren für das soziale Gleichgewicht muß insofern vorgebeugt werden, daß das Konzept sowohl die langfristige — also auch über die Expo hinaus — Ansiedlung von Betrieben, Hotels etc. sichert und über diesen Weg die Zahl der Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfänger dauerhaft verringert, als auch durch vorbeugenden Wohnungsbau — über alle bisher vorliegenden Planungen hinaus — dafür sorgt, daß Wohnungen in ausreichender Anzahl und für die Allgemeinheit finanzierbar zur Verfügung stehen.“ Der öffentliche Personennahverkehr in der Region könne beispielsweise ausgebaut werden, so DGB-Kreisvorsitzender Witte. Ist ihm bekannt, daß München, von der CDU in der Ratssitzung als gutes Beispiel wegen der Durchführung der Olympiade 1972 angeführt, mittlerweile die größte Konzentration von Obdachlosen in der BRD hat?

In den nächsten zwei Jahren kann die hannoversche Expo-Bewerbung noch zurückgezogen werden, die Gabl-Ratsfraktion plädierte bereits dafür, für die Kommunalwahlen wird dies ein zentrales Thema. — (rec)

## Expo: Zuschlag für Hannover

Wer die Weltausstellung bezahlt, steht auch schon fest

die Industrie- und Handelskammer ist in Hochstimmung und sieht Hannover schon als „Ost-West-Drehachse“. Wer glaubt, die nun fließenden Gelder könnten für soziale Zwecke verwandt werden, wird sich getäuscht sehen.

### „Nein zum Staatsvertrag“ Demonstration in Frankfurt

**Frankfurt.** Am 2. Juli fand eine Demonstration und Kundgebung gegen den Staatsvertrag statt. Eine Aktionseinheit von „Gewerkschaftern gegen Wallmann“, Arbeiterbund, Initiative zur Vereinigung der Revolutionären Jugend, Sozialtherapie FfM e.V., DGB-Erwerbsloseninitiative, Initiative „Kein 4. Reich“, Offenbach, Aktion Erwerbsloser, AK gegen den Kurdenprozeß, Sozialpower, Erwerbsloseninitiative Gutleut, „Krampe“-Redaktion, PDS Initiativgruppe Hessen, Volksfront und BWK hatten kurzfristig aufgerufen. Die kleine Demonstration (ca. 100 Teilnehmer) vom Gewerkschaftshaus zur Hauptwache erreichte Aufsehen mit Parolen wie: „Deutschland einig Vaterland, setzt die ganze Welt in Brand!“ und „Ausländer, Deutsche, Hand in Hand, wir kämpfen gegen Großdeutschland!“ — (rst)

### Dienstleistungsabend: Die Konzerne profitieren

**Hannover.** Die Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim kommt in ihrem neuesten Geschäftsbericht zu dem Ergebnis, daß die im Oktober 1989 eingeführte Spätöffnung am Donnerstagabend keine Umsatzzuwächse gebracht hat. Von 100 Verbrauchern nutzen bisher nur 24 den Einkaufsabend. Von diesen Kunden profitieren im wesentlichen die Kaufhauskonzerne in den Zentren großer Städte. In den mittleren Städten und Umlandgemeinden geht der Einzelhandel am Donnerstag wieder zu den alten Öffnungszeiten über und beschwert sich über Umsatzeinbußen angeblich durch die Verkürzung des langen Samstags. Mit einer „Anpassung der Ladenöffnungszeiten an den lokalen Bedarf“, soll heißen, die ganze Woche über flexible Öffnungszeiten, startet die Industrie- und Handelskammer nun eine neue Kampagne zwecks Beseitigung des Normalarbeitstages der Einzelhandelsbeschäftigten. — (rec)

### Bosch: Einsparungen und auf Expansionskurs

**Stuttgart.** Die Robert Bosch GmbH hat 1989 beim Profit kräftig zugelegt und will dieses Jahr beim Umsatz die 30 Milliarden-Grenze überschreiten. Die Personalkosten wurden 1989 trotz tariflicher Lohnerhöhung und Personalaufbaus gesenkt. Das reicht der Geschäftsführung noch nicht: Betriebliche Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge wie die Bosch-Kuren (Etat 1,5 Mio DM jährlich) sollen ebenso gestrichen werden wie Weihnachtsgeschenke an Rentner und an Langzeitkranke. Die Investitionen lenkt Bosch zukünftig vorrangig ins Ausland nach dem Motto: Produzieren, wo verkauft wird. Im Ausland erfolgt auch der hauptsächlich Personal-aufbau. — (ros)

## MV will Kontrolle der Schule

„Bergold-Gutachten“: Aufsichtsstrategie gegen Lehrkräfte

**Stuttgart.** Zehn Jahre, nachdem Kultusminister Mayer-Vorfelder, Hauptmann der Reserve, in seiner berühmten Donaueschinger Rede angekündigt hatte, er werde das Schulwesen, insbesondere die mit Tennisschuhen wie aus dem Busch kommende Lehrerschaft, auf seine Linie trimmen, ließ er jetzt durch den Leitenden Ministerialrat Bergold ein Gutachten zum Stand der Durchsetzung der Ziele der reaktionären Lehrplanrevision erstellen.

Erinnert sei an die dort formulierte Erziehungs-, pädagogik-, d.h. die Abkehr von der Auffassung der rationalen Erkennbarkeit der Welt und vom Wissenschaftsgebot hin zur Vermittlung einer gemüthlichen Sinnstiftung für die real existierenden Verhältnisse, das Einfügen in das Vorgegebene, an das Begreifen großdeutschen Anschlusses als Problem der eigenen Identität.

Vor drei Jahren hatten wir in dieser Zeitschrift festgestellt, daß diese Ziele im Widerspruch zu den herrschenden Auffassungen der Didaktik in den 70er Jahren stehen, die sich stark den Normen der Aufklärung verpflichtet sah und das Denken eines großen Teils des jetzt im Brot stehenden Lehrpersonals prägte. Einschränkung ist jedoch anzumerken, daß jahrzehntelanges Eingesperrtsein in das real existierende Staatsschulwesen und die weitgehend ebensolange dauernde Erfolglosigkeit des Widerstands bei vielen Lehrkräften paukerisierende Wirkungen zur Folge hatte und eine Annäherung an die Menschensicht der angeborenen Begabung und eine mehr resignative Gewöhnung an den dreigliedrigen Selektionsladen mit sich brachte.

Welche „typischen Schwachstellen bei der Verwirklichung der neuen Bildungspläne“ stellt nun der Ministerialbeamte Bergold fest? (Alle Zitate aus dem Gutachten)

Zum einen lesen die Lehrkräfte die Schulartpapiere („Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule“) und die speziell vorangestellten Ziele kaum. Stattdessen konzentrieren sie sich auf die Inhalte und ignorieren die Zielbeschreibungen weitgehend.

Weiter halten die Lehrkräfte an dem, was sie während der Ausbildung gelernt haben, fest. Sie neigen daher eher zum lernzielorientierten Unterricht und sind eher Wissensvermittler als Erzieher.

Last not least haben die Lehrkräfte Probleme mit ihrer von MV definierten Vorbildfunktion und tun sich schwer in der Zusammenarbeit nach außen, z.B. Fußballvereinen, der Privatwirtschaft, den Kirchen oder sonstigen Teilen der „Dorfmafia“.

Die Schulleiter verwenden zu wenig Arbeitszeit, ca. 50 %, auf die Aufsicht und Kontrolle der Lehrkräfte. Die Schulleiter haben ein mangelndes Ver-

ständnis ihrer Vorgesetzten- und Aufsichtsfunktion gegenüber den Kollegien und ihrer Loyalitätspflicht gegenüber den vorgesetzten Dienstbehörden.

In dieser Lage schlägt Bergold eine Kontroll- und Aufsichtsstrategie der Schulbehörden vor, „die auf lange Sicht angelegt ist, weil weitreichende Bewußtseins- und Verhaltensänderungen erreicht werden sollen, und die eine möglichst rasch einsetzende Breitenwirkung mit ökonomischen Verfahrensmitteln gewährleistet. ... Es führt kein Weg an der Feststellung vorbei, daß die wesentlich veränderten Anforderungen, die den Schulen und Lehrern durch die neuen bildungspolitischen Vorgaben der Bildungspläne gesetzt sind, auch auf der Seite der Schulaufsicht eine durchgreifende Anpassung ihrer Aufsichtsstrategie erforderlich machen.“

Hauptangriffspunkt der Aufsicht ist die einzelne Schule. Mit jeder Schule soll über das Schulumt eine „Zielvereinbarung“ getroffen werden, in der die einzelnen Schritte „für die Förderung und Ausrichtung der pädagogischen Gesamtleistung der einzelnen Schule auf die bildungspolitischen Zielsetzungen“ festgelegt werden.

Zum Einstieg dafür ist eine Serie von Unterrichtsbesuchen, die Durchsicht von Unterrichtsvorbereitungen, von Stoffverteilungsplänen, Klassenbüchern und Schülerarbeiten vorgesehen. Danach finden „Erörterungen“ mit dem Schulleiter, den Fachkonferenzen und ggf. Elternvertretern statt. „Dabei wird der Schulleiter auch darauf zu achten haben, daß legitime individuelle Profilbildung der einzelnen Schule eingebunden bleibt in den Rahmen der rechtlichen Vorgaben und pädagogischer Partikularismus“ (Streben der Schule nach besonderen, von den Vorgaben abweichenden pädagogischen Normen; d. Red.) „vermieden wird.“

Zentrales Kontrollinstrument ist der „unangekündigte Unterrichtsbesuch“. Mit dem herkömmlichen punktuellen Unterrichtsbesuch kann die Schulaufsicht das pädagogische Verhalten von Lehrern kaum wirkungsvoll beeinflussen. Angestrebt wird deshalb, statt wie bisher im Schnitt ein Unterrichtsbesuch alle fünf Jahre, einer pro Jahr und von abwechselnd durch den Schulleiter, den Schulleiter und den Fachberater. Dabei müßten jedoch Schulleiter und Fachberater begreifen, daß sie „Organe staatlicher Schulaufsicht, besondere Schulaufsichtsbeamte“ sind und nicht in erster Linie kollegiale Berater.

Als letztes Glied der Kontrollkette sollen die Fortbildungen für Lehrkräfte umfunktioniert werden, deren Inhalt sich künftig nicht an den Bedürfnissen der Lehrer, sondern den bildungspolitischen Zielsetzungen der Landesregierung zu orientieren haben. — (zsm)



**Hannover** Ca. 1200 Beschäftigte der diakonischen Einrichtungen Niedersachsens demonstrierten am 20.6. in Hannover anlässlich des 125-jährigen Bestehens des Diakonischen Werkes. Die ÖTV und die Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen hatten dazu aufgerufen. Auf zahlreichen Transparenten forderten die Beschäftigten die Beseitigung des Pflegenotstands und Tarifverträge. — (utg)





**Hamburg.** Gegen die Wohnungspolitik des Senats, gegen Spekulanten und Mietwucher demonstrierten am 12. Juni in Hamburg ungefähr 5000 Menschen. Das Demonstrationsrecht durch die Innenstadt zum Rathaus konnte gegen Polizei, Innenbehörde und Pressehetze gerichtlich erst am Tag vorher durchgesetzt werden. — (ul)

## Aus Ländern und Gemeinden

### Landesärztekammer lehnt „Handreichungen“ ab

**Stuttgart.** Die Landesärztekammer hat den Entwurf „Dem Leben verpflichtet — Eine Handreichung für Ärzte und Beratungsstellen zum Schutz ungeborener Kinder“ des Sozialministeriums (siehe PB 12) mit großer Mehrheit „in der vorliegenden Form“ am 30. Juni 90 abgelehnt. Zehn Tage zuvor wurde der Entwurf im Landtag debattiert und von der SPD, den Grünen und der FDP als unerträgliche Entmündigung und Demütigung von ungewollt schwangeren Frauen angegriffen. Nach dem Entwurf würde die Beratung zur staatsanwaltsschaftlichen Ermittlungstätigkeit und die ärztliche Schweigepflicht rechtswidrig durchbrochen. Die „Handreichungen...“ wurden als Versuch gewertet, noch vor dem Urteil über die Normenkontrollklage die Beratungspraxis so zu verschärfen, daß die Notlagenindikation faktisch beseitigt würde. Die CDU empfand sich über die Veröffentlichung des Entwurfs, ehe die Verbände darüber beraten hätten. Sozialministerin Schäfer war nicht bereit, den Entwurf „in den Reißwolf“ zu stecken, wie von der Opposition gefordert. Sie will zunächst das o.g. Urteil abwarten. — (evo)

### Einwohnerwahlrecht in Westberlin erneut vertagt

**Westberlin.** Die Erfüllung der Koalitionsvereinbarung zur Einführung eines Wahlrechts für Ausländer wird verschoben. Der Rechtsausschuß des Abgeordnetenhauses vertagte am 27.6. einen Beschluß. Somit wird der Gesetzesentwurf nicht mehr vor der Sommerpause in die Plenarsitzung eingebracht. Durch dies Verhalten der SPD- und AL-Mehrheit kommt der Berliner Magistrat (DDR) unter Druck, der sich für die Fortgeltung des bisher bestehenden Ausländerwahlrechts einsetzt. Die Innenverwaltung (West) hatte vor „nicht mehr lösbaren organisatorischen Problemen“ gewarnt, wenn das Bundesverfassungsgericht im November kurz vor der Wahl die Beteiligung von Ausländern untersagt. — (ard)

### Schulbesuch: Jugendliche aus dem Ausland benachteiligt

**Konstanz.** 953 der insgesamt 6391 Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 1989/90 die städtischen Schulen in Konstanz besuchten, hatten eine ausländische Nationalität, das entspricht einem Anteil von 14,9 %. Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Schulbericht der Konstanzer Stadtverwaltung hervor. Die schlechten Lebensbedingungen, mit denen Menschen aus dem Ausland hier zu rechnen haben, spiegeln sich auch deutlich beim Schulbesuch wider. So betrug der Ausländeranteil an den Grund- und Hauptschulen in Konstanz überdurchschnittliche 22,3 %, wobei rund 71 % dieser Schüler Grundschulen besuchen, an die eine Hauptschule angegliedert ist — in die also die meisten wechseln werden. Ganz anders ist die Lage bei Realschulen und Gymnasien. Der erstere Schultyp, der immer mehr die frühere Funktion der Hauptschule erfüllt, weist nur noch einen unterdurchschnittlichen Anteil ausländischer Jugendlicher von 12,6 % aus. An den Konstanzer Gymnasien beträgt diese Zahl noch ganze 6,2 %, am Nobel-Gymnasium Heinrich Suso gar nur 3,6 %. — (g)

### Zentralisierung kommunaler Finanzmittel für Expansion

**München.** Der bayerische Finanzminister Gerold Tandler hat in einem Brief an die kommunalen Spitzenverbände auf die finanziellen Belastungen der Kommunen durch den Staatsvertrag mit der DDR hingewiesen. 50 Prozent des Kommuneanteils werden durch die Anhebung der Gewerbesteuerumlage erzielt. Durch Umsatzsteuermindererinnahmen des Freistaates und durch Änderungen beim kommunalen Finanzausgleich sind die Kommunen ebenfalls beteiligt. Für die bayerischen Kommunen bedeutet dies einen Finanzierungsanteil in Höhe von rund 70 bis 75 Millionen DM im Jahr 1991 sowie rund 180 bis 190 Millionen DM im Jahr 1992. Laut Tandler könnten die Kommunen diese Belastung leicht tragen, weil „Einigung bedeutet Wachstum“. — (dil)

### Frauenförderung auf Landkreisart

**Hannover.** Wer sein Jahr Erziehungsurlaub in Anspruch nimmt, dem soll beim Landkreis Hannover auf sehr zweifelhafte Art „sein Kontakt zur Arbeitswelt erhalten bleiben“. Ist Not an der Frau, denn es handelt sich hier ausschließlich um Frauen, sollen beurlaubte Beschäftigte kurzfristig und auf Zeit an ihrem alten Arbeitsplatz aushelfen, Schreibkräfte sollen überall eingesetzt werden. Also Kapovaz im Erziehungsurlaub. Billig ist es für den Landkreis zudem, denn Lohnnebenkosten hat er nicht. Für solche Vorschläge der Frauenbeauftragten wird sich der Dienstherr auch in Zukunft bedanken. — (rec)

### Höhere Kapitalsteuern gegen CSU, FDP und REP beschlossen

**München.** Die Stadtratsmehrheit von SPD und Grünen hat beschlossen, daß die Gewerbesteuer von 1991 an um 6,7 Prozent und der Grundsteuerbesatz um 9,7 Prozent angehoben wird. Diese stärkere Besteuerung der Reichen wurde notwendig, weil die Stadt nicht mehr in der Lage war, die notwendige soziale Grundversorgung zu sichern und langjährige Mangelzustände zu beseitigen. Beim Städtevergleich in der BRD zieht München jetzt mit Frankfurt gleich. Die Erhöhung der Kapitalsteuern bringt bei der Gewerbesteuer — sofern nicht in erpresserischer Absicht Betriebsstätten verlagert werden — 96 Millionen DM jährlich und bei der Grundsteuer 24 Millionen DM. Der Stadtkämmerer und die Stadtratsfraktionen von CSU, FDP und Republikaner versuchen, mit den Kapitalisten- und Grundbesitzerverbänden zusammen den wirtschaftlichen Niedergang Münchens herbeizureden. Zur Sicherung ihrer Extraprofite wollen die Wohnungskapitalisten z.B. die Grundsteuererhöhung an die Mieter weitergeben. Begründet wird diese Kapitalsteuererhöhung u.a. damit, daß die Baupreise gestiegen sind, große Asbest-Sanierungen in Schulen und Kindergärten finanziert werden und das Defizit der Stadtwerke abgebaut werden müsse. OB Kronawitter (SPD) nennt aber auch die „Kosten der Wiedervereinigung“, die den Kommunen per Gewerbesteuerumlage und Veränderungen beim kommunalen Finanzausgleich wichtige Finanzmittel entziehen. Am 27. Juni wurde in München bei einem Aktionstag für einen Kindergarten-Rechtsanspruch für jedes Kind demonstriert. — (dil)

# Kriminalisierung ausländischer Jugend

Für die DDR-Annexion braucht man einen starken Staat — zum Beispiel in Westberlin

**Westberlin.** Springer-Blätter, Republikaner und CDU entwerfen ein Notstandsszenario: Westberlin werde von „ausländischen Jugendbanden“ terrorisiert. Sie haben eine Kampagne eingeleitet, die alle politischen Kräfte, alle Staatsbediensteten, Medien und „guten“ Bürger zur Durchsetzung von Ruhe und Ordnung mobilisieren soll.

Die Republikaner hatten sich schon längere Zeit auf die westberliner Jugendlichen ohne deutschen Paß eingeschossen. Aber erst seit dem 1. Mai hat sich die Hetze ausgebreitet und systematische Züge angenommen. Aktuelle Stunde, Anfragen, Anträge und Expertenanhörungen zu dem Thema beschäftigen seitdem das Abgeordnetenhaus.

Eigentlich herrscht bei allen Fraktionen Befriedigung über den polizeilichen Einsatz am 1. Mai, der Fortschritte in der Begrenzung der „Gewalt“ und rund 130 Festnahmen (davon 33 Nichtdeutsche) gebracht habe. Die Polizei wird gelobt, weil sie endlich zielgerichtet durchgegriffen habe. Trotz Bewährung der gutgerüsteten Polizei zeigen sich aber alle Fraktionen beunruhigt. Anlaß ist die große Beteiligung von ausländischen Jugendlichen an der revolutionären 1. Mai-Demonstration mit 15000 Teilnehmern, an dem anschließenden (verbotenen) Fest sowie an den nächtlichen Auseinandersetzungen (ca. 500 Teilnehmer). Die REP-Fraktion kann auf Grundlage überparteilicher Besorgnis geifern: „Wir erleben derzeit das Heranwachsen eines multikulturellen Subproletariats in West-Berlin wie auch in anderen Teilen des westlichen Europa mit seinen zahlreichen kriminellen Ablegern... Der kriminelle Abschaum von ausländischen Jugendbanden, der in Kreuzberg randaliert hat, gehört abgeschoben.“ (Abgeordnetenhaus, 10.5.)

Die Aufregung gilt einer politischen Bewegung. Aufgebauscht wird sie als „kriminelles Problem“. Jede Schlägerei, kleine Diebstähle, Sachbeschädigungen, an denen ausländische Jugendliche beteiligt waren, werden nun in diesen Zusammenhang gerückt. Selbst in der Polizei regt sich zuweilen gegen die Hetze Widerspruch: „Gebe Gott, wir hätten alle Kriminalitätsformen so im Griff wie die Jugendkriminalität!“ (zitiert im Abgeordnetenhaus am 22.3.)

Am Feindbild „Jugendbanden“ wollen CDU und Republikaner jetzt die Schlagkräftigkeit und Geschlossenheit der Staatsgewalt hochziehen. Zügelloser Polizeieinsatz und polizeilicher Durchgriff in alle gesellschaftliche Bereiche sollen „Rechtsbewußtsein“ durchsetzen. Sie fordern Aufstockung der Polizei, Bildung einer Sonderkommission, Sonderstreifen. Sonderstrafrecht für ausländische Jugendliche: „Die Staatsanwaltschaft wird angewiesen, Straftaten von Angehörigen der Jugendbanden grundsätzlich nicht mehr nach § 153 oder § 153a StPO einzustellen.“ (REP-Antrag) CDU-Landowky fordert Schnellverfahren, damit die Angst vor Bestrafung schneller wirke. Einigkeit von Republikanern und CDU auch darin, daß die hier aufgewachsenen Jugendlichen ohne deutschen Paß nach Strafverbüßung ausgewiesen gehören. Lehrer und Sozialarbeiter sollen als Hilfspolizei vor Ort tätig werden, um den staatlichen Zugriff abzurufen. Sie müßten ihre Haltung aufgeben, daß Zusammenarbeit mit der Polizei „Denunziation“ bedeute.

Die CDU untermauert die Kampagne in Zusammenarbeit mit der Schüler-Union durch einer Fragebogenaktion an den Schulen. Wie schon die „Erfahrungsberichte“ in der Springer-Presse,

soll damit der kriminelle Charakter der ausländischen Jugendgruppen bewiesen werden. Gleichzeitig suchen sie damit eine Frontbildung in den Schulen, die faschistischen Jugendgruppen, Skins, etc. Zulauf bringen wird. Diese werden ermuntert, ausländische Jugendliche in Auseinandersetzungen zu treiben, bei denen die Polizei die richtigen „Täter“ geliefert bekommt. Um sich den ständigen Angriffen zu erwehren, hatten sich überhaupt erst viele ausländische Jugendliche in festeren Gruppen zusammengeschlossen.

Der Aufschrei der Reaktion nach dem 1. Mai zeigt, daß sie sich bewußt ist, in welche soziale Lage sie gerade auch die ausländische Jugend gedrückt hat. Sie richtet sich auf Verschärfungen im Rahmen der DDR-Annexion ein. Gerade auf dem (west-)berliner Arbeitsmarkt wird der Druck auf die meist schlechtausgebildeten ausländischen Jugendlichen zunehmen. Wohn- und Lebensverhältnisse für arme Leute werden sich weiter verschlechtern. Die Mobilisierung der Staatsorgane gegen die sog. Jugendbanden soll die Reihen für kommende Auseinandersetzungen schließen, die sich mit der brutalen sozialen Umwälzung der DDR auch in „Groß-Berlin“ einstellen werden.

SPD und AL erkennen immerhin die sozialen Grundlagen des Jugendprotestes an und setzen auf verstärkte sozialarbeiterische Betreuung. Sie wissen, daß die politische und soziale Diskriminierung Grundlage verzweifelter Aktionen jugendlicher Ausländer ist. Trotzdem verschleppt vor allem die SPD die Einführung eines Kommunalwahlrechts und verhindert damit politische Bezugspunkte gegen den Rassismus. — (ard)



BZ-Telefonaktion: Jeder darf seine Geschichte vom bösem Ausländer erzählen. Die Reaktion heizt Auseinandersetzungen an.

**Sie wollten meine Schlüssel. Sie warfen mir eine brennende Kippe ins Gesicht. Sie nahmen unsere Mädchen mit. Sie zogen meinem Bruder die Schuhe aus. Sie schlugen mich im Bus. Sie nahmen mir die Uhr weg. Sie bespuckten mich. Sie drohten mir: Du Polizei – du tot!**

## Volksbegehren erfolgreich

12,8 % der Wahlberechtigten für „Das bessere Müllkonzept“

**München.** Das Volksbegehren „Das bessere Müllkonzept“ hat die erforderlichen 10 % erreicht. Da im Landtag CSU und SPD ein Abfallwirtschaftsgesetz verabschiedet haben, wird es voraussichtlich im Frühjahr zu einer Volksabstimmung kommen. Dann reicht die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Der Erfolg kam etwas überraschend, begann die Einschreibung zunächst nur sehr schleppend. Während es z.B. in München am ersten Tag des Volksbegehrens nur zu 2587 Unterschriften kam, trugen sich am letzten Tag 31399 Wahlberechtigte in die ausgelegten Listen ein. Nicht sehr erfolgreich verlief auch eine bayernweite Demonstration in München zur Unterstützung des Volksbegehrens. Nur etwa 1000 Menschen kamen. Offenbar wurde dezentrale Aktivitäten bevorzugt.

Die bayerische Staatsregierung hat massiv versucht, das Volksbegehren zu verhindern. So wurde häufig gegen die vorgeschriebenen Auslegungszeiten verstoßen, da laut Landeswahlordnung in der Regel auch in den Abendstunden

und auch an Samstagen und Sonntagen die Einschreibungen möglich sein sollten. In mehr als 200 Fällen wurde deshalb von den Bürgerinitiativen Rechtsaufsichtsbeschwerden eingelegt. Es kam auch zu einer Reihe von Beschwerden über zu wenige und unbekannte Eintragungslöcher. Die bayerische Medienzentrale verbot den Bürgerinitiativen Werbespots über die Privatradios. Bayerns Innenminister Stoiber griff die Stadt München wegen zu viel Werbung für das Volksbegehren an. Die von der Stadt beschlossene und vom Amt für Abfallwirtschaft durchgeführte Informationskampagne bezeichnete er als „massive und mit erheblichen Kosten verbundene Einflußnahme auf die Willensbildung der Bürger“. Zwei Tage vor der bayernweiten Demonstration vertrat der Freistaat Bayern plötzlich die Position, der in seinen Besitz befindlichen Königsplatz, wo die Abschlußkundgebung stattfinden sollte, dürfe nicht zum „Platz für Aufmärsche und Kundgebungen“ verwandelt werden. Da der Königsplatz allerdings zum öffentlichen Verkehr

freigegeben ist, mußte in dieser Sache der Freistaat Bayern klein beigeben.

Der Erfolg der Bürgerinitiativen ist nicht nur ein Erfolg für „Das bessere Müllkonzept“. Für die Staatsregierung bedeutet es einen erheblichen Autoritätsverlust. Die CSU-Regierung in Bayern begreift sich seit 40 Jahren als allmächtig. Und die SPD weiß sich nicht besser zu helfen, als sich auf die Seite der Staatsregierung und gegen die Bürger zu stellen. Immerhin hat sich der Juso-Landesvorstand in letzter Minute entschieden, zur Teilnahme am Volksbegehren aufzurufen.

Die CSU scheint nun keine Konsequenzen ziehen zu wollen. Einen „Mehrheitswillen“ der Bevölkerung will sie nicht erkennen. Sie beharrt darauf, daß das am 1. Juli erstmal in Kraft getretene Gesetz der CSU/SPD „besser, wirksamer und ehrlicher“ sei. Die SPD will laut Fraktionsvorsitzendem Hirsemann „in aller Ruhe beraten“.

Quellen: Münchner Lokalberichte 13/90; Süddeutsche Zeitung vom 30.6.90; Münchner Rathaus-Umschau vom 29.6.90. — (chl)

# Serhildan: „Das Volk ist mit der Guerilla zusammengewachsen“

Interview mit dem Kölner Kurdistan-Komitee über die jüngste Entwicklung des kurdischen nationalen Befreiungskampfes

Drei Monate nach den Volksaufständen in Nusaybin, Cizre, Batman usw. bemüht sich das türkische Kolonialregime weiter vergeblich, den Eindruck zu verbreiten, als habe es die Entwicklung in den kurdischen Gebieten unter Kontrolle. Tatsächlich zeigt sich immer deutlicher, daß die auf brutale Niederhaltung des kurdischen Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes zielende türkische Politik

gescheitert ist. Zehn Jahre nach dem Militärputsch im Herbst 1980 ist der kurdische Befreiungskampf stärker als je zuvor. „Die PKK hat sich im Mittleren Osten einen Platz verschafft“, urteilte die „Neue Zürcher Zeitung“ am 28. Juni in einem Bericht über die Entwicklung in den kurdischen Gebieten. Wir veröffentlichen ein Interview mit dem Kurdistan-Komitee in Köln. — (rül)

*Frage: Inzwischen sind drei Monate vergangen seit den Aufständen von Nusaybin, Cizre und anderen Städten. Was ist Eure Bilanz dieser Aktionen? Welche neuen Aufgaben und Möglichkeiten ergeben sich aus diesem Aufschwung des Kampfes in den Städten für den kurdischen Befreiungskampf?*

Mit dem Volksaufstand hat der Befreiungskampf eine neue Qualität erreicht. Der Widerstand des kurdischen Volkes gegen jegliche Unterdrückungsmaßnahmen des kolonial-faschistischen türkischen Staates ist mit dem Aufstand kontinuierlicher geworden, und das Volk hat seine Angst vollkommen verloren.

Der Serhildan (kurdischer Volksaufstand) unterscheidet sich seinem Charakter nach von der palästinensischen Intifada. Seine Besonderheit ist:

- 1. Die Taktik des Übergreifens des langandauernden Volkskrieges auf die Städte
- 2. Die primäre Kampfform des Befreiungskampfes bleibt jedoch der Guerillakampf
- 3. Die Massen sind in einer ständigen Bereitschaft. Die besondere Aufgabe der Leitungsgremien der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) und der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) besteht daher darin, die Mobilisierung der Massen mit Hilfe der Volkskomitees in die Praxis umzusetzen.
- 4. Die Bewegungsfreiheit, die die ARGK schon vor dem Serhildan auf dem Land erreicht hatte, ist jetzt auch auf die Städte übertragen worden.

Als Resultat all dessen können wir festhalten, daß der Serhildan in Zukunft in sich ablösenden Phasen des Aufflommens und wieder Abebbens verlaufen wird. Wichtig dabei ist die Abstimmung und Koordinierung dieser Phasen mit der Hauptkampfform, dem Guerillakampf, die durch die Volkskomitees gewährleistet wird, das heißt das Aufblühen und Abebben ist eben nichts Zufälliges, sondern etwas Geplantes.

Zur Bilanz dieser Aktionen ist zunächst einmal zu sagen, daß sich die Taktik der PKK als richtig

ist, dort noch ihre Politik zu machen. So wurde auch der Vorsitzende der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) bei seiner Inspektionsreise nach dem Serhildan in Kurdistan mit Steinwürfen und den Parolen „Es lebe Kurdistan“ vertrieben.

Es hat sich nunmehr ganz klar herausgestellt, daß sämtliche Methoden des Spezialkrieges, die darauf abzielten, die ARGK vom Volk zu isolieren, endgültig gescheitert sind. Der Serhildan ist der Beweis dafür, daß das Gegenteil eingetreten ist, nämlich daß das Volk mit der Guerilla zusammengewachsen ist.

Auch die zuletzt versuchte Methode des Spezialkrieges, über die Religion Einfluß auf das kurdische Volk zu gewinnen und es so vom nationalen Befreiungskampf abzuspalten (so versuchte der türkische Staat z.B. die Gründung einer „kurdischen islamischen Partei“, um unter Ausnutzung des religiösen Glaubens des Volkes die Sympathien und die Unterstützung gegen den nationalen Befreiungskampf zu erreichen) ist gescheitert. Heute sind auch die Moscheen Propaganda- und Mobilisierungsfelder für den Kampf um die Unabhängigkeit des kurdischen Volkes.

Zu der Frage nach den neuen Aufgaben können wir sagen, daß mit dem Serhildan keine neuen Aufgaben entstanden sind, sondern daß es darum geht, die alten Aufgaben jetzt weiterzuentwickeln. Im Kampf der Massen sind jetzt neue Erfahrungen gesammelt worden, und mit diesen Erfahrungen kann die Praxis des Kampfes verbessert werden. Es geht also vielmehr darum, die schon immer vorhanden gewesen Aufgaben noch besser in der Praxis zu realisieren.

Weiterhin ist es jetzt eine sehr wichtige Aufgabe, das Bündnis mit der türkischen Linken weiter zu entwickeln. Die PKK war ja schon immer dafür, insbesondere mit der türkischen Linken Bündnisse zu schließen, und seit 1988 existiert ja auch schon die „Revolutionäre Einheitsplattform“, die jedoch noch schwach entwickelt ist. Jetzt geht es vor allem darum, die von der „Revolutionären Einheitsplat-

auch die Ausstrahlung einer kurdischen Sendung von „Voice of America“, womit beabsichtigt ist, Propaganda für die Befriedung des Konflikts in Richtung kleine Zugeständnisse wie teilweise kulturelle Autonomie und gegen die Unabhängigkeitslinie des Befreiungskampfes zu machen.

Die größte Unterstützerin des kolonialfaschistischen türkischen Regimes ist jedoch die BRD. Und sie vertritt immer noch veraltete und völlig überholte Positionen, will versuchen, einerseits durch die Gewährung kultureller Rechte und andererseits durch ganz massive Militär- und Wirtschaftshilfe (der Bundestag faßte auch den Beschluß, der Türkei dieses Jahr 159 Millionen DM Entwicklungshilfe zu gewähren) den nationalen Befreiungskampf zu stoppen. Genau wie diese Methoden bis heute ihr Ziel nicht erreicht haben, werden sie auch in Zukunft nichts nützen.

*Frage: Das türkische Regime hat nach den Aufständen u.a. einen weiteren Ausbau des „Dorfschützersystems“ angekündigt. Welche Entwicklung nimmt das Dorfschützersystem und damit das Konzept „Kurden gegen Kurden“ kämpfen zu lassen? Gelingt es dem Regime immer noch, ganze Stämme für seine Dienste einzuspannen, oder sind das nur noch wenige gekaufte Kolonialspitzel?*

Die Methoden des Spezialkrieges sind vollkommen gescheitert. Es geht jetzt für das Regime weniger um einen weiteren Ausbau des Dorfschützersystems, sondern vielmehr nur noch darum, die immer größer werdenden Lücken aufzufüllen, was jedoch auch schon zunehmend Probleme bereitet. So sollte der Mamuran-Stamm dazu gebracht werden, im Interesse des Regimes bei seinem Konzept „Kurden gegen Kurden“ zu arbeiten, woraufhin dieser Stamm in die Berge floh. Wichtig ist, daß sich durch den Befreiungskampf die kurdische Gesellschaftsstruktur in Auflösung befindet und insbesondere die Agas ihre Bedeutung und ihre Machtposition verloren haben. Versuche, Stämme für die Zwecke des Regimes einzuspannen, wie es eine Zeitlang erfolgreich z.B. mit dem Jirki-Stamm gemacht wurde, führen heute genau zum Gegenteil, lösen den Zorn und heftige Gegenreaktionen des Volkes aus.

Die Politik der ARGK gegen solche Versuche stützt sich auf Überzeugung, Gewinnung und verschiedene Formen der Strafe. Daß dies der richtige Weg war und ist, beweist auch die Stufe, die der Befreiungskampf heute erreicht hat.

*Eine Zeitlang sah es so aus, als werde Botan und das Gebiet um die Cudi-Berge so etwas wie ein „befreites Gebiet“. Wie hat sich der Kampf seitdem in dieser Region entwickelt? Gibt es befreite oder halbbefreite Gebiete?*

Der türkische Staat hat versucht, den Guerillakampf in den Cudi-Bergen einzukesseln. Deshalb bestand eine Zeitlang die Gefahr der Isolierung des Guerillakampfes in Botan. Die Taktik der PKK in diesem Jahr ist die Ausweitung des Guerillakampfes in die anderen Regionen, was besonders in Südwest- und Nordkurdistans schon besonders erfolgreich ist. Parallel dazu konnten die Positionen in Botan ausgebaut werden. Die ARGK baut eine Verteidigungslinie von Catak über Beytüşebap bis Sirmak auf. Seit dem Serhildan haben sich 800 bis 1000 neue Kämpfer/innen der ARGK angeschlossen. In Botan gibt es auch drei Frauenbataillone. Die Beteiligung der Frauen in allen Bereichen des Kampfes steigt besonders stark an.

*Frage: In der letzten Zeit wird auch in der türkischen Presse die Notwendigkeit einer Änderung der Kurdistan-Politik aufgeworfen. Gemeint ist wohl eine Art „kurdischer Homeland-Strategie“ mit kulturellen Rechten, „Autonomie“ usw. Wie beurteilt ihr diese Entwicklung? Verbessern sich wenigstens die Möglichkeiten einer „legalen Propaganda“ für den kurdischen Befreiungskampf?*

Die Befriedungsprojekte dieser Art sind nach dem Serhildan erst einmal zurückgestellt worden. Die türkische Regierung verfolgt die Kissinger-Doktrin, das heißt, sie will den revolutionären Kampf erst einmal zerschlagen und dann Befriedungsprojekte einführen. Das ist die Zielsetzung ihres Planes bis 1992. Es findet zwar zur Zeit eine Diskussion über die kurdische Sprache und verschiedene Autonomiemodelle — vom Wales-Modell Großbritanniens bis zum weitgehendsten baskischen Modell — statt. Diese Diskussion dient aber nur dazu, den internationalen Druck auf die Türkei, der mit dem Herausbringen des Dekretes 413 stark zugenommen hat, abzuschwächen, also der Imagepflege des Regimes in der internationalen Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang kann auch die Freilassung der beiden TBKP-Führer Kutlu und Sargin gesehen werden.

Der Serhildan hat gezeigt, daß die Forderungen der Massen die Befriedungsprojekte längst über-

holt haben. Sogar die Führer der staatstragenden politischen Parteien der Türkei geben zu, daß 80 % der Kurden für die Unabhängigkeit sind. Jede „Reform“ in Richtung Autonomie wäre eine Konzession, und die nationale Befreiungsbewegung würde das nützen. Die PKK/ERNK ist stark genug und braucht sich daher davor nicht zu fürchten.

*Frage: Welche Folgen hat der Befreiungskampf auf die türkischen Militärs? Schließlich sind nicht nur Spezialeinheiten, sondern auch Wehrpflichtige, oft sogar Kurden, in den in Nordwest-Kurdistans stationierten Einheiten. Gibt es z.B. Anzeichen für eine Desertations-Bewegung?*

Hier muß man zwischen den Auswirkungen auf der Führungsebene und dem Fußvolk unterscheiden. Der nationale Befreiungskampf Kurdistans hat die frühere Position der türkischen Armee stark erschüttert. Wegen der Erfolglosigkeit der Armee in Kurdistan gab es insbesondere seit 1986 häufigen Führungswechsel. Erst kürzlich sind wieder 4 Generale in den Ruhestand versetzt worden.

In der Armee herrscht starke Unzufriedenheit, insbesondere im Mittelbau verbreitet sich die Auffassung, daß es keine militärische Lösung gibt, immer mehr. Die Einführung des Dekrets 413 war ein stiller Putsch, dessen Basis der nationale Konsens zwischen den vier Grundsäulen der herrschenden Gesellschaftsstruktur — Armee, Regierung, Opposition, Presse — ist und der dazu dient, der Armee eine Atempause zu verschaffen.

Es gibt mittlerweile eine Initiative zur Kriegsdienstverweigerung wegen dem Krieg in Kurdistan, die noch sehr schwach ist und die es, vor allem in Zusammenarbeit mit der türkischen Linken, auszubauen gilt. Der moralische Zustand der Armee ist sehr schlecht, das wurde auch schon 1986 in geheimen Dokumenten festgestellt.

*Frage: In der Vergangenheit hat die PKK der türkischen Regierung mehrfach einen Austausch der Gefangenen angeboten, d.h. Austausch der Gefangenen, die die ARGK gemacht hat, gegen die kurdischen Gefangenen in den türkischen Gefängnissen. Gibt es inzwischen irgendwelche Anzeichen, daß das Regime auf dieses Angebot eingeht?*

Nein. Dieses Angebot ist eine politische Initiative der PKK. Die türkische Regierung müßte ihre Kurdistan-Politik ändern, damit sowas möglich wäre, denn bisher leugnete sie die Existenz der Kurden schlechthin, jetzt leugnet sie die Realität der PKK. Ein Gefangenenaustausch käme der Anerkennung der PKK/ARGK als Kriegspartei gleich. Diese Initiative der PKK versucht damit, auf das Bewußtsein der türkischen Bevölkerung zu wirken. Sie richtet sich an die Angehörigen der politischen Gefangenen und an liberale Kräfte.

*Frage: Das Regime hat angekündigt, seine Deportationspolitik zu verschärfen. Welche Nachrichten liegen Euch darüber vor, welchen Umfang nehmen diese Deportationen an?*

Interessanterweise gab es seit der Einführung des Dekrets 413 kaum Deportationen. Der Grund dafür ist, daß jetzt breit angelegte Deportationen einen sehr starken Widerstand, große neue Aufstände auslösen würden. Das Regime will vor der Durchführung von Deportationen erst einmal günstige Bedingungen schaffen — durch Pressezensur, Verbannung, Schließung von Schulen, ökonomischen Druck etc. Wir wissen von Plänen, die schon lange beabsichtigte Entvölkerung der Grenzgebiete jetzt konkret werden zu lassen. Schritte dazu sind aber noch nicht erkennbar.

*Frage: In der Öffentlichkeit hier ist kaum bekannt, daß zahlreiche Kurden, teilweise seit Jahrzehnten, in Städten wie Istanbul, Ankara u.a. leben und arbeiten und dort, ähnlich wie ausländische Arbeiter hier, die gedrücktesten Arbeiten zu schlechtesten Löhnen verrichten. Wie entwickelt sich die Organisation dieser kurdischen Arbeiter für den Befreiungskampf?*

Die 4 bis 5 Millionen Kurden, die in den Metropolen leben, sind ein wichtiges Potential, das mit dem nationalen Befreiungskampf sympathisiert und intensive Beziehungen nach Kurdistan unterhält, daher auch Entwicklungen mitbekommt. Es gibt eine Analyse der PKK, daß diese Massen in einigen Jahren auch soweit sind, einen Aufstand zu machen. Daher forciert die PKK/ERNK ihre Arbeit in diesem Bereich, in dem die legalen Mittel die wichtigste Rolle spielen. Die PKK hat in diese Richtung schon wichtige Schritte unternommen und wird sich, soweit wir wissen, auf ihrem bevorstehenden 4. Kongreß umfassend mit dieser Frage befassen.

*Frage: Die PKK hat der türkischen Regierung in letzter Zeit mehrfach einen Waffenstillstand und Verhandlungen angeboten. Wie waren die Reaktionen des Regimes? Gibt es überhaupt relevant*



Der Versuch des türkischen Regimes, den kurdischen Befreiungskampf mit Gewalt niederzuwerfen, ist offensichtlich gescheitert.

erwiesen hat. Der Organisationsgrad der Massen hat sich weiter entwickelt, und das Land-Stadt-Gefälle verringert sich. Es hat sich auch gezeigt, daß alle patriotischen Schichten der kurdischen Bevölkerung den Befreiungskampf unterstützen. Die Hauptrolle bei der Unterstützung spielen die Frauen und die Jugendlichen. Das zeigt auch, daß die Auflösung der feudalen Gesellschaftsstrukturen fortgeschritten ist. Die Beteiligung der Händler am Serhildan zeigt, daß die charakteristisch stabilen Mittelklassen Position beziehen, was sehr bedeutsam für den Befreiungskampf ist. Der Widerstand ging zunächst von den aus den Dörfern deportierten Menschen aus. Die Taktik des Feindes, durch die Deportationen der ARGK-Guerilla die Basis zu entziehen, indem er diese Menschen gezwungen hat, in die Städte zu gehen, hat sich also gegen ihn gewendet und ist in das Gegenteil umgeschlagen. Denn diese Menschen, die dem Klassencharakter nach der Unterschicht angehören, also die Ärmsten der Armen, das Landproletariat, das jetzt zu Slumbewohnern in den Städten gemacht worden ist, bleiben nach wie vor die Stütze des nationalen Befreiungskampfes und haben seine Verankerung jetzt auch in den Städten gesichert.

Die Autorität des türkischen Staates ist zusammengebrochen, und auch die türkischen Parteien, z.B. auch die SHP, haben in Kurdistan keine Basis mehr, haben sogar selbst eingestanden, daß es durch den Serhildan für sie unmöglich geworden

form“ gefaßten Beschlüsse auch tatsächlich konkret in die Praxis umzusetzen. Von der türkischen Linken wird erwartet, daß sie den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan dadurch unterstützt, daß sie vor allem dem türkischen Volk eine Avantgarde in seinem eigenen Kampf wird, das heißt, daß sie den revolutionären Kampf in der Türkei entwickelt. Das ist die beste Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes, die sie leisten kann.

*Frage: Während der Aufstände gab es Meldungen über Besuche hoher US- und NATO-Militärs in Ankara, um zu prüfen, ob eine direkte Intervention der NATO gegen den Befreiungskampf nötig sei. Wie hat sich seitdem die imperialistische Unterstützung, z.B. in Form der „Türkeihilfe“ der BRD und der USA, entwickelt?*

Die NATO ist über die Entwicklungen sehr besorgt und sieht die Grenzen der türkischen Republik in Gefahr. US-Botschafter William Taft sicherte der türkischen Regierung bei seinem Besuch umfassende Hilfe zu, äußerte sich sogar dahingehend, daß die NATO, falls die Türkei dies wünsche, auch direkt eingreifen würde.

Bei diesem Treffen, daß vor der Versammlung des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei stattfand, wurde auch über die Pläne gesprochen, den nationalen Befreiungskampf Kurdistans bis zum Jahre 1992 zu zerschlagen. Vorgesehen ist dabei





Bei den Aufständen in den von der Türkei besetzten kurdischen Städten im Frühjahr beteiligten sich auffallend viele Jugendliche und Frauen. Das ist ein weiteres Anzeichen dafür, daß der Befreiungskampf auch die durch das Kolonialregime lange aufrechterhaltenen feudalen Strukturen der kurdischen Gesellschaft zunehmend auflöst.

Kräfte — innerhalb der türkischen Bourgeoisie, bei der sozialdemokratischen SHP oder im Militär — die zu solchen Verhandlungen bereit sein könnten? Und worüber sollen dann Verhandlungen stattfinden?

Das ist eine wichtige Initiative der PKK aus ihrer Position der Stärke, die auch ihr Selbstvertrauen beweist.

Es wird keine militärische Lösung des Problems für den türkischen Staat geben. In der Geschichte der Befreiungsbewegungen sind solche politischen Initiativen schon immer ein wichtiger Bestandteil ihres Kampfes gewesen. Der militärische Kampf hat die politische Lösung zum Ziel, weil der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Es bedarf der Klarstellung, daß der bewaffnete Kampf ein politischer Kampf ist, denn die Waffe ist Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck.

Das Angebot des Generalsekretärs der PKK, A. Öcalan, für einen Waffenstillstand lautet, die Möglichkeit eines Waffenstillstandes unter der Voraussetzung der völlig freien politischen Betätigung zu schaffen, alle Bedingungen dafür herzustellen, die Freilassung aller politischen Gefangenen, mit dem Ziel, eine friedliche Entscheidung der kurdischen Bevölkerung über ihr Schicksal zu ermöglichen.

Die PKK hat sich aufgrund der konkreten herrschenden Bedingungen für den bewaffneten Kampf entschieden, das heißt, wenn sich diese Bedingungen verändern, dann ist auch eine Änderung der Kampfformen möglich.

Trotzdem es derzeit keine offiziellen Reaktionen des türkischen Staates auf das Angebot eines Waffenstillstandes gibt, hat es doch wichtige offene und geheime Diskussionen ausgelöst und Wellen geschlagen. Insbesondere in den Mittelschichten der türkischen Bourgeoisie und ihrem liberalen Flügel gibt es Kräfte, die diesem Angebot offen gegenüberstehen. Es gibt Kräfte links der SHP, u.a. auch solche der legalistisch-reformistischen Linken, die diesem Angebot positiv gegenüberstehen. Dieses Angebot richtet sich auch insbesondere an politisch relevante Kräfte außerhalb der Türkei, um zu bewirken, daß diese den Druck auf die Türkei verstärken.

Frage: Leider entwickelt sich die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes in der westdeutschen Öffentlichkeit weiter nur sehr langsam. Immerhin liegt jetzt ein Spendenaufruf der Kurdistan-Solidaritätsgruppen und von Feyka Kurdistan vor. Welche Aufgaben und Möglichkeiten seht ihr, um die materielle Unterstützung des Befreiungskampfes in der BRD weiter zu verbessern?

Die Realität in Kurdistan und die Rolle der PKK ist klar. Die Hetzkampagne ist gescheitert. Während sich ein Teil der hiesigen Linken dem Dialog und der Zusammenarbeit öffnet, zieht es ein anderer Teil, leider immer noch der größere, vor, zu schweigen. Hier müssen wir ansetzen, der Dialog muß entwickelt und die gegenseitigen Berührungspunkte müssen durchbrochen werden. Deswegen muß vor der materiellen Unterstützung die Basis dafür geschaffen werden, indem wir uns in diese Richtung weiter bemühen.

Der nationale Befreiungskampf, der mit dem Aufstand eine neue Qualität erreicht hat, entwickelt sich derzeit zu einer der dynamischsten revolutionären Bewegungen in der Welt. In der Phase der weltweiten Entwicklung der Konterrevolution, des Zusammenbruchs des realen Sozialismus und der allgemeinen Perspektivlosigkeit ist der nationale Befreiungskampf Kurdistans eine konkrete und reale Perspektive. Aus diesem Grund müssen wir viel mehr von den Inhalten dieses Kampfes hier rüberbringen.

Die Kurdistan-Solidaritätsbewegung steht unserer Meinung nach auf einem fruchtbaren Boden. Ihre qualitative und quantitative Fortentwicklung bedarf einer tiefergehenden koordinierten Arbeit. Sie muß sich Gedanken darüber machen, wie sie ihre Arbeit tiefer und breiter verbessern kann. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Diskussion und Planung. Der Spendenaufruf ist ein Projekt, dem weitere Projekte angeschlossen werden sollten, die sich dann konkret ausarbeiten ließen — breitangelagerte Tourismusboykott-Kampagne, Solidarität mit Besikci, den inhaftierten Aufständischen und den politischen Gefangenen, Bekämpfung der Türkeihilfe, der EG- und NATO-Pläne, Solidarität zum Kurdenprozeß, Auseinandersetzung mit dem GAP-Projekt, insbesondere unter dem Aspekt des

Umweltschutzes usw. Das sind Projekte, die sich in der örtlichen Solidaritätsarbeit umsetzen lassen und für die andere Kreise verschiedener Couleur gewonnen werden können. Vor allem für den Spendenaufruf kann man sich vielfältige Ideen einfallen lassen, um den materiellen Betrag zu erhöhen.

Frage: Im Düsseldorfer Prozeß ist inzwischen die absurde Lage entstanden, daß einer der Zeugen der Anklage, Hasan Dogan, das angebliche Opfer eines „PKK-Gerichts“ in Köln, jede Aussage verweigert, selbst dazu, ob solch ein „Gericht“ je bestanden hat. Trotzdem hält die Bundesanwaltschaft ihre Anklage und ihre Haftbefehle in vollem Umfang aufrecht. Gleichzeitig ist in Celle das zweite Verfahren eröffnet, läßt das BKA nach angeblichen weiteren „Straftätern“ fahnden. Die Verfolgung geht also ungebrochen weiter. Seht ihr Anzeichen dafür, daß politische Kräfte in der BRD, z.B. die Grünen, die Humanistische Union oder andere diesem Treiben der Bundesanwaltschaft auch auf politischem Gebiet stärker entgegengetreten, oder wirkt die Isolationsstrategie der Bundesanwaltschaft gegen Euch weiter?

Wir sehen da zur Zeit einen Rückgang im öffentlichen Interesse. Proteste der Grünen u.a. Kreise sind bisher nur verbal geblieben. Dem entgegenzutreten ist eine der wichtigsten Aufgaben nach der Sommerpause. Der Beginn des Celler Verfahrens und der Jahrestag des Düsseldorfer Verfahrens können und müssen für die Steigerung der Aktivitäten in allen Bereichen zum Anlaß genommen werden. Wir wissen uns dahingehend konkrete Aufgaben stellen.

Frage: Die EG hat den Beitrittsantrag der türkischen Regierung vorläufig abgewiesen. Welche Strategie verfolgt nach Eurem Eindruck die EG, die westeuropäischen Konzerne gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf? Giftgas und Homeland-„Autonomie“, ist das die EG-Strategie?

Auch die EG hat ihre Kurdistan-Politik nach dem Plan bis 1992 ausgerichtet. Die Strategie der EG besteht darin, der Türkei erst einmal freie Hand zu lassen, sie zu unterstützen bei der Zerschlagung des nationalen Befreiungskampfes Kurdistans mit der Leistung von Militärhilfe, außerdem in der Vorbereitung eines Befriedungsprojektes nach 1992.

Ein unabhängiger kurdischer Staat steht den Interessen der EG und der westeuropäischen Konzerne entgegen, weil sie dadurch ein wichtiges ökonomisches Gebiet und einen bedeutenden politischen und strategischen Einflußbereich verlieren würde. Sie ist aber für in Richtung kulturelle Autonomie, Wahrung der Menschenrechte gehende Lösungen offener als die türkische Regierung, um weiterhin ihren Nutzen aus der Region ziehen zu können.

Militärisch wird die low-intensity-warfare (Kriegsführung mit geringer Intensität) favorisiert. Damit will man schlimmstenfalls eine Pattsituation wie z.B. in El Salvador festklopfen. Dem setzt die PKK/ERNK/ARGK die Intensivierung des Kampfes entgegen. Die Befreiungskräfte wollen auf jeden Fall diesen Plan bis 1992 zum Scheitern bringen.

#### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint wöchentlich.  
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226  
Tel.: 0221/21 64 42

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.  
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.  
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Verstandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation: Spezialberichte: Alfred Küster.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.  
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.  
— Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von  
AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM  
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM  
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM  
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 DM  
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM  
AG für antifasch. Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

#### Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen  
Große Düwelerstr. 55, 3000 Hannover 1  
GNN Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlag Hessen  
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1

#### Politische Berichte

#### zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 10 Ausgaben für 10 Mark (Schein beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).
- ☐ Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Girokontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

14/90

# Bücher für den Urlaub

Etwas zu lesen, wenn man Zeit und Ruhe haben sollte

## Theo Berger: Ausbruch

Theo Berger war in den 60-er und 70-er Jahren zunächst als Einbrecher, dann als Ausbrecher im Raum Ingolstadt-Augsburg-München berühmt. Es gelang ihm jahrelang, die Polizei an der Nase herumzuführen, und bei seinen zahlreichen Eigentumsdelikten bewahrte er Respekt vor dem menschlichen Leben. Die Presse nannte ihn den „Al Capone vom Donaumoos“. Seine Erinnerungen schrieb er nicht für die Presse, sondern auf Vorschlag eines Therapeuten: Durch jahrelange Isolationshaft im Gefängnis Straubing hatte er die Sprechfähigkeit schon fast verloren. Seine Erinnerungen sind präzise und anschaulich, die Darstellung ist humorvoll und ehrlich, fast ohne Selbstherrlichkeit geschrieben. Bergers Sprache ist prägnant und bildhaft. Das Buch beginnt mit der Schilderung seiner Jugend auf dem Land, mit Revolten gegen Ungerechtigkeiten und Brutalität von Lehrer und Pfarrer — schon damals wurde ihm prophezeit, wer den Pfarrer schlägt, kommt ins Zuchthaus. Daß er sich nicht unterwarf, trug ihm überharte Jugendstrafen ein; wieder in Freiheit, entwickelte er den Ehrgeiz, sich nicht mehr erwischen zu lassen. Seine großen Erfolge zogen ihm und seiner Familie den tiefen Groll des Polizei- und Justizapparates zu, der weiter anhält: Nur als Leiche will man ihn rauslassen. Wie er sich als Einzelgänger dennoch mit großer Pfriffigkeit und Kaltblütigkeit auch in Straubing zu behaupten wußte — mit gebastelten Nachschlüsseln, hereingeschmuggelten Pistolen und Verhandlungen über seine gesundheitliche Versorgung an der Gefängnisverwaltung vorbei mit dem Ministerium direkt — ist eine fesselnde Lektüre.

AV-Verlag, DM 29,80 — (mlf)

## Der wahre Anarchismus

Fernando Pessoa (1888 bis 1935) war portugiesischer Handelskorrespondent, er gehört zu den bedeutendsten modernen Dichtern Portugals. In der Erzählsatire „Ein anarchistischer Bankier“ läßt er einen „großen Händler und namhaften Schieber“ beweisen, wie dieser vom einfachen Arbeiter zum reichen Bankier wurde, ohne jemals seine anarchistische Gesinnung zu verraten. Mit einem paradoxen und doch in sich logischen Gedankengebäude gibt er Auskunft darüber, daß überhaupt der wahre Anarchismus darin bestünde, erstens allein zu kämpfen, in einer Gruppe entwickle sich nur wieder „eine neue Art der Tyrannei“, zweitens, statt Bomben zu legen, das Übel der gesellschaftlichen Fiktionen zur Wirkungslosigkeit zu verdammen. Und die machtvollste aller kapitalistischen Fiktionen, „die Ty-



Fernando Pessoa (1888 — 1935)

ranee des Geldes“ zu brechen, dazu gebe es nur eine Methode: „Geld in so großer Menge zu erwerben, daß sein Einfluß nicht mehr spürbar werden könne“. Der wahre Anarchist muß also Bankier werden, so lautet die verblüffende Schlussfolgerung, die Freiheit ist erreicht und ebenso ganz unchristlicher Eigennutz, neue Tyrannei ist nicht geschaffen, denn sie steckt ja nicht in einer Person, sondern im System.

Fernando Pessoa, „Ein anarchistischer Bankier“, 75 Seiten, DM 9,80, Fischer Taschenbuchverlag, Nr. 10306 — (rec)

## Streitschrift für den Darwinismus

Mit dem Titel „Der blinde Uhrmacher“ knüpft der Autor R. Dawkins an eine Abhandlung des Theologen William Paley aus dem 18. Jahrhundert an. Paley verglich die Komplexität der lebenden Wesen und ihrer Bestandteile mit einer Uhr. So wie der sinnreiche und komplizierte Mechanismus einer Uhr einen Schöpfer habe, müsse auch die Welt des Lebendigen einen Erfinder haben. Dagegen verteidigt Dawkins die Theorie der schrittweisen Entwicklung der Arten durch natürliche Selektion, als deren Urheber Charles Darwin gilt. Auf originelle, teilweise witzige Weise erklärt er dem Leser, daß der Uhrmacher — dessen Nicht-Existenz zu beweisen sein ganzes Anliegen ist — schon blind sein müsse, da die Selektion nicht einem von vornherein feststehenden Plan folgt, sondern blind, unbewußt erfolgt. Wie die heute lebenden Arten entstanden sind, wie man sich das mit der Uruppe und den Anfängen des Lebens vorstellen könnte, wie eine computersimulierte Evolution aussieht, wie Informationen in Computern und Bauplänen der Lebewesen gespeichert werden, was Konvergenz bedeutet und noch viel mehr, d.h. die Grundlagen zum Verstehen der heute anerkannten Evolutionstheorie, erfährt der Leser. In den Schlusskapiteln geht Dawkins auch auf Anfechtungen aus den Reihen der wissenschaftlichen Biologie ein, die von Glaubensaposteln als Argumente gegen die Evolutionstheorie benutzt werden. Interessant auch, weil es noch heute Staaten gibt, in denen die Genesis gleichberechtigt neben der Evolution gelehrt werden muß.

Richard Dawkins, Der blinde Uhrmacher, Plädoyer für den Darwinismus, Mai 1990, dtv Nr. 11261 — (ans)

## Protokoll gegen Zwetschenbaum

„Das große Protokoll gegen Zwetschenbaum“ des Wiener Anwalts Albert Drach behandelt den Weg eines Juden in Österreich am Ende des 1. Weltkriegs, der seit einem Pogrom an seiner Familie sich als Landstreicher durchschlägt und unter einem Zwetschenbaum wegen Verdacht des Zwetschkendiebstahls aufgegriffen wird. In hinreißender Polemik schlägt Drach das rassistische, polizeistaatliche System mit seinen eigenen Mitteln, einem unbarmherzigen Kanzleistil. Z.B. das Gutachten des Gefängnisarztes:

„Zwetschenbaum sei sich, zumindestens nach den Sätzen seiner Glaubenslehre, wohl bewußt, daß der Diebstahl in diesen als verbotene Handlung hingestellt werde; doch fehle ihm die Hemmung, ihn nicht zu begehen, vermutlich auch im Einzelfalle die Einsicht, ihn als solchen zu erkennen. Dieser Zwiespalt zwischen der Einprägung eines Glaubenssatzes dem Buchstaben nach und dessen Nichtanwendung bei gegebenen Umständen habe aber vielleicht noch eine weitere tiefere Grundlage. Es könnte sein, daß der Kreis, dem er angehöre, neben dem für Au-

ßenstehende bestimmten Gesetz noch eine andere durch Beispielgebung und Geheimlehre für Eingeweihte zugänglich gemachte Moral besitze, nach der man unter dem vorgeschützten Scheine einer sozialen Eingliederung ein höchst ichtsüchtiges, triebmäßiges Dasein ausleben solle...“ — (poj)

## „Die Disteln des Bărăgan“

Anfang des Jahres 1907 läßt das bürgerlich-gutsherrliche Regime in Rumänien mit brutaler Gewalt 11 000 Bauern niedermetzeln, die sich, vom Hunger getrieben, gegen die Bojaren und deren Pächter erhoben haben. Auf dieses Ereignis spitzt sich die Erzählung des Panaft Istrati zu. In der Form von Rückerinnerungen des Kindes Matache an seine Armutswanderjahre mit Eltern und Freunden, durch Erzählungen im Erzählten, mit Hilfe von Gesprächen zwischen den Bauern, kleinen Händlern und Landarbeitern und mit zahlreichen Einfügungen volkstümlicher Lieder und Sprüche schildert Istrati das Elend seines gequälten Volkes. Dabei werden die vor dem Nordostwind dahinjagenden „Disteln des Bărăgan“ zum Symbol für die Sehnsucht der Kinder, den Fesseln des erbärmlichen Alltags zu entfliehen. Und sie sind Abbild der an diesen Zuständen Schuldigen: „Das ganze Land... ist nur ein einziger Bărăgan, auf dem noch viel giftigere Disteln mit der Peitsche in der Hand herumwandern. Das sind die Disteln, die man ausröten muß, wenn wir neben anderem Unglück nicht mehr sehen wollen, wie die Kinder das Haus verlassen...“

Es ist gerade in der gegenwärtigen Lage gut zu wissen, daß erst die Landreform der Kommunisten 1945 die feudalen Grundbesitzer endgültig enteignet und die Bauern befreit hat.

Verlag: Bücherbund — (edi)

## Historischer Medizin-Roman

„Der Medicus“ von Noah Gordon ist entspannend geschrieben. Gordon schildert die Geschichte eines jungen Engländers, der sich um das Jahr 1050 aufmacht, um in Persien Medizin zu studieren. Um dem Bannfluch der christlichen Kirche zu entgehen und um an der mohammedanischen Universität aufgenommen zu werden, gibt sich der Engländer als Jude aus, denn die islamischen Gelehrten sind nach den Einfällen der ersten Kreuzritter nicht willens, Christen auszubilden. Der Roman befaßt sich vor allem mit den Fortschritten der medizinischen Wissenschaft im arabischen Raum in jeder Zeit, enthält aber durch die Gegenüberstellung der Lebensverhältnisse in England und Persien, durch die Schilderung der mühsamen Reise auf dem Landweg und mit dem Schiff viele Hinweise, daß zu dieser Zeit Persien, die arabischen Staaten, selbst Indien weit fortschrittlicher waren als das mittelalterliche England und das westliche Europa, aber auch hier die Religion eine die Erkenntnis beschränkende Rolle spielte. Gordon beansprucht im Nachwort, daß insbesondere seine Darstellung der jüdischen Religion und der groben historischen Umstände wahr sind. Die Darstellung der Vertreter der islamischen Religion, der Mullahs, die aus religiösen Gründen den Schah stürzen wollten, ähnelt jedoch deutlich der der heutigen Khomeini-Anhänger.

Noah Gordon, Der Medicus, Knauer-TB 2955, 16., DM — (uld)

## „Angewandte Erinnerungen“

Was ist richtig, wahr und gut? Neuere Philosophen schreiben dazu: Die Sinnmöglichkeit der



Albert Vigoleis Thelen (28. 2. 1903 — 9. 4. 1989)

jeweils verschiedenen eigenen Existenz entwerfen, darin bestünde die Wahrheit, die dann jeweils verschieden sei, je nach Sinnentwurf eben. Das Handeln der Menschen ist dann gut, wenn es darauf gerichtet wird, den jeweiligen Existenzentwurf zu realisieren. Diese Methode der Legendenbildung über die eigenen Erfahrungen und die gesellschaftlich festgelegten Rollen ist geprägt von der Abhängigkeit der Intellektuellen durch ihnen übergeordnete gesellschaftliche Kräfte. Bei dieser Legendenbildung über das eigene Leben kann dann die Abhängigkeit als unabänderlich hingenommen und die Anpassung an die festgelegten Rollen mit einem selbst geschaffenen Existenzentwurf verhüllt werden. Die Methode ist nicht neu.

Sie wurde in der Literatur der Autobiographie rückblickend verwendet, um der Geschichte des eigenen Ich einen Sinn zu verleihen. In seinem Buch „Die Insel des zweiten Gesichtes. Aus den angewandten Erinnerungen des Vigoleis“ stellt Albert Vigoleis Thelen ebenfalls die Geschichte seiner eigenen Person dar. Nur: daß Thelen im Gegensatz zu den „Existenzentwerfern“ diese historisch entwickelten Lebensbedingungen der Menschen reflektiert, in Frage stellt, auf ihrer Überfälligkeit besteht und die Lächerlichkeit der Machträger beleuchtet. Am Ende seiner und Beatrices Erlebnisse von 1931 bis 1936 auf der spanischen Insel Mallorca flüchten beide Antinazis vor dem Zugriff der spanischen und deutschen Faschisten mit einem englischen Zerstörer nach Marseille.

Daß Thelen, obwohl er, was literarischen Rang und sprachliche wie gedankliche Kraft angeht, fast alle Schriftsteller der Bundesrepublik in den Schatten stellt und im Vergleich als engstirnig und rhetorisch hilflos erkennbar werden läßt, aus der öffentlichen Debatte, was Literatur zum Problem „Individuum und Geschichte“ beitragen kann, sorgfältig herausgehalten wurde, hängt mit seinen Ansichten zusammen, die zum herrschenden deutschen Geschichtsverständnis querstehen. Etwa was er zur Matrosenrevolte 1918 äußert: „Ich halte die Revolte in der Luft, zu Wasser und zu Lande für eine höchst ehrenvolle Art, die Sünde gegen den eigenen Geist zu sühnen, die man auf sich nahm, als man den bunten Rock der Tötung anzog; und ein meuternder Soldat steht in meinen Augen höher als jener, der mit dem Mordorden auf der ach so wenig heldischen Brust ausharrt, bis die Vergatterung zum Tode geblasen wird.“

Wer von den heutigen „Existenzentwerfern“ würde daran denken, vergleichbare öffentliche Kritik zu führen, ohne in Todesängsten um seine Karriere und entsprechende Vergütung zu bangen?

Thelen, Albert Vigoleis, Die Insel des zweiten Gesichtes, dtv Nr. 11 207 — (gba)

## Schwarzer Widerstand in USA

Amerika wird überschwemmt von Büchern, die die 60er Jahre

zum Thema haben. Inzwischen gibt es von mittlerweile ergrauenden Intellektuellen zusammengestellte dicke Wälzer über den SDS (Students for a Democratic Society), die Port Huron Erklärung (mit der der SDS zu mehr Militanz und Aktionen gegen den Völkermord in Vietnam aufrief, Anm. d. Übers.), über Demos gegen den Vietnamkrieg und andere Aspekte dieser Zeit.

Doch alle diese Veröffentlichungen weisen erstaunlicherweise einen blinden Fleck auf: Das Leben der Schwarzen in den Sechzigern kommt darin nicht vor.

Das ist jetzt anders.

ASSATA ist weit mehr als die Rückschau auf das Leben einer bemerkenswerten Rebellin. Dieses Buch fängt die Zeit und die Atmosphäre des schwarzen Aufstands ein, der Amerika in seinen Grundfesten erschüttert hat, und man spürt die Aufrichtigkeit und Offenheit, mit der das geschieht.

Natürlich gibt es die militante Kämpferin der Black Liberation Army, zornig, mit funkelndem Blick, wie sie von Millionen Zeitungssendungen, Radiosendern und auf den FBI-Fahndungsplakaten präsentiert wurde.

Doch es gibt auch das schokoladenbraune Mädchen vom Lande, das Elvis-Presley-Anstecker trug, die freche Göre, die auf den Straßen von Harlem herumstrolchte, und die naive, noch halb kindlich junge Frau, die heute angesichts ihrer Antwort auf die Frage nach der us-amerikanischen Einmischung in Vietnam vor Verlegenheit rot würde, wenn ihre Haut nur heller wäre („Es geht um den Kampf für die Demokratie“, so plapperte sie 1964 die offizielle Propaganda nach).

Der Name Assata bedeutet so viel wie „Die, die kämpft“, und das Buch fängt ein Stück von diesem — und unser aller — Kampf ein, von seinem Wachsen, seinem Werden, seinem Sein. Assata läßt uns an diesem Kampf teilhaben, mit Freude und Aufrichtigkeit, mit Schmerz und Entsetzen, und bereichert uns auf diese Weise alle.

Das, was Assata von anderen unterscheidet, ist ihre unbeugsame Willenskraft und ihre ungewöhnliche Persönlichkeit. Trotz des Polizeianschlags vom 2. Mai auf ihr Leben, trotz der Ermordung ihres Genossen und Ratgebers Zayd, trotz des nachfolgenden Prozesses gegen sie, trotz der Schläge und Brutalitäten, trotz des tiefsitzenden, bohrenden Schmerzes, der ihr durch die Trennung von ihrem Baby, ihrer eben geborenen Tochter zugefügt wurde, trotz der Einzelisolation in einem Männergefängnis, trotz alledem — sie blieb eine schwarze Rebellin und Staatsfeindin.

Die ergreifendste Szene in ASSATA ist nicht etwa die, in der es um ihre schließliche Befreiung aus den amerikanischen Gefängnissen und ihre Flucht aus dem großen Knast Amerika geht (Assata wurde von GenossInnen aus dem Gefängnis befreit und lebt heute auf Kuba). Eine der Stellen im Buch, die

einem am meisten unter die Haut gehen, ist die Beschreibung des Zusammentreffens von Assata und einer ebenso bemerkenswerten puertoricanischen Revolutionärin. Lolita Lettrón, die zu einem Kommando puertoricanischer UnabhängigkeitskämpferInnen gehörte, das in den 50er Jahren einen Angriff auf den Kongreß durchführte und die seit mehr als einem Vierteljahrhundert in Staatsgefängnissen begraben war, verdient Bewunderung und tiefen Respekt. Ihr Zusammentreffen mit Assata ist wahrscheinlich eine Begegnung zwischen zwei bemerkenswerten Frauen gewesen — auch wenn es unter den Bedingungen der Gefangenschaft stattfand. Lebrón ist heute frei. Sie ist immer frei gewesen. Und auch Assata ist frei, und das bereichert die Völker der Welt.

ASSATA, das ist eine Geschichte von überwundenem Elend, von bezwungenem Glück. Und das beste daran ist, daß diese Geschichte wahr ist. Dieses Buch sollte nicht einfach gelesen werden, es sollte in vollen Zügen genossen werden.

ASSATA, von Assata Shakur, Eine Autobiographie aus dem schwarzen Widerstand in den USA, 360 Seiten, ca. 29,80 DM, ISBN 3-926529-02-4 zu beziehen über den Buchhandel oder über AGIPA-Press, Eichenberger Str. 53, 2800 Bremen 1, Tel. 0421-354029 — (Rezension von: Mumia Abu-Jamal)

## Geschichte der Abderiten

1774 schrieb Christoph Martin Wieland diesen satirischen Roman. Er nimmt die Geschichte



Christoph Martin Wieland (1733 — 1813)

der sagenhaften Einwohner der thrakischen Stadt Abdera zum Anlaß, die Beschränktheit der Staatswesen seiner Zeit, insbesondere der kleinen deutschen Staaten, aufs Korn zu nehmen. Über die Narrheit der Abderiten liefen im Altertum viele Geschichten um. Mit Lust und Liebe kritisiert Wieland die Unsinnigkeit der abderitischen kulturellen Einrichtungen, die Konkurrenz ihrer anmaßenden Priester, die Dummheit ihrer Regierung und die völlige Unempfindlichkeit der Abderiten gegenüber jedweder Aufklärung. Zum Kontrast läßt er ihren Mitbürger Demokrit, den berühmten Naturforscher, auftreten. Er hat viel von ihnen zu leiden, weil ihnen sein durch ausgedehnte Reisen, Studium und wissenschaftliche Experimente erworbenes Wissen und seine materialistischen Auffassungen nicht geheuer sind.

Das Rechtswesen von Abdera wird beleuchtet durch die Schilderung eines Prozesses um den Schatten eines Esels, in dem der unschuldige Esel dran glauben muß. Schließlich müssen die Abderiten ihre Stadt aufgeben, weil die heiligen Frösche überhand nehmen.

Wieland lebte von 1733 bis 1813. studierte Philosophie und Jura und verdiente sein Brot durch Lehr- und Verwaltungstätigkeit. Er begrüßte die bürgerliche Revolution in Frankreich.

Ch. M. Wieland, Geschichte der Abderiten, Rowohlt Jahrbücher B. 15,80 DM — (anl)